



Vergessene Geschichte(n)

Migrantische Erfahrungen in der DDR
und im vereinten Deutschland

Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
und den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Impressum

- Herausgeberin:** Deutschen Gesellschaft e. V.
Eingetragener Verein zur Förderung politischer,
sozialer und kultureller Beziehungen in Europa
- Redaktion und Lektorat:** Dr. Tom Pätschke
- Gestaltung:** Ultramarinrot – Büro für Kommunikationsdesign
- Bild (Titel- und Rückseite, Beiträge):** Gastarbeiter aus Vietnam sind am Ostbahnhof
in Ost-Berlin eingetroffen (Archivfoto von 1973).
picture-alliance / ZB / Horst Sturm

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Freigrenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung der Deutschen Gesellschaft e. V. unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Beiträge der Autorinnen und Autoren stellen keine Meinungsäußerung der Deutschen Gesellschaft e. V., des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Ihnen war es freigestellt, welche Form einer geschlechtergerechten Sprache (z. B. Gendersternchen) sie verwenden.

© 2021 Deutsche Gesellschaft e. V., Berlin
www.deutsche-gesellschaft-ev.de
Alle Rechte vorbehalten.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
<i>Tom Pättschke</i> Einleitung	6
<i>Urmila Goel</i> Migration in der DDR. Reflektionen über Ausblendungen in der deutschsprachigen Migrationsforschung	16
<i>Hans-Joachim Döring</i> Bittere Solidarität. Arbeitsmigration in der DDR und das Beispiel der ehemaligen Vertragsarbeitenden aus Mosambik	22
<i>Emiliano Chaimite und Paolo Le van</i> Als Vertragsarbeiter in der DDR und was es noch zu tun gibt	37
<i>Carina Großer-Kaya und Ayman Qasarwa</i> »Mehr als Geschichten erzählen...«. Migrantische Perspektiven auf die DDR und die »Nachwendezeit« in der politisch-historischen Bildungsarbeit	44
<i>Mamad Mohamad</i> Die (Nicht-)Integrationspolitik der DDR und ihre Nachwirkung auf die Gesellschaft Ostdeutschlands	51

Vorwort

Der DDR fehlten Arbeitskräfte, genauer Fachkräfte. Um die Wirtschaft anzukurbeln, holte sie ausländische Vertragsarbeitende aus Vietnam, Mosambik und anderen »befreundeten« Staaten. Sie sollten hart arbeiten, möglichst unsichtbar bleiben. Viele wussten nicht, worauf sie sich einließen, als sie die DDR betraten. Einige berichten davon, dass sie gemieden wurden, erinnern sich an die ablehnenden Blicke, fühlten sich ausgegrenzt und angefeindet. Andere erzählen von den schlechten Arbeitsbedingungen und den daraus resultierenden Folgen für die Gesundheit. Aber auch Berichte von Freundschaften und Liebesbeziehungen existieren. Viele Vertragsarbeitende kehrten in ihr Land zurück, manche blieben – auch nach der deutschen Wiedervereinigung, auf die viel Unsicherheit folgte.

Die deutsche Migrationsforschung ist indes durch einen westdeutschen Blick geprägt, der die DDR-Geschichte als eine Sondergeschichte betrachtet. Infolge sind Beiträge zur Migrationsgeschichte der DDR vergleichsweise rar. Nicht selten verstecken sie sich als Aufsätze in Sammelbänden. Weithin unbekannt sind die ökonomischen und politischen Gründe für die Anwerbung von Vertragsarbeitenden, die rechtlichen Grundlagen und die Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten in der DDR und später im wiedervereinten Deutschland. Ihre wenig beachtete, bisweilen sogar vergessene Geschichte, oftmals durch persönliche Erfahrungen geprägt, gilt es aufzuarbeiten und den Anteil von Migrantinnen und Migranten unter den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur DDR-Geschichte zu erhöhen.

Doch wieso gibt es diese Forschungslücke? Liegt es vielleicht daran, dass die Zahl der Betroffenen im Osten Deutschlands verhältnismäßig gering war, unter anderem weil im Zuge der Wiedervereinigung Verträge gekündigt und Aufenthalte beendet wurden? Erst in den vergangenen Jahren hielt die Thematik Einzug in eine umfangreichere Forschung, als sich ihre Bedeutung für gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen abzeichnete. Wie klein jedoch noch immer das Feld jener Personen ist, die sich mit der Aufarbeitung dieser Geschichte(n) befassen, zeigten die Vorbereitungen auf unsere Konferenz »Vergessene Geschichte(n). Migrantische Erfahrungen in der DDR und im vereinten Deutschland« am 7. Juli 2021 in Berlin, die wir im Livestream aus der Hessischen Landesvertretung beim Bund übertragen haben und die auf dem YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V. weiterhin abrufbar ist.

Aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz bedarf es heute nicht nur eines gemeinsamen Austausches zwischen ehemaligen DDR-Migrantinnen und -Migranten und der Mehrheitsgesellschaft, sondern insbesondere einer historischen Aufarbeitung sowie einer Analyse der gegenwärtigen Situation. Diese Notwendigkeit wurde auch durch den 89 Punkte umfassenden »Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus« bekräftigt. Demnach stellt die Auseinandersetzung mit der Migrationsgeschichte der DDR für die ostdeutschen Bundesländer eine besondere Herausforderung dar.

Unsere Konferenz und die dazugehörige Publikation verstehen sich als Beitrag zur aktuellen Auseinandersetzung. Sie sollen ein Impuls sein, einen Anstoß für weitere Projekte und Forschungen liefern. Für diese Möglichkeit danke ich den Förderern unseres Projekts, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland. Allen Mitwirkenden und Teilnehmenden der Veranstaltung, die mit ihren Vorträgen und Diskussionsbeiträgen zum Erfolg der Konferenz beigetragen haben, sei ebenso herzlich gedankt – ausdrücklich auch all jenen, die zu dieser Publikation beigetragen haben. Mein Dank gilt auch den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Gesellschaft e. V., insbesondere Lisa Beisel und Dr. Tom Pättschke, für die Organisation und Umsetzung.

DR. ANDREAS H. APELT

Bevollmächtigter des Vorstandes, Deutsche Gesellschaft e. V.



Aufzeichnung der Konferenz auf dem
YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.

Einleitung

VON TOM PÄTSCHKE

Die deutsche Migrationsforschung scheint von einem westdeutschen Blick dominiert zu sein, der die DDR-Geschichte gewissermaßen als abweichend einordnet und dadurch zur Sondergeschichte umfunktioniert. So wurde zur Migrationsgeschichte der DDR, ebenso wie zu den individuellen Migrationsgeschichten, die unmittelbar damit verknüpft sind, zwar geforscht, aber genossen derlei Arbeiten nur eine recht spärliche Rezeption und konnten aus diesem Grund auch keine breite, öffentliche Sichtbarkeit entfalten.

Um die Akzeptanz und Anerkennung gegenüber Migrantinnen und Migranten und deren Erfahrungen nachhaltig zu befördern, bedarf es der bewussten Aufklärung über historische Zusammenhänge und gesellschafts-politischer Entwicklungen sowie der Einordnung dieser Erkenntnisse in zukunftsorientierte Debatten. Demgemäß folgte die Konferenz »Vergessene Geschichte(n). Migrantische Erfahrungen in der DDR und im vereinten Deutschland«, die am 7. Juli 2021 in der Hessischen Landesvertretung Berlin stattfand, dem Ziel, einen Beitrag zur Sichtbarmachung und Anerkennung der Migrationsgeschichte der DDR und der ostdeutschen Bundesländer sowie zur Auseinandersetzung mit Rassismus in der DDR und den langfristigen Auswirkungen für die Bevölkerung zu leisten. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus (Zivil-)Gesellschaft, Politik und Wissenschaft sowie unter Einbezug zweier Zeitzeugen, die unmittelbar vom (Nicht-)Integrationsprozess der DDR betroffen waren, konnten verschiedene ineinandergreifende thematische Stränge nachgezeichnet werden: etwa die Beweggründe und strukturellen Grundlagen der mäßig bekannten DDR-Migration, die Hintergründe der Anwerbung, Ausbildung und Aufnahme von Vertragsarbeitenden, ausländischen Studierenden und politischen Migrantinnen und Migranten sowie die teilweise ausgesprochen konträren Wege und Erfahrungswelten der Immigrierten in der DDR und im vereinten Deutschland.

Vergessene Geschichte(n)? Migration und die DDR

Im Eröffnungspanel »Vergessene Geschichte(n)? Migration und die DDR« diskutierten Urmila Goel, Almuth Berger und Hans-Joachim Döring unter anderem zum Stand der Forschung, der Relevanz und Positionierung des Forschungsgegenstands und zu vielgestaltigen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Konstellationen und Problemfeldern der DDR-Migration.

Bezugnehmend auf den Titel der Veranstaltung, hinterfragte Urmila Goel, die am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin tätig ist, wessen Vergessen die Konferenzbezeichnung eigentlich markiert und ob es sich beim Betrachtungsgegenstand selbst tatsächlich um etwas einst Gewusstes und nun Vergessenes handelt. In diesem Zusammenhang konturierte die Kulturanthropologin, dass DDR-Migrationsgeschichte für »große Teile der deutschsprachigen Migrationsforschung« weniger vergessen, als vielmehr »ignoriert, ausgeblendet, oder einfach schlicht egal, also nicht wahrgenommen« sei. Generell verkörpere die DDR »im bundesdeutschen Kontext eher die Sondergeschichte« und gelte dementsprechend gemeinhin als »das Andere, das zu Erklärende«. Zu spüren wäre außerdem eine gewisse Nichtzugehörigkeit »zu einer allgemeinen deutschen Geschichte«, ein verstellter Blick, eine generelle »Westzentriertheit«, die immer wieder von einer »Westnorm ausgeh[end]« die DDR in den Blick zu nehmen sucht.



Auch wäre in den vergangenen Jahren im Gesamten ein merklicher Anstieg des Interesses und der Veranstaltungsdichte zum Thema zu verzeichnen, wenngleich das Selbstverständnis, dass jedes Format in diesem Bereich einen gewissen Exklusivitätsanspruch im Hinblick auf die »Wiederentdeckung des Gegenstands« formuliere, durchaus kritisch zu hinterfragen sei. Dies ignoriere nämlich aktivistische und wissenschaftliche Anstrengungen der vergangenen Jahrzehnte, denen es vor allem an breiter Rezeption und weniger an konkreter Forschungsanstrengung mangle.

Almuth Berger, die unter Hans Modrow und Lothar de Maizière als Ausländerbeauftragte der DDR und von 1991 bis 2006 als Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg fungierte, bekräftigte diese Position und akzentuierte ebenfalls, dass dieser spezifische Teil deutscher Migrationsgeschichte nur bedingt wahrgenommen werden würde. Ungeachtet der wissenschaftlichen Bemühungen, fehle es an Aufmerksamkeit, was laut Berger wiederum nicht allein am Desinteresse der (westlichen) Veranstalter oder Medien liegen würde, sondern überdies darin begründet sei, dass der thematische Komplex sogar »in der DDR im Grunde immer ein marginales Thema« war. Nur 1,2 Prozent der Bevölkerung hatten, Berger zufolge, eine Migrationsgeschichte, sodass auch der direkte Austausch und Kontakt der DDR-Bevölkerung mit den Migrantinnen und Migranten eher die Ausnahme als die Norm darstellte. »Eigentlich war die DDR während ihrer ganzen Existenz ein Auswanderungsland«, wie Berger pointiert anmerkte.

Religionspädagoge Hans-Joachim Döring machte zudem darauf aufmerksam, dass die migrantischen Perspektiven der DDR nicht nur als vergessene, sondern auch als »verschwiegene Geschichten« hervorgehoben werden können. In die Peripherie gebannt, wird die DDR, wie es Urmila Goel darlegte, nämlich vor allem dann thematisiert, wenn Probleme gesucht oder abgelagert werden sollen. In diesem Zusammenhang sei es ebenfalls augenfällig, dass Peaks beziehungsweise Hochphasen der deutschen Migrationsforschung besonders nach rassistisch motivierten Taten und rechtsextemer Gewalt festzustellen sind. Wohingegen es gerade in diesem Rahmen besonders nötig sei, sich eben nicht die deutsche Migrationsgeschichte, sondern vor allem die Rassismusgeschichte Deutschlands und der DDR anzusehen. Andernfalls würde man, so Goels, »Migrantinnen und Migranten zum Problem« und damit zum Ausgangspunkt von Rassismus verkehren, während Rassismus eben eindeutig ein »Problem der Dominanzgesellschaft« sei. Anstatt also den Blick auf die Migrantinnen und Migranten zu richten, wäre gerade eine eingehende Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft dringend notwendig und vielversprechend.

Wie Almuth Berger sich erinnerte, gab es in der DDR »nach öffentlichen Äußerungen keinen Rassismus«, da die propagierten »Prinzipien der Völkerfreundschaft und der internationalen Solidarität [...] selbstverständlich auch für die Bevölkerung gelten« mussten. Dementsprechend fehlte jedweder öffentliche Diskurs, wie Berger festhielt – selbst unmittelbar nach rassistischen Handlungen oder An- und Übergriffen. Diese wurden als bedauerliche »Einzelfälle« abgetan, über die »nicht weiter geredet« werden musste oder sollte.

Die Begegnung mit Migrantinnen und Migranten in der DDR sei außerdem hierarchisch klar vorstrukturiert gewesen. So legte Almuth Berger dar, dass dem Aufeinandertreffen eine »gemeinsame Augenhöhe« fehlte, da man zum Beispiel die Vertragsarbeitenden stets als Opfer und Hilfsbedürftige registrierte, denen Solidarität zuteilwurde. Und ohne Zweifel ist eben »auch das [...] eine Art von Rassismus – ein[es] sehr paternalistische[n] System[s], das davon ausgeht: wir sind die, die den Anderen helfen können.«

Hans-Joachim Döring formulierte in diesem Zusammenhang die These, dass sich Vertragsarbeitende in der

DDR meist einer stark ambivalenten Umwelt gegenüberstehen. Zum einen begegneten sie der »kollektiven Solidarität«, zum Beispiel innerhalb des Betriebes und zum anderen einer, diesem Bezugsrahmen deutlich entgegenstehenden, »Konsumkonkurrenz« außerhalb derartiger Strukturen. Diese Situation sei vor allem darin begründet, dass man die Migrantinnen und Migranten gewissermaßen zu »Projektionsobjekten oder -flächen« umfunktionierte – und zwar »von Dingen, die innerhalb der DDR-Gesellschaft nicht geleistet, nicht ausgeglichen oder auch gar nicht thematisiert worden«. Fernweh, mangelnde Integrationspolitik und die sogenannte »Mittelkonkurrenz« beziehungsweise der Neid können, Döring zufolge, in diesem Kontext als beispielhafte Triebfedern derartiger sozialer (Distanzierungs-)Prozesse benannt werden.

Seitens der DDR wurden überdies keinerlei Anstrengungen zur Eingliederung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten unternommen. Die staatlich organisierte Arbeitsmigration sei, laut Urmilla Goel, immer als »vorübergehend[er]« Prozess angelegt gewesen. In der geschaffenen Wahrnehmung hat man diese Personen »wirklich nur als Arbeitskräfte betrachtet und nicht als Menschen, die kommen« und eine solche Struktur beeinflusst eben auch die soziale Interaktion und lebensweltliche Fokussierung. In den Worten Almuth Bergers: »Integration war nicht in der Planung und nicht erwünscht. Das sollten Arbeitskräfte sein, die nur zeitweise in der DDR waren und dann wieder zurückgingen.«

Dies zeigte sich auch im konkreten Alltag und Lebensraum der Vertragsarbeitenden. Selbst als »Meister der Planwirtschaft« versagte die DDR, Berger zufolge, nämlich dahingehend, dass es nicht möglich war, das Essenangebot in einem Stadtteil, in dem nun beispielsweise »300 oder 500 Vietnamesen oder Mosambikaner wohnten«, den kulinarischen Gewohnheiten und Bedürfnissen dieser Menschen anzupassen. Es kam zum Beispiel aufgrund ausverkaufter Reis- oder Hühnervorräte gelegentlich sogar zu zusätzlichen sozialen Friktionen. »Das waren Dinge, die nicht bedacht wurden, weil man von Anfang an über eine Integration nie nachdenken wollte.«



Aufzeichnung des ersten Panels auf dem
YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.

Viele innergesellschaftliche Problemlagen und Konflikte sowie spätere Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten in der DDR wurzelten, wie Berger es beschrieb, auf mangelnder Informiertheit bezüglich der Rechte und monetären Umstände der Immigrierten. Obgleich in der Realität durchaus feine Unterschiede bestanden, wurden Migrantinnen und Migranten im Verständnis mitunter kollektiviert, sodass sich auch Klischees zur angeblichen Reisefreiheit oder zur Bezahlung in Westmark ausbilden konnten. Dabei war es, im Gegensatz zu fast allen Vertragsarbeitenden, zum Beispiel nur einigen Politimmigrierten und ausländischen Studierenden gestattet, in die Bundesrepublik Deutschland zu reisen. Doch auch dieser Umstand beförderte die besagte »Fernwehprojektion« zusätzlich, stellte Hans-Joachim Döring heraus. Gleichmaßen war es jedoch nicht gewollt, diese »Spannungen von Fremdartigkeit aufzulösen«.

Wohl einzig an den Universitäten sei ein konkretes »Stück interkulturelle Begegnung« möglich gewesen, so Berger, da die »Studierenden in den Wohnheimen zusammen mit den deutschen Studierenden wohnten.« Durch diese wohnräumliche Nähe und auch durch die gemeinsame Teilnahme an Freizeitaktivitäten wäre gerade hier »internationale Solidarität« am deutlichsten spürbar gewesen.

Im Fortgang der Diskussion wurde auch die Gestaltung der Verträge mit den Arbeitsmigrantinnen und -migranten umfassend umrissen und darauf hingewiesen, dass sich diese mitunter in Länge, Formulierung und direkten Qualifizierungshinweisen unterschieden. Als komplexe Problemstellung und Herausforderung bis in die Gegenwart wird dann besonders ein Passus im Vertragswerk der Arbeitenden aus Mosambik hervorgehoben, der besagte, dass »zu ihren [die Vertragsarbeitenden] Gunsten Lohnanteile transferiert werden können«. Dies meinte, dass man erst »25 Prozent und in einer späteren Phase 60 Prozent des Nettolohns, oberhalb eines Selbstbehaltes von 350 Mark der DDR« einbehält. Diesbezüglich bestand, laut Berger, das Versprechen, dass selbiger Anteil auf eine mosambikanische Bank eingezahlt werden würde, und die Arbeiterinnen und Arbeiter sich das Geld schließlich bei ihrer Rückkehr in einheimischer Währung zurückzahlen lassen könnten. Dieser Vereinbarung sei man allerdings nur bedingt und letztlich gar nicht mehr nachgekommen, wie es auch der Zeitzeuge Emiliano Chaimite in seinen autobiografischen Reflexionen im anschließenden zweiten Panel schildert.

Die Transformationszeit stellte außerdem eine große Herausforderung dar, da bestehende Verträge nicht aufrechterhalten werden konnten. In einer freien Marktwirtschaft war es, so Berger, selbstredend undenkbar, dass »der Staat einen Vertrag macht und dem Betrieb« daraufhin »300 Arbeiter« zur Beschäftigung aufnötigt.

Da außerdem zahlreiche Betriebe Entlassungen aussprechen mussten oder mit dem eigenen Bankrott rangen, konnten viele der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr in den Betrieben beschäftigt werden. So war die Situation »für viele sehr chaotisch«, schilderte Berger, da mitunter »Betriebe die Leute einfach ins Flugzeug setzten und zurückschickten, ohne irgendwelche Regelungen abzuwarten« – und dies trotz der Existenz bindender »völkerrechtsgültiger Verträge«. Auf befristete Verlängerungen und Anpassungen der Bleibe-Regelungen folgte ein langwieriger, insgesamt sieben Jahre andauernder »Kampf um Bleiberecht«, so Berger.

Hans-Joachim Dörings abschließender Appell dieses ersten Panels betraf dann vor allem eines seiner ausgewiesenen Fachgebiete: Er sehe die dringende Notwendigkeit einer »qualifizierten Debatte [...] über die Situation der Vertragsarbeiter insbesondere in Mosambik«. In diesem Zusammenhang hält er eine zeitnahe Auseinandersetzung für unumgänglich, da »die Vertragsarbeiter [...] jetzt auch in eine Rentenphase« eintreten würden und es »aus anderen Entschädigungszusammenhängen, die große Bögen haben« bekannt sei, »dass das dann nochmal ganz besonders problematisch wird.« Geklärt werden müsse die »Rentenanwartschaft«, die »Transparenz über Netto-Transferleistungen« und die Herbeiführung einer »angemessen[en] oder unbürokratische[n], nicht nur symbolische[n], Entschädigung« sowie »eine gesellschaftliche oder politische Erklärung, über die Situation der Vertragsarbeiter, die als junge Menschen in einen Ost-West-Konflikt hineingeraten sind, durch die Chance der Deutschen Einheit insbesondere betroffen waren und dann in ein Land zurückgeschickt worden sind, das ihnen gar nicht freundlich war.«

In ihrem Schlusswort betonte Urmila Goel eindringlich, dass wir aufhören müssen »die Migrantinnen und Migranten als die Anderen zu sehen, sondern als Teil dieser Gesellschaft« und es überdies nötig sei, uns »gesamtgesellschaftlich rassistischen Kontinuitäten zu stellen«. Auch akzentuiert sie, dass gerade die spezifischen Geschichten der Betroffenen mehr Aufmerksamkeit und Raum verdienen – es gelte hinzusehen, zuzuhören und zu erinnern.

Leben und Alltag von Migrantinnen und Migranten in der DDR und im Transformationsprozess

Das folgende Panel eröffnete zwei ausgesprochen unterschiedlichen Migrationsgeschichten erzählerisch-reflektierendes Terrain. Die Zeitzeugen Alemayehu Gebissa und Emiliano Chaimite kamen zwar beide im Jahr 1986 in die DDR, doch ihre Erfahrungen und Erlebnisse differieren in ganz besonderem Maße und verdeutlichen, dass Migrationsgeschichten als gänzlich individuell ernst zu nehmen sind und jedwede Kollektivierung oder Subsumierung hier meist nur zu Vereinfachung, Verkürzung oder Abblendung führt.

Aufgrund der Tatsache, dass Emiliano Chaimite, seines Zeichens Vorsitzender des Dachverbands sächsischer Migrantenorganisationen e. V. (DSM), seine Erinnerungen an die Zeit als Vertragsarbeiter in der DDR im vorliegenden Band noch umfassend schildern wird, soll im Folgenden bewusst vermieden werden, seinen Ausführungen zu stark vorzugreifen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes, fließen im Rahmen der nachfolgenden Zusammenschau nur schlaglichtartig ausgewählte Passagen des Gesprächs ein, um skizzenhaft einige Kontinuitäten beziehungsweise Divergenzen beider Migrationserfahrungen nachzuzeichnen.

Emiliano Chaimite geriet durch einen, wie er es ausdrückt, »glücklichen Umstand« recht unvorhergesehen als Vertragsarbeiter von Maputo aus nach Magdeburg, obwohl er eigentlich auf dem Weg von Mosambik nach Südafrika war, um sich dort als Gastarbeiter zu verdingen. Alemayehu Gebissa, der heute am Institut für Geotechnik und Küstenwasserbau der Universität Rostock tätig ist, hingegen kam als ausländischer Studierender aus Äthiopien in die DDR, genoss nach Ankunft einen »zehnmonatigen, intensiven Deutschkurs« in Leipzig und studierte schließlich in Rostock. Dass die Lebenswege beider Zeitzeugen wohl durch frappierende Unterschiede gekennzeichnet seien, betonte Gebissa bereits recht früh: »Unsere Bedingungen waren anders als bei Vertragsarbeitern. Ich war immer mit Studenten zusammen, sowohl in Leipzig als auch in Rostock waren wir mehrere äthiopische Studierende, da hatte ich [...] auch kein Heimweh.« In Rostock sei er dann von »fast 40 Studierende[n] aus Äthiopien« umgeben gewesen und lernte seine Kommilitoninnen und Kommilitonen bei einem mehrwöchigen Ernteeinsatz gut kennen.

Bereits in den ersten Minuten dieser autobiografischen Schilderungen wird kenntlich, dass ausländischen Studierenden in der DDR zügig die Chance der Integration geboten wurde – durch vorbereitende Sprachkurse, gemeinsame Wohnheime und den direkten Anschluss an Kommilitoninnen und Kommilitonen und die Strukturen der Universitäten. Wohingegen zum Beispiel die Wohnheimerfahrung Chaimites keine des Zusammenlebens und Integrierens war, sondern eine der Separierung und Abschottung, da die Vertragsarbeitenden unter sich bleiben sollten, man Besuche reglementierte und bindende »Ausgangs- und Eingangszeiten« bestanden. Demgemäß habe man sich den Zuständen ergeben: »Wir haben uns hier nicht einmischen dürfen, auch gar nicht eingemischt [...]. Wir waren ja abgeschottet im Wohnheim. [...] Wir hatten einen Gruppenleiter, wir hatten einen Dolmetscher, wir wurden immer überwacht.«

Alemayehu Gebissa wiederum betonte im Fortgang der Unterhaltung mehrfach, dass er sich bewusst sei, gewissermaßen »auf der Sonnenseite« gewesen zu sein. So hatte er auch das Glück, dass einer seiner Professoren »fast wie der Ersatz [s]einer Eltern und [s]einer Familie« war: »Er hat mich so richtig aufgenommen und zu Weihnachten [war] ich bei ihm und seiner Familie.« Später sollte dieser Mann zuerst sein Chef, daraufhin sein Doktorvater und schließlich sein bester Freund werden.

Auch die Ausgangslagen beider Zeitzeugen müssen als ausgesprochen unverwandt hervorgehoben werden: auf der einen Seite Alemayehu Gebissa, der nach zwei Jahren Studium in Äthiopien und besonders guten Leis-

tungen einen von insgesamt 70 Stipendienplätzen für ein Studium in der DDR bekam und auf der anderen Seite Emiliano Chaimite, der ungeplant in der DDR landete und »froh [war] dem Krieg entkommen zu sein«; dessen bescheidener Traum es war, »nicht ohne eine solide Ausbildung aus Europa nach Afrika zurück[zu] gehen«. Was die Zeitzeugen allerdings eint, ist die Tatsache, dass sich beide Männer sicher waren, irgendwann wieder in ihre jeweiligen Herkunftsländer zurückzukehren, letztendlich jedoch beide in Deutschland eine neue Heimat fanden.

Interessanterweise gehen auch die Erfahrungen mit Rassismus stark auseinander. Alemayehu Gebissa habe »bis zum Ende der 80er Jahre [...] gar nicht gemerkt, dass es irgendwie eine Art von Ausländerfeindlichkeit oder Rassismus gibt.« Selbst seine deutschen Kommilitonen hätten hier versucht, gewissermaßen als Korrektiv aufzutreten und bezeugten, dass es derlei Strukturen gäbe, aber der Zeitzeuge selbst sei davon unberührt geblieben. Die Anschläge von Rostock oder auch Hoyerswerda hätten diesen unbeschwerten Blick allerdings nachhaltig verändert.

Emiliano Chaimite indes habe »viel Rassismus erfahren«, wengleich dieser auch verdeckt, also »unter vorgehaltener Hand« kommuniziert wurde, da es schlichtweg verboten war. Diese Situation hätte sich im Zuge der »Wende« dramatisch verschlechtert und Anfeindungen nun offen und hemmungslos ausbrechen lassen. Der schwelende Rassismus mündete, so Chaimite, schließlich in alltäglichen verbalen Angriffen und körperlicher Gewalt: »Ich kenne, glaube ich, keinen mehr, der nicht körperlich angegriffen wurde. [...] Und damit haben wir einfach gelebt.« Erschütternd wirken hier beispielsweise Chaimites Schilderungen eigener Schutzmaßnahmen, an die sich die jungen Männer aus Mosambik hielten, konkrete Abläufe von Übergriffen, die Ignoranz und unterlassene Hilfeleistung seitens der Polizei und das Wegsehen der Deutschen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf der Straße.

Gemeldet oder direkt benannt habe man diese regelmäßigen verbalen Angriffe und Vorkommnisse allerdings kaum. In seinem Fall lag das, so Emiliano Chaimite, an einer gewissen Scham, der grundlegenden afrikanischen Überzeugung, dass die Europäer sehr gebildet seien und besonders an der Tatsache, dass man »ja auch nicht anecken« wollte. Man habe in Mosambik überdies »eine ganz frische Kolonialgeschichte« erleben müssen und »wenn man damit groß wird, hat man natürlich auch eine gewisse Angst vor den weißen Menschen, und das läuft ja dann mit irgendwo – subtil.«

Alemayehu Gebissa blieb von rassistischen Übergriffen verschont, doch auch ihm wurde sehr bewusst, dass nach der »Wende« »die Gewalttaten [...] zunahmen« und sich die Stimmung merklich wandelte. Eindrücklich sei ihm vor allem die Erfahrung gewesen, dass unzählige Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt, die er gut zu kennen glaubte, die Anschläge in Rostock-Lichtenhagen 1992 mit Applaus quittierten.

Beide Biografien ähneln sich zwar nur marginal, doch gerade ihre Unterschiede machten das Gespräch mit den Zeitzeugen fruchtbar. Ein solches Format schafft öffentliche Sichtbarkeit und generiert Wahrnehmung, unterstreicht die Einzigartigkeit migrantischer (Ost-)Perspektiven und gibt einer ersten Generation von DDR-Migrantinnen und -Migranten Raum, wie es Emiliano Chaimite ausdrückte, Lücken zu schließen und eine bewusste Aufarbeitung von DDR-Erfahrungen anzuregen.



Aufzeichnung des zweiten Panels auf dem
YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.

Migrations- und Integrationspolitik als Chance einer offenen Gesellschaft

Den abschließenden Teil der Konferenz eröffnete Noa K. Ha vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung mit ihrem Impuls »Geteilte Migrationsgeschichte – Viet-Deutschland«. In ihrem Vortrag lenkte sie den Blick auf Rahmungen, Spezifika und Voraussetzung einer sowohl in die Bundesrepublik Deutschland als auch in die DDR immigrierten Gruppe von Menschen, die sich mit einer Reihe »wandelbare[r] und fluide[r] kontextbezogene[r] Selbstbezeichnungen« versucht habe »in Deutschland begrifflich einzurichten und die Erfahrungen der Diaspora zum Sprechen zu bringen.« Einige dieser Benennungen waren, Ha zufolge, zum Beispiel: »Vietdeutsche«, »Vietnamesische Deutsche«, »Vossis« oder auch »Deutsch-Vietnamesen«.

Die Relevanz, sich intensiver mit diesem Thema auseinanderzusetzen, erwachse hier bereits aus der quantitativen Qualität dieser migrantischen Bewegungsrichtung. Wie Ha ausführte, kamen zwischen 1980 und 1989 70.000 Vertragsarbeitende aus der Sozialistischen Republik Vietnam in die DDR. Diese Zahl gewinne wiederum deutlich an Wirkkraft, wenn mitgedacht würde, dass bis 1989 insgesamt 91.000 bis 94.000 Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter aus Polen, Ungarn, Algerien, Kuba, Mosambik, Angola, der Mongolei, China, Nordkorea und eben Vietnam in die DDR immigrierten.

Zudem schlüsselte Ha einige zentrale Absätze der Vertragsarbeitsabkommen zwischen der DDR und Vietnam auf und arbeitete vor allem heraus, dass im Gesamten eine »Integration in die DDR-Gesellschaft tunlichst vermieden werden« sollte. So war es zum Beispiel »einreisenden Männern und Frauen [...] nicht gestattet, die Vertragsarbeit und eine Familiengründung in der DDR zu vereinbaren.« Mehr noch mussten vietnamesische Frauen »im Falle einer Schwangerschaft [...] die DDR verlassen«. Darüber hinaus war auch der private Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen beziehungsweise zur breiteren Gesellschaft »nicht vorgesehen« und bestenfalls zu minimieren. Dies sollte, wie Ha erläuterte, beispielsweise durch segregierte Unterbringungs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten erreicht werden. Die Vertragsarbeitenden unterstanden gewissermaßen einer »Fürsorgediktatur« durch die DDR, die auf die individuellen Bedürfnisse der Einzelnen kaum Rücksicht nahm.

Ha stellte in ihrem Impulsreferat überdies Migrationsbewegungen aus Vietnam in die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise in die DDR gegenüber und betonte in diesem Zusammenhang die starke Divergenz der jeweiligen Integrationsbemühungen und Bleibeperspektiven beider Gruppen. Für Kontingentflüchtlinge, sogenannte »Boat People«, die zwischen 1978 und 1982 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, wurden beispielsweise Wohnungen organisiert und es gab unterstützende Strukturen, wie Patenschaftsprogramme oder Sprachkurse. Auch wurde dieser Gruppe von Migrantinnen und Migranten »sehr früh die deutsche Staatsbürgerschaft angeboten« – ein Umstand, der nicht nur das Niederlassen erleichterte, sondern auch den »Zugang zum Arbeitsmarkt« und »zur gesellschaftlichen Partizipation« entscheidend begünstigte. In diesem Sektor wurde, um es mit den Worten der Referierenden auszudrücken, »Integration, vor allem unter der Perspektive der Niederlassung gewährleistet«.

Der Umgang mit den Vertragsarbeitenden, die aus Vietnam in die DDR kamen, unterschied sich, wie angedeutet, hingegen drastisch von der geschilderten Situation der Kontingentflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland; wenngleich auch Herkunftsregion und Ankunftszeit bisweilen identisch oder zumindest ähnlich waren. Noa K. Ha konstatierte dazu, dass es »zu einer ähnlichen Zeit, aus einer geografisch ähnlichen Region, aus Vietnam, unter den Umständen des Kalten Krieges, [...] zwei sehr unterschiedliche Wege [nach Deutschland] gab, und das sich bis heute [...] diese unterschiedlichen Voraussetzungen [...] noch spiegeln« würden.

In den »frühen Jahren der Wiedervereinigung« sei dann eine Art »doppelte Prekarisierung der Vertragsarbeit« zu beobachten gewesen. Wie Ha darlegte, sind in Ostdeutschland bekanntermaßen »nicht nur viele Arbeitsverhältnisse obsolet geworden«, sondern stellte sich für die Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter »auch die Frage nach dem Aufenthaltstitel.« Und tatsächlich wurde, Ha zufolge, »erst 1997 eine rechtliche Grundlage geschaffen«. Bis zu diesem Punkt seien die »Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen derart erschwert worden, dass eine Niederlassung nur bei selbständiger Arbeit möglich war«. Außerdem versucht man eine Rückkehr nach Vietnam mithilfe von Abfindungen attraktiv zu machen. Es müsse also »vor allem aus einer vietostdeutschen Perspektive von einer verdichteten Transformationserfahrung« oder zumindest von einer direkten »Verschränkung von Transformation und Migration« gesprochen werden, so Ha.

Auch sei in dieser Transformationsphase die »Frage nach der nationalen Identität« zentral gewesen, denn »die frühen Jahre der Deutschen Einheit waren spürbar davon geprägt, dass die einen sich wiedervereinigten und die anderen zu Anderen wurden«. Parallel zu diesen In- und Exklusions-Prozessen habe sich außerdem »eine politische Debatte um die Asylgesetzgebung« entsponnen, in deren Zusammenhang es schließlich zu massiver rassistischer Gewalt kam, die bekanntermaßen in »Mölln, Solingen, Rostock und Hoyerswerda« ihre traurigen Kulminationspunkte fand. In diesem Kontext schloss Noa K. Ha ihren Impuls mit den ebenso eindrücklichen wie mahnenden Worten, dass »Menschen mit vietnamesischen Herkunft und Bezügen« heute durchaus »von der Vielfalt im vereinten Deutschland« zeugen, zugleich aber auch darauf verweisen, dass »30 Jahre Deutsche Einheit nicht nur eine Geschichte der Pluralisierung ist, sondern auch eine der Kontinuität rassistischer Diskriminierung im post-nationalsozialistischen Deutschland.«

Von diesem thematischen Fundament ausgehend, sprachen im letzten Paneltalk gemeinsam mit Noa K. Ha Ayman Qasarwa, Mamad Mohamad und Barbara John über die Zusammenhänge, Motive und Lehren versäumter Integrationspolitik, den Umgang mit Rassismus und Ressentiments in den ostdeutschen Bundesländern und Chancen, Perspektiven sowie zukunftsfähige, fruchtbare Konzepte zur Beförderung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft.

Zu Anfang legte hier Noa K. Ha dar, dass das »Verständnis von Migration [...] sehr stark über die westdeutsche Perspektive erzählt und theoretisiert worden« sei und wir im Moment »gerade erst anfangen überhaupt Zeitzeugen und Zeitzeuginnen [insbesondere mit einer migrantischen Ostperspektive] zuzuhören«. Endlich weite sich also der Blick in diesem Bereich, sodass nun auch »das Migrationsgeschehen in der DDR« und die damit verknüpften »Transformationen« ernstgenommen und untersucht würden. Auch sei hervorzuheben, dass Menschen mit Migrationsgeschichte heutzutage erfreulicherweise »sehr viel selbstbewusster auf Teilhabe und Partizipation [...] plädieren« würden, mitunter allerdings notgedrungen, da »die Situation in den neuen Bundesländern auch sehr stark über rassistische Gewalt und antidemokratische Kräfte geprägt« sei, so Ha.

Mamad Mohamad, Gründer und Leiter des Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) und Vorstandsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger, ordnete diese Tendenzen auch als eine Art »topografische DNA« ein, da Ostdeutschland ganz bewusst als »Zuweisungsland« und nicht etwa als »Einwanderungsland« apostrophiert werden müsse. Überdies sei auch »30 Jahre nach der Wende« bezüglich »der Aufarbeitung einiges liegengeblieben«, so Mohamad.

Denkbar ist in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Prägung und Stereotypisierung innerhalb der ostdeutschen Bundesländer. Wie Ayman Qasarwa, Geschäftsführer des Dachverbands der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst), es ausdrückte, waren Migrantinnen und Migranten nach der

»Wende« gesellschaftlich »überhaupt nicht sichtbar«, denn, bemüht um ihre Aufenthaltsrechte und die Sicherung ihres Lebensunterhaltes, erschienen sie den Deutschen wohl mithin »nur als „Ausländer“, [...] nur als Last«. Eine Erzählung, die spätestens seit 2015 wieder bedauerliche Konjunktur erlangt zu haben scheint.

Barbara John, die von 1981 bis 2003 als erste Ausländerbeauftragte des Berliner Senats tätig war und jetzt als Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin fungiert, verortete die Wurzeln einer derartigen gesellschaftlichen Disposition vor allem in der diktatorischen Prägung der ostdeutschen Bevölkerung. »Knappheit, [...] Zuteilung und [...] Planwirtschaft« seien Faktoren, die die Menschen vornehmlich an die eigene Versorgung denken und »eng und kleinlich« werden ließen. Auch wäre die Situation der DDR-Migrantinnen und -Migranten »nach dem Fall der Mauer« zwar »noch teilweise lebensgefährlich« gewesen. Sie zeigte sich jedoch überzeugt davon, dass »die Menschen [...] nicht böse [sind]«. Vielmehr sei gerade die Vorstellung, dass, auch entgegen der eigenen Menschenrechte, der Staat beziehungsweise die Partei darüber entscheiden könne, wie und wo jemand lebt, etwas, dass »Menschen einfach [in sich] verkrümm[en]« würde, wie John ausführte. »Und es dauert dann sehr lange, bis sie da herausfinden, und ich glaube, dass viele das jetzt geschafft haben – sicher nicht alle – aber viele.«

Konsens herrschte unter den Diskutierenden vor allem dahingehend, dass im Hinblick auf Rassismus und Diskriminierung ein Ungleichgewicht zwischen den west- und ostdeutschen Bundesländern zur Kenntnis genommen werden müsse. Diesen Zustand umriss Mamad Mohamad mit einer besorgniserregenden Statistik, denn für migrantisch gelesene Personen sei die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines rassistisch motivierten Angriffs zu werden, in Ostdeutschland 13 Mal höher als in Westdeutschland. Diese latente Bedrohungslage intensiviere, neben Gründen der Arbeitssuche oder bestehender sozialer Kontakte in anderen Regionen Deutschlands, vielfach den Wunsch, die ostdeutschen Bundesländer zu verlassen. Auch Ayman Qasarwa betonte, dass viele Migrantinnen und Migranten, die heutzutage in Ostdeutschland ankommen, »mit aller Macht [versuchen], in westliche Bundesländer zu gehen.« Dies habe zur Folge, dass in Ostdeutschland »die Zahl, der Migrantinnen und Migranten [...] niedrig bleib[e]«. Was, so Qasarwa, ebenfalls einen problematischen Effekt nach sich ziehe, denn noch heute würden »bestimmte Orte« existieren, »wo kein Migrant zu sehen war oder zu sehen ist«, wo also jedweder Kontakt, jede Möglichkeit des Kennenlernens und Zusammenlebens gänzlich fehle. Dabei hätten »Menschen mit Migrationshintergrund und Ostdeutsche viel mehr Gemeinsamkeiten [...] als sie denken«, wie Mohamad andeutete, der hier mit den Begriffen »Systemaufbruch, Neuorientierung, Biografieabbrüche« ein interessantes thematisches Feld anriss.

Es sei in Ostdeutschland außerdem ein Narrativ aufgebaut und später von »den Neuen Rechten politisch aufgeladen« worden, welches besagt, dass Migration in die ostdeutschen Bundesländer »erst 2015 stattgefunden« hätte. Dieser Sachverhalt ist jedoch nicht nur unwahr, sondern sei, laut Noa K. Ha, zum einen der »westdeutschen Vorstellung der DDR« als Gesellschaft, in die es keine Migration gab, geschuldet und zum anderen gefährliches Produkt einer bewussten Ausblendung und politischen Instrumentalisierung. Mohamad weist in diesem Zusammenhang auch auf den Zustand hin, dass rechtspopulistische Stimmen, die vorher auf der Straße lauthals ihre hetzerischen Positionen skandierten, nun in allen Parlamenten vorzufinden seien, dass institutionalisierter Rassismus ein großes Vertrauensproblem bedinge und sich Migrantinnen und Migranten, die politisch engagiert und zivilgesellschaftlich aktiv sind, fortwährend Drohungen und Anfeindungen ausgesetzt sehen müssten. Dazu bemühte er ein sprachliches Bild, um die diffizile Konstruktion migrantischen Vertrauens zu umschreiben: »Wir bewegen uns manchmal auf ganz dünnem Eis, und wir brechen immer ein. Und genau das ist die Situation, in der wir uns befinden. Und dann ist natürlich die Frage: Wie oft brechen wir ein? Das sind die Erfahrungen, die uns am Schluss prägen.«

»Immer deutlicher« sei also, so Noa K. Ha, »dass wir Rassismus nicht nur als ein Vorurteil begreifen dürfen, was auf der individuellen Ebene liegt, sondern [als eines, das] sich viel stärker durch die Gesellschaft zieht und das uns alle herausfordert.« Diesem zu begegnen wäre wiederum ebenso »eine bildungspolitische« wie »demokratische Aufgabe«. Und solche »Demokratiearbeit ist« eben »tätige Praxis, die jeden Tag immer wieder geleistet werden muss, und vor allem auch unter der Perspektive einer Geschichts- und Erinnerungsarbeit.« Mit anderen Worten sei es nötig, »einerseits die vielen Geschichten sichtbar [zu] machen und dann auch miteinander [zu] verhandeln: Was bedeutet das für uns zusammen und miteinander?« Für solche gemeinsamen Reflektions-, Aushandlungs- und Progressionsprozesse ist Sprache jedoch ein, wie Mamad Mohamad ausdrücklich betonte, unabdingbarer »Schlüssel«, ein gesellschaftliches Bindeglied. Auch gehe es dabei, Ayman Qasarwa zufolge, nicht nur darum eine Sprache zu erlernen, um Arbeit zu finden, sondern um den Wunsch und die Möglichkeit »Gesellschaft mitzugestalten«.

Überdies sei es wichtig, »gemeinsame, soziale Begegnung, also „Normalität“ in Kita, Schule, Bildung, Ausbildung« als Kern einer funktionierenden, pluralen Gesellschaft zu verstehen und zu stärken und darüber hinaus weitere »Begegnungsräume [zu] schaffen, um die Menschen zusammenzubringen«, so Mamad Mohamad. Eine weitere Notwendigkeit bestünde, Noa K. Ha zufolge, darin, »Integration als gegenseitiges Verhältnis zu fordern« und den Begriff »nicht mehr in die Assimilationsecke zu stellen, sondern als einen Teilhabeprozess zu begreifen.« Im Gesamten könne »eine Gesellschaft nur wachsen, wenn Vielfalt in ihrer Mitte auch mitwachsen kann«, wie Mohamad es formulierte.

Zum Ende dieses dritten Paneltalks trugen die Teilnehmenden schließlich noch vielfältige Wünsche, Hoffnungen und denkbare Instrumentarien zusammen, um sich der offenen, pluralen und gemeinsam gestalteten Gesellschaft zukünftig weiter annähern zu können. Ayman Qasarwa äußerte: »Es ist mein Wunsch, dass die Menschen zusammenleben – ohne Spaltung. Dass man als Mensch betrachtet wird und nicht als Migrant/ Nicht-Migrant oder deutsch/nicht-deutsch.« Er hegte zudem die Hoffnung auf mehr gesellschaftlichen Dialog, adäquate Begegnungsmöglichkeiten und konstruktiven Austausch. Noa K. Ha erkannte vor allem in Forschungsvorhaben zur ostdeutschen Migrationsgeschichte und der Realisierung neuer partizipativer Formate großes Potential. Barbara John plädierte dafür, neben Raum für migrantische Perspektiven, auch »Einheimische« in derartige Gespräche einzubeziehen und erinnerte daran, dass Demokratie nie selbstverständlich als gegeben hingenommen werden sollte, sondern »immer wieder errungen werden« muss. Eben auch durch politische Bildung, Reflexion und Empathie sowie der Fähigkeit andere Perspektiven einzunehmen, so Ha: »Das muss immer wieder passieren, in Schulen – also auch junge Menschen müssen sich damit auseinandersetzen, dass meine Geschichte nicht die Geschichte aller anderen ist. Sondern es gibt da viele von. Und ich glaube eine Kompetenz, die wir auch brauchen für eine offene Gesellschaft, ist Perspektivenwechsel, dass ich die Perspektive überhaupt wechseln kann, dass ich aus meinen eigenen Schuhen, mich in die Schuhe von anderen Menschen hineinstellen kann und in diesen Wechselschritten auch eine Menge lerne.«



Aufzeichnung des dritten Panels auf dem
YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.

Migration in der DDR. Reflektionen über Ausblendungen in der deutschsprachigen Migrationsforschung

VON URMILA GOEL

Im Rahmen des dreißigjährigen Jubiläums des Mauerfalls, ist das Interesse an der Migration in die DDR enorm gewachsen. Es gab und gibt eine Vielzahl von Veranstaltungen und Projekten zum Thema.¹ Dabei wird häufig behauptet, dass es über die Migration in die DDR kein Wissen gäbe, sie unbekannt oder vergessen sei. Wer sich allerdings mit dem Themenfeld beschäftigen möchte, kann einiges an Literatur finden. Schon vor zehn Jahren haben Studierende der Humboldt-Universität zu Berlin eine Online-Bibliografie angelegt, die einen guten Überblick über den damaligen Forschungsstand in Deutschland präsentiert.² Hinzu kommen diejenigen Forschungsbeiträge, die außerhalb Deutschlands publiziert wurden sowie neuere Arbeiten.

Die Forschung zur Migration in die DDR beschäftigt sich insbesondere mit Arbeitsmigration,³ vor allem mit den Vertragsarbeitenden und den Pendler*innen. Auch die Migration zum Zwecke der Ausbildung und zum Studium findet Betrachtung.⁴ Zudem gibt es wissenschaftliche Arbeiten zu den sogenannten Umsiedler*innen, also jener Menschengruppe, die in der Bundesrepublik als Vertriebene bezeichnet werden,⁵ sowie zu jenen, die Asyl in der DDR bekamen,⁶ den politischen Emigrant*innen beziehungsweise Exilant*innen. Überdies existieren verschiedene Studien zu Kindern, die zum Schutz vor kriegerischen Handlungen oder zur Ausbildung in die DDR kamen.⁷ Des Weiteren wird in der Literatur die Remigration von kommunistischen Exilant*innen berücksichtigt und die Migration von überzeugten Kommunist*innen aus dem Westen in die DDR.⁸ Schließlich gibt es auch Forschungsbeiträge zu den Angehörigen der sowjetischen Armee, da diese den größten Teil der ausländischen Staatsangehörigen in der DDR ausmachten.⁹ Diese wissenschaftliche Literatur ist ein Produkt der letzten drei Jahrzehnte. Bis 1989 wurde – wie unter anderem Marianne Krü-

1 So zum Beispiel das an der Hochschule Mittweida durchgeführte Forschungsprojekt »30 Jahre Deutsche Einheit – Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess« oder das an der Technischen Universität Dresden laufende Projekt »MigOst – Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen: Bürgerschaftliche Geschichtswerkstätten als Produktionsorte für Stadtgeschichten«.

2 Vgl. Theodor, Jennifer Sophia: Online-Bibliografie zur Migration in die DDR, unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/projekte/bib> (letzter Zugriff: 15.09.2021).

3 Vgl. Zwengel, Almut / Kökgiran, Gürcan: Bibliographie: Vertragsarbeiter in der DDR, in: Zwengel, Almut (Hrsg.): Die »Gastarbeiter« der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Münster 2011, S. 281–316.

4 Vgl. MacConUladh, Damian: »Studium bei Freunden?« Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Müller, Christian Th./Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 175–220.

5 Vgl. Goller, Alexander: Eine neue Heimat? Zur Aufnahme und Integration der Umsiedler im heutigen Eisenhüttenstadt, in: Priemel, Kim Christian (Hrsg.): Transit / Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990, Berlin 2011, S. 25–50; Schneider, Claudia: Als Deutsche unter Deutschen? »Übersiedler aus der VR Polen« in der DDR ab 1964, in: Ebd., S. 51–74.

6 Vgl. Poutrus, Patrice G.: Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019, S. 103–159.

7 Vgl. Krause, Jürgen: Das DDR-Namibia-Solidaritätsprojekt »Schule der Freundschaft«, Oldenburg 2009.

8 Vgl. Otto, Regine: Das Medizinerehepaar Ingeborg und Samuel Mitja Rapoport und die akademische Remigration in die SBZ / DDR, in: Priemel, Kim Christian (Hrsg.): Transit / Transfer (FN 5), S. 75–97.

9 Vgl. Müller, Christian Th.: »O' Sowjetmensch!« Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag: in: Ders. / Poutrus, Patrice G.: Ankunft – Alltag – Ausreise (FN 4), S. 17–134.



ger-Potratz ausführt¹⁰ – weder in der Bundesrepublik¹¹ noch in der DDR¹² zum Themenfeld Migration in die DDR geforscht. Das Interesse galt beiderseits der deutsch-deutschen Grenze ausschließlich der Migration in die Bundesrepublik. Seit 1990 hat sich das Forschungsfeld entwickelt und ausdifferenziert. Dabei dominieren historische Arbeiten. Es gibt aber auch Forschende aus anderen Disziplinen, wie der Soziologie, der Erziehungswissenschaften und der Kulturanthropologie, die zur Migration in die DDR gearbeitet haben.

Um Literatur zur Migration in die DDR ausfindig zu machen, muss man allerdings wissen, wo man suchen kann, denn in der deutschsprachigen Migrationsforschung finden sich nur selten Verweise auf sie. Mehr noch spart die Geschichtsschreibung der Migration nach Deutschland die Migration in die DDR meist aus. Dies wird deutlich, wenn zum Beispiel im Kontext der deutschen Migrationsgeschichte auf den Anwerbestopp im Jahr 1973 verwiesen wird. Ein solcher Verweis bezieht sich ausschließlich auf die Bundesrepublik, in der Regel ohne dies explizit zu benennen. Dass in der DDR zu diesem Zeitpunkt die Migration der Vertragsarbeitenden verstärkt gefördert wurde, ist den Autor*innen wahrscheinlich meist selbst nicht bewusst und bleibt so auch den Leser*innen verborgen. Insofern stimmt die Behauptung, dass die Migration in die DDR relativ unbekannt ist, wobei sie weniger vergessen als ignoriert wird.

Wenn die Migration in die DDR Erwähnung findet, dann zumeist als Sonderfall, als eine Abweichung von der als Referenzpunkt gesetzten Migration in die Bundesrepublik. Deutsche Kontinuitäten werden von verschiedenen staatlichen Formierungen über das Kaiserreich, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus und die alte Bundesrepublik bis heute gezogen. Die DDR und ihre Migrationsgeschichte bleiben in der Regel ausgeklammert.

In der Literatur zur Migration in die DDR ist zudem auffällig, dass diese nicht einfach eine Lücke in der Forschung schließen und unbekannte Geschichten erzählen will. Die Forschung wurde in den letzten 30 Jahren häufig damit begründet, dass die nach der »Wende« zu beobachtende rassistische Gewalt im Osten Deutschlands erklärt werden solle. So schildern Christian Müller und Patrice G. Poutrus in der Einleitung zu ihrem Sammelband »Ankunft – Alltag – Ausreise«, dass dies der eigentliche Ausgangspunkt für ihr Projekt sei.¹³ Sie erläutern, dass es zwei dominante Erklärungsmuster für Rassismus im Osten Deutschlands gab: entweder wurde die Gewalt als Folge der DDR angesehen oder als Folge der Transformationserfahrungen nach dem Mauerfall. Hier wollen sie ansetzen und die Gründe für rassistische Gewalt sorgfältiger herausarbeiten.¹⁴ Auch Almut Zwengel widmet sich in der Einleitung ihres Sammelbandes zur Vertragsarbeit in der DDR in einem Abschnitt der Frage, ob die Bevölkerung der DDR rassistisch war,¹⁵ und diskutiert, ob die Erfahrungen der Vertragsarbeitenden Konsequenzen für die Migrant*innen nach der »Wende« hatten.¹⁶ Mit diesem Fokus, rassistische Übergriffe aus der Geschichte der DDR beziehungsweise Ostdeutschlands zu erklären, wird der Status jener als zu erklärender Sonderfall gefestigt. Gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten werden verdeckt.¹⁷

10 Vgl. Krüger-Potratz, Marianne: *Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR*, Münster 1991.

11 Vgl. ebd., S. 13–15.

12 Vgl. ebd., S. 15–25.

13 Müller, Christian Th. / Poutrus, Patrice G.: *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Ankunft – Alltag – Ausreise* (FN 4), S. 9–16, hier: S. 10.

14 Ebd.

15 Zwengel, Almut: *Kontrolle, Marginalität und Misstrauen? Zur DDR-Spezifität des Umgangs mit Arbeitsmigranten*, in: Dies. (Hrsg.): *Die »Gastarbeiter« der DDR* (FN 3), S. 3–20, hier: S. 11–14.

16 Ebd., S. 14–16.

17 Vgl. Heft, Kathleen: *Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit*, in: *Feministische Studien* (2) 2018, S. 357–366.

Das Ostdeutsche* als das Andere

In der Migrationsforschung lässt sich, wie auch in anderen Bereichen der Wissenschaft und in medialen Diskursen, feststellen, dass die Bundesrepublik als die Normalität angesehen wird. Sie wird als das Universale und damit gewissermaßen als das Deutsche gesetzt, oder, wie Kersten Sven Roth in seiner linguistischen Diskursanalyse formulierte, als »Normal Null« angenommen.¹⁸ Die DDR und Ostdeutschland werden als Abweichung von dieser Normalität konstruiert. Das lässt sich auch am Titel »Die „Gastarbeiter“ der DDR« von Zwengels Sammelband sehen.¹⁹ Anstatt von Vertragsarbeitenden zu sprechen und damit auf den spezifischen Kontext der DDR hinzuweisen, wird die bundesdeutsche Bezeichnung für Arbeitsmigrant*innen benutzt. Die Westbezeichnung wird als Referenz genutzt und in Anführungsstriche gesetzt.

Insbesondere in der diskursanalytischen Ostdeutschlandforschung – unter anderem von Raj Kollmorgen und Torsten Hans²⁰ sowie Thomas Ahbe²¹ – ist die Konstruktion des Ostdeutschen* als Anderes herausgearbeitet worden. Ahbe argumentiert, dass die Konstruktion der Ostdeutschen dabei vor allem Informationen über die Westdeutschen liefert. Denn, so stellt er fest, spiegeln und reproduzieren sich in dieser Konstruktion die Identitäten der Diskurs-Produzierenden, also der Westdeutschen.²² Durch die Konstruktion und die Bestätigung der Identitäten der Westdeutschen werden so bestehende Dominanzverhältnisse stabilisiert.

Dies erinnert an die Funktionsweise des Orientalismus,²³ und tatsächlich wurde postkoloniale Theorie und das Konzept des Othing von einigen Forschenden auf postsozialistische Gesellschaften angewendet. So haben sowohl Larry Wolff als auch Maria Todorova herausgearbeitet, wie Osteuropa beziehungsweise der Balkan diskursiv als Anderes konstruiert und darüber der Westen als das Normale bestätigt wird.²⁴ Michal Buchowski blickt mit dieser Perspektive auf Polen und zeigt, dass die Differenzkonstruktion innerhalb der polnischen Gesellschaft erfolgt.²⁵ Dem modernen, zivilisierten, westlichen Homo Westernicus wird diskursiv der rückwärtsgewandte, unzivilisierte, östliche Homo Sovieticus entgegengesetzt. Er verkörpert all das, was überwunden werden soll, um im Westen anzukommen.²⁶ Für diese Analyse nutzt Buchowski das Konzept der Nesting Orientalisms von Milica Bakić-Hayden.²⁷ In diesem Verständnis gibt es nicht nur eine Dichotomie von Westen und Orient, sondern viele Differenzsetzungen von West und Ost. Wie bei einer Matrjoschka lassen sich durch genaueres Auseinandernehmen beziehungsweise genauere Analyse immer weitere Differenzsetzungen finden, die nach dem gleichen Prinzip funktionieren.

18 Vgl. Roth, Kersten Sven: Der Westen als »Normal Null«. Zur Diskurssemantik von »ostdeutsch*« und »westdeutsch*«, in: Roth, Kersten Sven / Wieners, Markus (Hrsg.): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West, Bremen 2008, S. 69–89.

19 Vgl. Zwengel, Almut (Hrsg.): Die »Gastarbeiter« der DDR (FN 3).

20 Vgl. Kollmorgen, Raj / Hans, Torsten: Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit, in: Kollmorgen, Raj / Koch, Frank Thomas / Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 107–165.

21 Vgl. Ahbe, Thomas: Die Ost-Diskurse als Struktur der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995, in: Ders. / Gries, Rainer / Schmale, Wolfgang (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009, S. 59–112.

22 Ebd.

23 Vgl. Said, Edward William: Orientalism, New York 1979.

24 Vgl. Wolff, Larry: Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment, Stanford 1994; Todorova, Maria: Imagining the Balkans, New York 1997.

25 Buchowski, Michal: The Specter of Orientalism in Europe: From Exotic Other to Stigmatized Brother, in: Anthropological Quarterly (3) 2006, S. 463–482.

26 Vgl. ebd.

27 Vgl. Bakić-Hayden, Milica: Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia, in: Slavic Review (4) 1995, S. 917–931.

Auch in der Ostdeutschlandforschung wurde bereits postkoloniale Theorie genutzt. Produktiv sind hier jene Ansätze, die nicht versuchen Ostdeutschland als postkolonial zu definieren, sondern die Fragestellung und Analyseinstrumente der postkolonialen Theorie, insbesondere Prozesse des Otherings und der Orientalisierung, auf den spezifischen Kontext Ostdeutschland übertragen. So arbeitet Kathleen Heft am Beispiel des medialen Kindsmorddiskurses heraus, wie der Osten als Abweichung von dem als Norm gesetzten Westen konstruiert wird.²⁸ Dadurch, dass Kindsmord medial als ein Produkt der DDR konstruiert wird, kann der Westen als im Grunde frei von Kindsmord imaginiert werden. Kindsmord gibt es in diesem Diskurs im Westen nur als Ausnahmefall. Anders als im Osten wird er im Westen nicht als gesellschaftlich bedingt verstanden. Stattdessen werden Kindsmordfälle im Westen als Ergebnis einer psychischen Ausnahme-Situation der Mutter konstruiert. Sie werden pathologisiert und so zu Einzelfällen. Ähnliches lässt sich für Diskurse über Rechtsextremismus und rassistische Gewalt nachzeichnen.²⁹ Dadurch dass sie als Produkt der DDR beziehungsweise der »Wende« konstruiert werden, lässt sich der Westen als frei von strukturellem Rassismus imaginieren.³⁰ Heft bezeichnet diesen Prozess der Kulturalisierung, des Andersmachens als Ossifizierung.³¹ Mit diesem Konzept lässt sich die Machtdimension der Differenzsetzung West-Ost erfassen.

Gründe und Konsequenzen der Ausblendung

Damit zurück zur Migration in die DDR und zu den Gründen und Konsequenzen ihrer Ausblendung in der deutschsprachigen Migrationsforschung. Diese hat sicher auch etwas mit der vergleichsweise geringen Zahl von Migrant*innen in der DDR zu tun. Zum Jahresende 1989 haben in der DDR 580.000 Angehörige der sowjetischen Armee und deren Familienangehörige gelebt sowie 191.200 weitere ausländische Staatsangehörige, wovon etwa 88.100 Vertragsarbeitende waren.³² Absolut sind das, im Vergleich zur Bundesrepublik, geringe Zahlen, in spezifischen Kontexten waren sie aber durchaus relevant.

Vor allem ist die Ausblendung aber ein Ergebnis davon, dass der Westen als Norm und universal gesetzt wird. Dadurch wird die DDR, wenn überhaupt, nur als Sonderfall interessant. Um die Ausblendung besser zu verstehen, lässt sich auch das Konzept der Intersektionalität nutzen – also eine Analyse der Verflechtungen von verschiedenen Kategorien beziehungsweise Machtverhältnissen. Um sich für Migration in die DDR zu interessieren, muss sowohl ein Interesse für Migration als auch für die DDR bestehen. Sowohl in der Migrations- als auch in der Ostdeutschlandforschung steht das jeweils andere Thema allerdings nicht im Zentrum des Interesses. So kann die Kombination von zwei Randthemen leicht durch das Raster von Aufmerksamkeit und Anerkennung fallen.

Eine zentrale Konsequenz der Ausblendung der DDR in der Migrationsforschung ist, dass auch in der Migrationsforschung der Westen als normal beziehungsweise universal gesetzt wird. Der Osten wird somit auch in diesem Kontext als Anderes reproduziert. Das hat Auswirkungen, die über den Bereich der Migration hinausgehen. Es fügt sich in andere Ausgrenzungsprozesse und -erfahrungen ein und trägt dazu bei, dass

28 Vgl. Dies., Kathleen: Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse, Opladen 2020.

29 Vgl. Heft: Brauner Osten (FN 17), S. 357–366.

30 Vgl. Quent, Matthias: Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, Wolfgang / Geschke, Daniel / Haußecker, Nicole u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 99–117.

31 Heft: Kindsmord in den Medien (FN 28), S. 292.

32 Bundesministerium des Innern: Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland, Berlin 2011, S. 20.

spezifisch ostdeutsche* Erfahrungen, Biografien und Bezugspunkte weiter ignoriert werden können. Dadurch wird es noch schwerer, diese zu thematisieren und zu leben. Wenn aber Ostdeutsche* als ein Anderes des Westens und damit als ein Anderes Deutschlands konstruiert werden, ist es für Ostdeutsche* schwierig, sich mit der Bundesrepublik zu identifizieren, beziehungsweise kann eine solche Identifikation nur durch eine Verleugnung spezifisch ostdeutscher* Erfahrungen erfolgen.

Zudem führt die Ausblendung der Migration in der DDR- und Ostdeutschlandforschung dazu, dass der Osten Deutschlands als rein »deutsch« konstruiert wird. Sie führt dazu, dass die Lebensrealitäten jener, die in die DDR migrierten, wenig Platz in den Erzählungen über die DDR und in aktuellen Debatten haben. Als Ostdeutsche* und Migrant*innen fallen sie durch das Raster und können ihre Geschichte und Anliegen kaum hörbar machen.³³ Dies erklärt die gerade in letzter Zeit immer wieder erfolgten Versuche, dem Vergessenen mehr Raum und Öffentlichkeit zu geben.

Diese Prozesse der Ausgrenzung und ihre Konsequenzen sollten beachtet werden, wenn aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen im Osten Deutschlands analysiert werden. Sie können dabei helfen, besser zu verstehen³⁴, wie es zu Ausbrüchen rassistischer Gewalt sowie zur Unterstützung von Pegida oder der AfD kommt. Zudem sollte im Rahmen der Forschung zu diesen Themenfeldern auch analysiert werden, inwieweit deren Verortung ausschließlich beziehungsweise primär im Osten Deutschlands gerechtfertigt ist. Wenn die dichotome Analyseperspektive Ost-West abgelegt wird, lassen sich möglicherweise ganz andere Erklärungen für die Zunahme rassistischer Gewalt nach dem Mauerfall und das Erstarken des Rechtspopulismus finden.

Spannend ist auch ein Hinweis von Marianne Krüger-Potratz, dass die angebliche Abwesenheit von Migrant*innen in der DDR vor 1989 als Argument dafür genutzt wurde, auch in der Bundesrepublik eine restriktivere Migrationspolitik zu verfolgen.³⁵ Denn alles andere, so die Argumentation, würde die angestrebte Vereinigung Deutschlands gefährden. Ähnliche Argumentationsmuster finden sich auch heute. Sie verorten die Schuld am Rassismus bei den Migrant*innen und nicht bei der Dominanzgesellschaft. Anstatt aber in der Migration in die DDR die Gründe für rassistische Übergriffe in Ostdeutschland zu suchen, wäre es sinnvoller auf jene zu blicken, die rassistisch handeln. Ilanga Mwaungulu hat dafür eine differenzierte Studie geliefert, die analysiert, wie sich in der DDR trotz einer im Kontrast zur Bundesrepublik ernstgenommenen antifaschistischen internationalen Solidarität Rassismus entwickelt hat.³⁶ Solche Studien, die kontextspezifisch die Entwicklungen in der DDR analysieren und dabei weder reflexhaft das Diktatur- noch das Fortschrittsgedächtnis bedienen,³⁷ sind nötig, um Prozesse besser verstehen zu können.

Die Ausblendung der Migration in die DDR aus der deutschen Migrationsforschung hat schließlich auch noch eine andere, grundlegende Folge. Sie verhindert Wissensproduktion über komplexe Verflechtungen im Bereich der Migration. Es geht dabei nicht nur um die DDR, sondern auch um die transnationalen Beziehungen der DDR. Es geht um Beziehungen unter sogenannten sozialistischen Bruderstaaten, um Beziehungen

33 Vgl. Goel, Urmila: Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung, in: Gürsel, Duygu / Çetin, Zülfukar u. a. (Hrsg.): Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen, Münster 2013, S. 138–150.

34 Verstehen bedeutet nicht Rechtfertigen oder Verharmlosen. Zudem ist dies nur ein Aspekt der beim Verstehen helfen kann, andere müssen hinzugezogen werden.

35 Vgl. Krüger-Potratz: Anderssein gab es nicht (FN 10), S. 6.

36 Vgl. Mwaungulu, Ilanga: »Schwarze Schwester Angela«. Die Solidaritätskampagne für Angela Davis in der DDR-Frauenzeitschrift Für Dich zwischen Identifikation mit antirassistischen Kämpfen und Leugnung von Rassismus in der DDR, Berlin 2020, verfügbar unter: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/22155> (letzter Zugriff: 24.02.2022).

37 Vgl. Sabrow, Martin: Die DDR erinnern, in: Ders. (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 11–29, hier: S. 18 f.

zu sozialistischen Bewegungen weltweit, aber auch um Beziehungen zu kapitalistischen Staaten.³⁸ Auch deutsch-deutsche Beziehungen lassen sich unter der Perspektive Migration untersuchen.

Es ist also dringend nötig, dass nicht nur mehr zur Migration in die DDR geforscht wird, sondern vor allem auch, dass diese Forschung differenziert erfolgt und von der Migrations- und Ostdeutschlandforschung rezipiert wird.

³⁸ Vgl. Slobodian, Quinn: *Comrades of Color. East Germany in the Cold War World*, New York 2017; Schwenkel, Christina: *Building Socialism. The Afterlife of East German Architecture in Urban Vietnam*, Durham 2020.

Bittere Solidarität. Arbeitsmigration in der DDR und das Beispiel der ehemaligen Vertragsarbeitenden aus Mosambik

VON HANS-JOACHIM DÖRING

Vergessene Geschichten, versteckte Zusammenhänge und bittere Solidarität. Immer noch das Labyrinth DDR – 30 Jahre nach ihrem Ende und inmitten von 30 Jahren anhaltender Aufarbeitung? Die Erfahrungen von ausländischen Werkträgern, politischen Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten mit Bezügen zur DDR sind bisher zu wenig erzählt, nachgezeichnet und analysiert worden.¹ Mit diesem Beitrag möchte ich einen kurzen Überblick zur Arbeitsmigration in der DDR in den 1970er und den 1980er Jahren geben. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Besonderheiten des Einsatzes der »mosambikanischen Werkträgern in sozialistischen Betrieben«², und ihre speziellen Erfahrungen. »Werkträger« wurden die Vertragsarbeitenden in den offiziellen Dokumenten der DDR bis 1989 genannt. Nach 1990 kam die Bezeichnung »Vertragsarbeiterinnen« beziehungsweise »Vertragsarbeiter« auf, da ihr Aufenthalt durch besondere staatliche Verträge geprägt wurde. Bei dieser Bezeichnung stand auch der in Westeuropa gebräuchliche Begriff »contract worker« Pate. Der Begriff verwies auf die formal und staatlich eng geregelten Einreisewege und zentral vorbereiteten Arbeitsverhältnisse und wurde zur Unterscheidung von Beschäftigten im informellen Sektor verwendet.

Einreise und Arbeitswelt

Der Einsatz der Vertragsarbeitenden beziehungsweise die Arbeitsmigration³ in die DDR war staatlich und straff geregelt. Gleichzeitig waren diese Regeln wie die Hintergründe und Motive für die Einreise der Öffentlichkeit nicht bekannt. Die beständige Abwanderung der zumeist berufstätigen Bevölkerung der DDR nach Westdeutschland riss gravierende Lücken in den formalen Arbeitsmarkt der DDR. Das sollte der Bau der Berliner Mauer im August 1961 ändern. Trotz Mauerbau herrschte in Ostdeutschland ein beständig wachsender Arbeitskräftemangel. Die SED-Führung und die DDR-Regierung milderten die miese Arbeitskräftelage in den 1960er Jahren mit dem Einsatz von Beschäftigten aus befreundeten osteuropäischen Ländern. Es wurden Abkommen zunächst mit Polen und Ungarn abgeschlossen. So wurden 1966 insgesamt 3.500 ausländische Arbeitnehmerinnen und -nehmer in der DDR-Wirtschaft beschäftigt.⁴ Die politischen und sozialen Widersprüche wuchsen und mit der Biermann-Krise im November 1976 stieg die Anzahl der Ausreisen in die Bundesrepublik rasch an. Produktionsbändern drohte Stillstand. Es wurden erstmals Verträge mit Ländern des globalen Südens, die eine prosozialistische Orientierung suchten, abgeschlossen. So 1978 mit Kuba, 1979

1 Vgl. Berger, Almuth: Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland – Migration in der DDR bis zum 3. Oktober 1990, in: Kowalczyk, Ilko-Sascha u. a. (Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil 1 – 1989 bis heute, Bonn 2021, S. 329–346, hier: S. 329.

2 Siehe dazu »Vertragsarbeiterabkommen« von 24.02.1979 zwischen der DDR und der VR Mocambique, in: Neumann-Becker, Birgit/ Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung. Die mosambikanischen Vertragsarbeiter und das schwierige Erbe aus der DDR, Halle 2020, S. 219–232, hier: S. 219, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2020/11/tagungsband.pdf> (letzter Zugriff: 04.03.2022).

3 Dieser Begriff wurde in der DDR nicht verwendet.

4 Vgl. Poutrus, Patrice G.: Von der Planwirtschaft in die ethnische Ökonomie. Vertragsarbeiter in der DDR und Ostdeutschland, in: Scharenberg, Albert (Hrsg.): Der lange Marsch der Migration. Die Anfänge migrantischer Selbstorganisation im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2020, S. 125–138, hier S. 129, unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/US-IH-Marsch_Migration-web.pdf (letzter Zugriff: 04.03.2022).



mit Mosambik und Angola sowie 1980 mit Vietnam. Es sollten Abkommen »zum gegenseitigen Vorteil« beziehungsweise mit »win-win-Effekten« sein: Frische Arbeitskräfte für die müde DDR-Produktion bei gleichzeitiger Unterstützung der jungen Entwicklungsländer bei der Überwindung ihrer alten Kolonial- wie dem Aufbau neuer Infrastrukturen. Weitere Motive für die Verträge vor allem der Entwicklungsländer waren Ausbildungserwartungen und Kompetenzgewinne für der jungen Arbeitskräfte, eine gewisse Kanalisierung der Arbeitskräfteüberschüsse in den Heimat- beziehungsweise Entsendungsländern sowie eine schubweise- und im einem weltrevolutionär-optimistischen Ruck-Zuck-Verfahren erwartete Formung »Neuer Menschen« zu Werktätigen und Proletariern in den volkseigenen Betrieben der Lausitz, der Prignitz oder Ost-Berlins. Für die DDR waren neben der Arbeitsmarktentlastung vor allem handelspolitische und kreditwirtschaftliche Vorteile von Interesse. Der Einsatz der ausländischen Vertragsarbeitenden aus den sogenannten Entwicklungsländern erfolgte in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum, den letzten 10 Jahren der DDR zwischen 1979 und 1989. Ende 1989 wurde mit rund 94.000 Personen die größte Anzahl ausländischer Werktätigen in der DDR registriert.⁵ Im Vergleich zur Bundesrepublik ist diese Zahl gering. Zum Höhepunkt der Anwerbe- und Gastarbeiter-Beschäftigung 1973 weilten 2,6 Mio. Arbeitskräfte in Westdeutschland.⁶ Zum Ende der DDR 1989 bildeten die Vietnamesinnen und Vietnamesen mit 59.000 Personen die größte Gruppe, gefolgt von ca. 17.100 Bürgerinnen und Bürgern aus Mosambik.⁷

Die Anzahl der Einreisen unterlagen starken Schwankungen.⁸ Sie erfolgte nicht kontinuierlich, sondern in Intervallen. Die für die DDR zusätzlichen Werktätigen wurden in ihren Heimatländern angeworben und ausgesucht. Sie waren in der Regel zwischen 18 und 25 Jahren alt. 15 Prozent von ihnen waren Frauen. Etliche Vertragsarbeiterinnen schlossen nach dem ersten Einsatz einen zweiten Vertrag ab. Sie arbeiteten dann bis zu zehn Jahre in der DDR.

Neben den staatlichen Veranlassungen für die Abkommen gab es ein Bündel persönlicher Motive der jungen Menschen, an einer befristeten Immigration in die DDR teilzunehmen. Neben dem Ausweichen von wirtschaftlichen Engpässen oder auch Bürgerkriegen war der starke Bildungswille eine hohe Motivation. In einer Interviewstudie berichtet der Mosambikaner Franci im Rückblick: »Ich bin eigentlich in einer sehr, sehr armen Familie groß geworden. Meine Eltern waren arm, ich bin jeden Tag 24 km zu Fuß gelaufen in die Schule und ich hatte nicht mal Schuhe. Und das war für mich immer ein Traum, etwas werden zu wollen und ich wollte was lernen, das war immer in meinem Kopf.«⁹

Die Vertragsdauer in die DDR betrug vier gelegentlich fünf Jahre. Anfangs war ein Rotationsprinzip geplant, um einen gewissen »Durchlauf«, eine hohe Teilnehmerzahl und somit einen hohen Transfer und Nutzen an Produktionserfahrungen und »Industriedisziplinen« zu erzielen. Im Laufe der Jahre wurden Zweitverträge immer häufiger abgeschlossen. Eine Integration der Arbeitnehmerinnen und -nehmer, gar ein beständiges

5 Vgl. Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen: Deutschland, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2007, S. 141–170, hier: 159 f.

6 Siehe Statista Research Department: Anzahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1955 bis 1980 (Stand: 01.01.2016), unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1156090/umfrage/auslaendische-arbeitnehmer-in-der-bundesrepublik-deutschland/> (letzter Zugriff: 15.10.2021).

7 Die mitunter in der Literatur genannte Zahl von ca. 21.000 Vertragsarbeitenden aus Mosambik benennt die Anzahl der abgeschlossenen Einzelverträge. Ca. 4.000 Mosambikanerinnen und Mosambikaner schlossen einen zweiten Vertrag ab.

8 Vgl. Döring, Hans-Joachim: »Es geht um unsere Existenz«. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999, S. 237. Die Publikation ist online unter https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2021/02/Doering_Es-geht-um-unsere-Existenz.pdf abrufbar.

9 Uamusse, Nadja Nphoi: Sprache und Identität ehemaliger mosambikanischer Vertragsarbeiter*innen in Deutschland, Masterarbeit, Universität Köln, Institut für Afrikanistik, 2021, S. 60.

Bleiberecht oder Familiennachzug war von Seiten der DDR-Verwaltung und den Entsendestaaten nicht vorgesehen. Die Vertragsarbeitenden galten als Arbeitskräfte auf Zeit. Sie wurden geholt, um nicht zu bleiben.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen wurden von den Vertragsarbeitenden im Vergleich mit ihrem Heimatland zumeist als sehr gut angesehen. Dies schloss nicht Murren und Kritik oder mit den gewonnenen Erfahrungen ein gewachsenes und mitunter verletztes Gerechtigkeitsempfinden aus. Viele Vertragsarbeitende empfanden sich bei der Einreise als Delegierte ihres Landes, auserwählt und privilegiert. Viele waren mit hohen Bildungserwartung eingereist. Staatliche Stellen in den Heimatländern versprachen mitunter gar: »Ihr fahrt zum Studium.« Bis zum vermeintlichen Beginn des Studiums lockte ein guter Lohn. Viele hofften, mit Paketsendungen oder Geldübermittlungen, ihre Familien in der Heimat unterstützen oder bei Rückkehr mit Ersparnissen eine neue Existenz aufbauen zu können.

Die Ausbildungserwartungen der jungen Menschen waren sehr hoch. Sie erfüllten sich oft nicht. Kern der Verträge war die Unterstützung der Produktion in der DDR und nicht entwicklungspolitisch ausgerichtete Ausbildungshilfe für die Eingereisten. Weder war ein Facharbeiterabschluss vorgesehen noch bestand planmäßig die Möglichkeit, ein Fachstudium im Anschluss absolvieren zu können. In der Regel erhielten die Vertragsarbeitenden in den ersten drei Monaten nur eine Anlernausbildung für ihre unmittelbar bevorstehenden Tätigkeiten in der Produktion und Elementarunterricht in Deutsch.¹⁰ »Die Beschäftigung ist verbunden mit der Vermittlung praktischer Berufserfahrungen im Prozess der produktiven Tätigkeit und der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Rahmen der betrieblichen Erwachsenenqualifizierung«, stellten die Regierungsabkommen von 1979 und 1980 klar.¹¹ Das primäre Ziel war keine umfassende Ausbildung für die potentiellen Rückkehrenden mit hohem Nutzen beim nachkolonialen Aufbau ihrer Heimatländer, sondern die effektive Einpassung junger Menschen aus fernen Kulturen in die nicht besetzten, zumeist unattraktiven Arbeitsplätze der DDR-Industrie.

Die Vertragsarbeitenden wurden nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld unmittelbar auf dem Airport in der Regel ungefragt nach ihren Neigungen und Erwartungen für Ausbildung und Studium auf Großbetriebe verteilt. Das war der Roulette-Tisch im Schicksal der jungen Menschen. Die Kugel lief entlang der Liste der DDR-Arbeitskräfte-Mangelstandorte und fiel für die zukünftigen Vertragsarbeitenden in ein x-beliebiges Loch. Es führte zum Dreischichtbetrieb in die Textilindustrie, in den Gleis- oder Fahrzeugbau oder auf dem Schlachthof. Entwicklungsländerrelevanz spielte keine Rolle. »Ebenso wie in den westlichen Industriestaaten übernahmen auch die „Gastarbeiter der DDR“ vorrangig monotone, ungelernete und in anderer Hinsicht unattraktive Arbeiten. Sie arbeiteten gehäuft im Schichtdienst, mit veralteter Ausrüstung, am Fließband, sowohl in der Leicht- und Schwerindustrie als auch im Kohleabbau. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der DDR waren in annähernd 1.000 sogenannten volkseigenen Betrieben der DDR ausländische Vertragsarbeiter angestellt.«¹²

10 Lediglich 200 Unterrichtsstunden waren für den Erwerb der deutschen Sprache in den ersten drei Monaten vorgesehen. Vgl. Schönmeier, Hermann W.: Qualifizierung als Rückkehrvorbereitung ehemaliger Vertragsarbeiter aus Mosambik, in: Zwengel, Almut (Hrsg.): Die »Gastarbeiter« in der DDR. Politischer Kontext und Lebenswert (=Studien zur DDR-Gesellschaft, Ruhr-Universität Bochum, Bd. 13), Münster 2013, S. 205–231, hier: S. 206.

11 »Vertragsarbeiterabkommen« von 24.02.1979 (FN 2), S. 219. Ähnliche Passagen finden sich in den Verträgen mit der Volksrepublik Vietnam und Angola.

12 Kuck, Dennis: »Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat«? Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR, in: Behrends, Jan C. u. a. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 271–281, hier: S. 276.

Die Vertragsarbeitenden wurden in der Regel in Gruppen ab 50 Landsleuten auf die Betriebe verteilt. Nicht selten wurden die Betriebe und ihre Personalabteilungen nur kurzfristig über die Ankunft der neuen Arbeitskräfte in Kenntnis gesetzt. Dies ergab häufig logistische beziehungsweise technologische Probleme und erschwerte unnötig die Akzeptanz in den Betrieben oder bei der Bevölkerung. Die Wohnunterkünfte waren oft in großen abgeschlossenen Wohnblöcken. Sie lagen häufig abseits der Ortszentren aber betriebsnah. Die DDR wie die Entsendeländer hatten ein hohes Kontrollbedürfnis. Für die DDR regelte das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (SAL) in Abstimmung mit den betrieblichen Strukturen den operativen Einsatz. Die Entsendeländer etablierten zur Begleitung und Disziplinierung der Vertragsarbeitenden ein dichtes Netz von Gruppenleitern in den Betrieben, die sich für die sozialen Belange der jungen Werkstätigen gegenüber der Betriebshierarchie einsetzten und disziplinarischen Aufgaben erfüllen mussten. Sie fungierten als Kollegen und als Aufpasser für Staat und Partei. Sie standen oft zwischen allen Interessen und mussten Drahtseilkünstler sein.

Gemäß den Verträgen und zumeist auch in der Praxis waren die ausländischen Werkstätigen – nach einer Anlernphase – tariflich den DDR-Arbeiterinnen und -arbeitern weithin gleichgestellt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit galt im Grundsatz. Über eine freie Arbeitsplatzwahl oder gar ein Kündigungsrecht mit freier Arbeitsplatzwahl verfügten die Vertragsarbeitenden freilich nicht. Sie waren in die Vertragssysteme mit Arbeitsplatzzuweisung und fixem Vertragsende eingebunden. In der vier- oder fünfjährigen Vertrags- und damit Aufenthaltsdauer war kein Heimaturlaub vorgesehen.

Beschwerden der Vertragsarbeitenden in den Betrieben kamen vor. Sie waren nicht so selten.¹³ Anlässe waren unter anderem die stark begrenzte Zahl von Paketen für die Familien im Heimatland oder die auffällig häufige Einteilung zu Hilfsarbeiten, die schlechter bezahlt wurden. Vereinzelt gab es auch kurz aufflackernde Proteste oder kleine Streikversuche. So bei den Vertragsarbeitenden aus Mosambik wegen der einbehaltenen Lohnanteile im Rahmen des »Nettolohnpflichttransfers«. Derartige Zwischenfälle wurden vom SAL rapportiert und vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) genau observiert und archiviert. Nur selten kam es zur »Abschiebung der am Vorkommnis beteiligten ausländischen Arbeitskräfte«.¹⁴

Die Vertragsarbeitenden zahlten die gleichen Beiträge in das Sozial- und Rentensystem der DDR ein wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. Für die Zeit nach der Rückkehr legte zum Beispiel der Vertrag vom 24. Februar 1979 für die Werkstätigen aus Mosambik im Paragraph 12 Abs. 7 fest: »Nach der endgültigen Rückkehr der mosambikanischen Werkstätigen in die Volksrepublik Mocambique erhalten sie alle Leistungen der Sozialversicherung entsprechend den Rechtsvorschriften und zu Lasten der Volksrepublik Mocambique.«¹⁵ Vergleichbare Regelungen gab es auch mit weiteren entsendenden Ländern. Die medizinische

13 Vgl. Poutrus, Patrice G.: Von der Planwirtschaft in die ethnische Ökonomie Vertragsarbeiter in der DDR und Ostdeutschland (FN 4), S. 129 f.; Rabenschlag, Ann-Judith: Völkerfreundschaft nach Bedarf – Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR, Stockholm 2017, S. 149–159.

14 »Jahreseinschätzung zur politisch-operativen Lage unter den ausländischen Werkstätigen in der DDR« vom 19. Oktober 1987, in: BStU MfS HX XVIII Nr. 5881. Insgesamt weilten 95.400 ausländische Arbeitskräfte in der DDR. »Vorkommnisse mit mocambiquanische Werkstätigen im September 1987 belegen, dass diese Ausländergruppe zunehmend Provokationen von DDR-Bürgern ausgesetzt sind.« Ebd., Bl. 8; »120 mosambikanische Werkstätige mussten aus disziplinarischen Gründen vorzeitig zurückgeführt werden.« Ebd., Bl. 7. Heyden, Ulrich van der: Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft (1979–1990), Leipzig 2019, S. 407 erwähnt zusätzlich zu den 120 »zurückgeführten« mosambikanischen Vertragsarbeitenden für 1986 auch die vorzeitige Rückführung von 1.000 kubanischen und von 120 vietnamesischen Vertragsarbeitenden.

15 »Vertragsarbeiterabkommen« vom 24.02.1979 (FN 2), S. 229.

Versorgung der DDR stand den Vertragsarbeitenden uneingeschränkt zu. Lohnsteuer wurde in das Finanzsystem der DDR eingezahlt.

Der Alltag

Zeitgeschichtliche und aufarbeitende Betrachtungen legitimieren sich, ja leben von der Heraushebung noch nicht gelösten, offene Fragen, von Problemvertiefung und Kritik. Da liegt der wissenschaftliche Erkenntnis- und Publikationsgewinn. Das ist der Job von Aufarbeitung und Wissenschaft und gleichzeitig eine ihrer Gefahren. Fokussierungen sind notwendig, können aber zu Überspitzungen, Überzeichnungen und pointierten Verallgemeinerungen führen. Schwer darzustellen ist die Gleichzeitigkeit von im Einzelnen wie in gesellschaftlichen Alltags-Strukturen erlebten gutem Gelingen – und bewusster politischer oder betrieblicher Missachtung von Rechten und Normen bis hin zu systematischem Betrug und Desinformation seitens der Behörden und staatliche Stellen. Nicht selten gerät das gut bewältigte normale Leben aus dem Blick und unter die Räder. Diese Gefahr wird auch in diesem Beitrag gesehen. Sie kann aus Platzgründen nicht weiter erörtert und nur benannt werden.

Der Alltag der Vertragsarbeitenden bekam durch die Arbeit in den Betrieben, dem Leben in Arbeitskollektiven, oft im Drei-Schichtbetrieb oder durch Sondereinsätze seinen Rhythmus. Was nicht Arbeitszeit war, war Freizeit. Die Freizeitgestaltung, um an ein vergessenes »DDR-Wort« zu erinnern, war für die jungen Arbeitskräfte schwierig. Die vietnamesische Community arrangierte sich in der Regel geschickter und anpassungsfähiger als die mosambikanischen Kolleginnen und Kollegen. Im Klischee gesprochen: Die Vietnamesinnen und Vietnamesen nähten¹⁶ und die Mosambikanerinnen und Mosambikaner wie die Kubanerinnen und Kubaner feierten. Betriebssport war möglich, Religionsausübung nicht. Gaststätten- und Disko-Besuche führten häufig von Konflikten und waren mitunter von Krawallen begleitet.¹⁷ Die Betriebe und die Standorte der Wohnheime waren auf die meist jungen Männer – nicht selten in Gruppen von bis zu 80 oder 100 Personen – nicht vorbereitet. Ebenso war die Belieferung der Kaufhallen und Versorgungseinrichtungen im »Einzugsgebiet« nicht auf die neuen überseeischen Gäste und Mitbewohnerinnen und -bewohner abgestimmt. Gelegentlich wurde dann Reis oder Hähnchenfleisch knapp. Diese temporären Mangel-Effekte lastete die Wohnbevölkerung den Vertragsarbeitenden an. Diese Erinnerungen wirken teilweise bis heute. Aus den konkreten Arbeitskollektiven wird meist von einem guten bis vertrauten Miteinander berichtet. Seit an Seit mit den Kolleginnen und Kollegen gab es viel Normalität.

Zu dieser Normalität gehörte auch, dass in Konfliktsituationen mitunter rassistische Stereotype unverhohlen auftauchen konnten. Außerhalb der Arbeitswelt traten fremdenfeindliche Allüren und Attacken häufiger an die Oberfläche als in den Betrieben. Bei den an Pogrome erinnernden Ausschreitungen gegen Vertragsarbeitende im September 1991 in Hoyerswerda¹⁸ und im August 1992 in Rostock zeigte sich eine unerwartete Wucht und Aggressivität von Teilen der ehemaligen DDR-Bevölkerung gegen die ausländischen Werk-tätigen. Der Druck aus der ungewohnten Konkurrenzsituation einer abwickelten Plan- und einer sich entwickelnden Marktwirtschaft vermischte sich mit dem Frust aus den nicht erfüllten, weil übersteigerten

16 Poutrus, Patrice G.: Von der Planwirtschaft in die ethnische Ökonomie Vertragsarbeiter in der DDR und Ostdeutschland (FN 4), S. 129, bezeichnete die Nischenwirtschaft der Vietnamesen in der DDR treffend mit »ethnischer Ökonomie«, die nach 1990 teilweise in die Bundesrepublik überführt werden konnte.

17 Vgl. Scherzer, Landolf / Schmitt, Anna-Lena: Mosambikanische Vertragsarbeiter. Ausgrenzung und Rassismus als alltägliche Erfahrungen, in: Zwengel, Almut (Hrsg.): Die »Gastarbeiter« in der DDR (FN 10), S. 99–118, hier: S. 106.

18 Vgl. Projekt »Vertragsarbeit Mosambik-DDR«: Vertragsarbeit, Rassismus und soziale Kämpfe, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2021/12/03/vertragsarbeit-rassismus-und-soziale-kaempfe/> (letzter Zugriff: 04.03.2022).

Erwartungen auf Ergebnisse und Wirkungen der Friedliche Revolution von 1989 und die deutsche Wiedervereinigung von 1990. Diese Mischung setzte für viele unerwartet in einigen Orten – bei weitem nicht überall – auch verdeckt schlummernde, rassistisch aufgeladene Vorurteile frei. Es kam zu kriminellen Handlungen inmitten der Öffentlichkeit. Sie trafen die schwächsten Glieder der Umbruch-Gesellschaft in Ostdeutschland, die nicht im Einigungsvertrag berücksichtigen, zur Abschiebung freigegebenen und auf Koffern sitzenden Vertragsarbeitenden in ihren Wohnheimen. Die Vertragsarbeitenden – oft die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen – wurden zu Sündenböcken und zu Projektionsflächen für ungelöste Probleme der unmittelbaren »Nachwendezeit«. Probleme erwachsen aus den naiven Erwartungen des »Ostens« an den »Westen« und dem hemdsärmlichen, unsensiblen Vorgehen des »Westens« im »Osten«. Die intensive Propaganda für Völkerfreundschaft und internationale Solidarität in der DDR hatte nicht breit und tief gewurzelt und hielt vielerorts den neuen Herausforderungen nicht stand. Die medialen Bilder mit den pogromartigen Stimmungen im Osten gehören nun zum kollektiv genutzten Erinnerungsraum der »Nachwendejahre«. Sie sind Teil der präsenten Geschichte der vereinigten Bundesrepublik geworden.

Inmitten der »Nachwendejahren« gab es aber nicht nur die massiven ausländerfeindlichen Krawalle, die an den Wohnheimen kulminierten. Es öffneten mit den neuen Möglichkeiten auch eine größere Anzahl von kleinen, informellen Begegnungststätten von Deutschen mit Vertragsarbeitenden mit Kuchen, Tanz, Beratung und Tee quer durchs ostdeutsche »Wendeland«. Im kirchlichen Raum wurden diese regelmäßigen Treffen »Cabanas« genannt. Es kann von einer zeitweisen »Cabana-Bewegung« gesprochen werden, die ihre Wurzeln in der ökumenischen Solidaritäts- und Zwei-Drittel-Welt-Bewegung hatte. Zum Beispiel in Dresden: »Der Verein „Cabana“, der heute zum Ökumenischen Informationszentrum Dresden gehört, setzte sich in der Zeit nach 1989 für die Belange der ehemaligen Vertragsarbeiter ein. In Dresden hatte es schon vor 1989 in Kirchgemeinden vom Staat nicht gewollte informelle Treffen zwischen Deutschen und Ausländer [sic!] gegeben – so genannte „Café Cabana“-Veranstaltungen. Die „Cabana“-Bewegung war in den 1980er-Jahren im kirchlichen Umfeld in (Ost-)Berlin entstanden und engagierte sich für die Verständigung zwischen Ausländer [sic!] und Deutschen. Seither unterstützt „Cabana“ Migranten in Dresden in allen Lebenslagen.«¹⁹ Ebenfalls in den frühen 1990er Jahren initiierten einige neue Nichtregierungsorganisation und kirchliche Gruppen Ausbildungsprojekte für Vertragsarbeitende, damit die berufliche Ausbildung trotz »Wende« abgeschlossen werden konnten, um Neustartmöglichkeiten im Heimatland zu verbessern oder um Bleibemöglichkeiten zu eröffnen. Diese Graswurzelinitiativen gelangten nicht in die Medien und gehören nun zu den vergessenen Migrationsgeschichten Ostdeutschlands. Auch sie verdienen neu erzählt und in den Erinnerungskanon aufgenommen zu werden.²⁰

Die Vertragsarbeitenden erlebten die Friedliche Revolution im Herbst 1989 mit gemischten Gefühlen und den Prozess bis zur deutschen Wiedervereinigung mit immer größeren Befürchtungen und Ängsten. Ihre Arbeitsverhältnisse wurden in den Betrieben als erste aufgelöst. Die demokratisch gewählte Übergangsregierung der DDR versuchte noch im Mai 1990 verbesserte Bleibe- oder Rückreisemodalitäten auszuhan-

19 Kirchberg, Anne: Ausländische »Vertragsarbeitskräfte« in Ostdeutschland vor und nach 1989/90 – politische Rahmenbedingungen und biografische Erfahrungen, unter: <https://weiterdenken.de/index.php/de/2014/02/21/zeitgeschichte-19> (letzter Zugriff: 10.06.2022).

20 Vgl. Berger, Almuth: Eine Pfarrerin und Gründerin der CABANA erinnert sich, in: Aufbruch 1989 – Erinnern 2019, unter: <https://aufbruch-herbst89.de/portfolio-item/012/> (letzter Zugriff: 12.06.2022). Siehe insbesondere auch das Kapitel »Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern« in Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Hrsg.), Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden / Magdeburg 1989, S. 32–34, unter: https://www.ekmd.de/attachment/a234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e4124a11e0bcbcb1b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf (letzter Zugriff: 12.06.2022); Wujanz, Iris: Zeugnis der Betroffenheit, Betroffenheit durch Mosambik, in: Ökumenische Versammlung, Informationsdienst März 1988, S. 12 f.

deln.²¹ Mit der zum 1. Juli 1990 bevorstehenden Währungsunion war ihr der Verhandlungsspielraum genommen. Die Verträge der DDR mit Vietnam und Mosambik wurden durch die Bundesregierung nicht übernommen noch modifiziert noch wurden Überleitungen erarbeitet. Im Kontext des Einigungsvertrages wurden die Belange der Arbeitsmigrantinnen und -migranten nicht berücksichtigt. Die Botschaft dieser Unterlassungen: »Ihr habt hier keine Aufgaben mehr, ihr habt keine Lobby.« Integrationsprogramme in den Heimatländern oder für Deutschland wurden nicht entworfen. Das Bleiben wie die Heimkehr waren hochproblematisch. Fast 100.000 Vertragsarbeitende aus unterschiedlichen Entwicklungsländern erlebten den Einigungsprozess als Abriss ihrer beruflichen Perspektiven und ihrer sozialen Kontakte. Es entstanden vereinigungsbedingte Regelungslücken, die bis heute Unrecht bewirken und nicht geschlossen werden konnten.

»Rubel-Land« vs. »Dollar-Land«

Bisher wurden in diesem Beitrag die verschiedenen Ländergruppen ausländischer Werkstätiger in der DDR unter der Bezeichnung »Vertragsarbeiterinnen« beziehungsweise »Vertragsarbeiter« gemeinsam betrachtet. Das ist durchaus korrekt, erschwert aber notwendige Differenzierungen, die für das Verständnis der schon wieder vergessen oder weiterhin verdeckten beziehungsweise noch nie erzählten Geschichten der Arbeitsmigration in der DDR notwendig sind. Neben allgemeinen, auch in den Herkunftskulturen und Mentalitäten begründeten Unterschieden gibt es einen gravierenden ökonomischen Unterschied: die jeweilige Herkunft der Vertragsarbeitenden aus einem »Rubel-Land« oder einem »Dollar-Land«.

Die Volksrepublik Vietnam war Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) oder Council for Mutual Economic Assistance (COMECON), dem Wirtschaftsverbund der sowjetischen Hemisphäre, einem Rubel-Land. Hier wurde mit sogenannten Transfer-Rubeln verrechnet und nicht in Dollar gehandelt. Der RGW war eher ein Versuchsversuch einer Weltbinnenwirtschaft denn ein Weltmarkt. Das hatte auch weitreichende Konsequenzen für die ehemaligen Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Da Vietnam nicht zum Dollar-Raum gehörte, konnten unmittelbar keine Dollargeschäfte zwischen Vietnam und der DDR gemacht werden. Da keine Devisen im Spiel waren, war auch der Chef-Devisenbeschaffende der DDR Alexander Schalck-Golodkowski und sein Bereich »Kommerzielle Koordinierung« (KoKo) für die Vertragsarbeitenden aus Vietnam weder zuständig noch federführend. Ein substantieller Unterschied. Das Hauptmotiv der DDR für das Arbeitskräfteabkommen mit Vietnam von 1980 war die Akquirierung von Arbeitskräften für die DDR-Betriebe. Es gab keine kredit- oder währungspolitischen Intentionen und Nebenabsprachen wie bei der Arbeitsmigration aus Mosambik. Die Verträge hatten keinen doppelten Boden. Die Situation ist heute befriedet.

Die Volksrepublik Mosambik war im Unterschied zu Vietnam nicht Teil des RGW. Sie war ein »Dollar-Land« und Teil des weltweiten US-Dollar-dominierten Weltmarktes. Warenverträge mit Mosambik und Kredite, die zwischen Mosambik und der DDR abgeschlossen wurden, beliefen sich auf US-Dollar, der hassgeliebten harten Währung. Das war ein großer Vorteil für die DDR. Bei den hochverzinslichen Krediten der DDR gegenüber Mosambik war die DDR Gläubigerin und Forderungsnehmerin. Diese Kredite konnte die DDR bei der internationalen Ausgleichsbank Basel als Guthaben anrechnen lassen. Unabhängig von der Bonität Mosambiks. Diese speziellen Kredite wurden als Forderungen akzeptiert und entlasteten die seit 1976 / 77 stark angeschlagene, international belastete Zahlungsbilanz der DDR merklich, wenn auch nur vorübergehend. Ging es in der DDR um Devisenerwirtschaftung, waren der Bereich KoKo und Schalck-Golodkowski mit im Spiel. Nicht nur gegenüber der Bundesrepublik Deutschland auch in Afrika. Eine spezielle Afrika-Abteilung

21 Vgl. Neufassung des »Vertragsarbeiterabkommens« zwischen der DDR und der VRM vom 28.05.1990, in: Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung (FN 2), S. 258–284.

wurde eingerichtet. Jede Planung, jede Neueinreise von mosambikanischen Vertragsarbeitenden wurde im Hause Schalck-Golodkowski geplant und vorentschieden. Das Hauptmotiv des Neustarts des DDR-Engagements mit der Volksrepublik Mosambik waren Devisenerwirtschaftung und Rohstoffgewinnung, nicht Solidarität und Ausbildungshilfe. Die bis heute nicht geregelten Fragen der mosambikanischen Vertragsarbeitenden haben ihre grundlegenden Ursachen im Versuch, die Zahlungsbilanz der DDR durch ein hektisches handelspolitisches Afrikaengagement zu retten. In diese primäre Interessenlage war das Arbeitskräftteabkommen zwischen der DDR und Mosambik eingebettet. Sie prägt bis heute. Schalck-Golodkowskis KoKo-Leute operierten im »Dollar-Land« Mosambik massiv und verdeckt. Dies ist ein weiterer Grund für die bis heute so schleppende Aufarbeitung der nicht geklärten Fragen. Mit weitreichenden Konsequenzen und ungestillten Forderungen bis in die Gegenwart.

Der Sonderfall: Arbeitskräfte aus Mosambik und die Rolle des Bereiches KoKo von Alexander Schalck-Golodkowski

Im Folgenden konzentriere ich mich auf die Geschichte und gegenwärtige Situation der Vertragsarbeitenden aus Mosambik. Hier gibt es den größten Reglungsbedarf. Um heute sachgemäße Regelungen zu finden, muss auf Zusammenhänge aus den Jahren 1976/77 zurückgegriffen werden.

Die Beziehungen von SED und DDR zu Mosambik reichen bis in die Anfänge des antikolonialen Kampfes am ostafrikanischen Indik zurück. Frühzeitig, seit Mitte der 1960er Jahre, wurde der Befreiungskampf der FRELIMO²² gegen die portugiesischen Machthaber im Verständnis des proletarischen Internationalismus ohne kommerzielle Absichten unterstützt. Ein aktiver weitgehend politischer Beitrag für die weltweite Dekolonialisierung. Mitte und Ende der 1970er Jahre entwickelte der Marxismus-Leninismus weltweit durchaus eine Anziehungskraft. Im Weltprogress suchten viel junge Eliten – nicht nur in Afrika – eine »sozialistische Orientierung«. Die SED förderte den zuerst »fromarxistischen« und später leninistischen Kurs der Befreiungsbewegung FRELIMO, die 1974 Staatspartei wurde und ununterbrochen bis heute als wohl älteste Dauer-Regierungspartei auf Erden agiert. Diese anachronistisch lange Regierungszeit ist ein Grund für die erhebliche Korruption im Land und für die bisher nicht gelösten Fragen der Vertragsarbeitenden, die sich in Mosambik »Madgermanes« nennen.

Im Sommer 1977 änderte sich das bis dahin ökonomisch unambitionierte Interesse der SED an der Volksrepublik Mosambik schlagartig. Mosambik hatte Rohstoffe, Bedarf an Großprojekten und lag im Dollar-Raum. 1976 zeichnete sich erstmals eine massive Zahlungsunfähigkeit der DDR auf den internationalen Finanzmärkten ab. Die Devisen, sprich konvertierbare US-Dollar und D-Mark, wurden bedrohlich knapp. Bonität und Ansehen der DDR waren gefährdet. Plötzlich tauchten Szenarien eines Staatsbankrottes auf. Erich Honeckers Sozial- und Konsumpolitik stand auf dem Spiel. In dieser Phase einer Existenzgefährdung der DDR beschloss der enge Kreis um Honecker²³ ein Bündel von Maßnahmen, um Devisen zusätzlich und neben dem Plan zu erwirtschaften beziehungsweise bei Devisenausgaben bei Kaffee- oder Steinkohleimporten einzusparen. Diese Maßnahmen wurden selbst gegenüber dem Politbüro der SED geheim gehalten.²⁴ Das Maßnahmenpaket bestand aus einer Troika verdeckter Aufgaben: 1) illegaler Verkauf von Waffen aus der Staatsreserve in weltweite Kriegs- und Krisengebiete, ohne die Sowjets zu fragen, 2) Spekulation an westlichen Börsen und verstärkt Geschäfte durch eigene Firmen in und mit der Bundesrepublik Deutschland

22 Frente de Libertação de Moçambique (deutsch: Mosambikanische Befreiungsfront).

23 Dazu gehörten neben Erich Honecker, Werner Lamberz, Günter Mittag, Günter Schürer und Alexander Schalck-Golodkowski.

24 Vgl. Döring, Hans-Joachim: »Es geht um unsere Existenz« (FN 8), S. 306–311.

als Staat sowie 3) eine sogenannte »Exportoffensive-Afrika«.²⁵ Mit allen drei Aufgabenfeldern wurde der Chefdevisenbeschaffer Schalck-Golodkowski betraut. Bei der »Export-Offensive Afrika« sollte Politbüromitglied Werner Lamberz, seinerzeit Kronprinz Erich Honeckers, als Türöffner und Einfädler behilflich sein. Bereits im November 1976 war der Bereich KoKo wegen der drohenden Finanzkrise dem SED-Wirtschaftslenker Günter Mittag direkt unterstellt worden. Ein ungeheurer Aufstieg. Schalck-Golodkowski wurde so zum Sekretär und damit Geschäftsführer der neu ins Leben gerufenen strategischen Arbeitsgemeinschaft »BRD/Weltberlin« des Politbüros bestimmt. Eine entscheidende Position, die er bis nach der Friedlichen Revolution innehatte und nutzte.²⁶

Für das neue Afrikageschäft der DDR und damit auch für Vertragsarbeitenden aus Mosambik – in einem geringeren Umfang auch aus Angola – ist eine weitere Kommission zur Devisenbeschaffung aus dem Jahre 1977 von Bedeutung: die Kommission »Für Entwicklungsländer« des Politbüros der SED, nach seinem Vorsitzenden auch »Mittag-Kommission« benannt.²⁷ Mittags Vertrauter Schalck-Golodkowski zeichnete sich auch hier für den Großteil der Afrikavorhaben verantwortlich. Wegen der Deviseneffekte wurden in dieser geheim tagenden Kommission nur Geschäfte und Vorhaben mit »Dollar-Ländern« »koordiniert«, schwerpunktmäßig Mosambik, Angola und Äthiopien; Vietnam oder Kuba nicht. Fast alle Ministerien saßen bei Mittag und Schalck-Golodkowski zu Tisch, gemäß den Protokollen meist stumm. Das Staatliche Solidaritätskomitee der DDR war nicht geladen. Grund der hektischen Gründung der »Mittag-Kommission« noch am 20. Dezember 1977 war ein eilig für den Februar 1978 geplanter Staatsbesuch des libyschen Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi in der DDR. Von diesem Besuch erhoffte sich die SED-Führung einen Milliarden-Kredit in US-Dollar, um die missliche Zahlungsbilanzlage zu mildern. Für die Koordination dieser Beziehungen und Sondergeschäfte – wieder im Dollar-Raum – wurde erneut Schalck-Golodkowski und der Bereich KoKo eingesetzt. Schalck-Golodkowski war der mit allen nur denkbaren staatsmonopolistischen Privilegien ausgestatteten Geschäftemacher- und Gaunerbehörde²⁸ an zentraler Stelle im System der SED-Kommandowirtschaft. Er hatte Zugang zu höchsten Parteikreisen und erfuhr verdeckte Absicherungen seiner Tätigkeiten durch das MfS im In- und Ausland. Regierungskriminalität wurde dem Bereich KoKo nach 1990 mehrfach bescheinigt. Die internationale Solidarität, ein Eckpfeiler der DDR-Solidarität, wurde durch Schalck-Golodkowski nicht ausgebaut und gefördert, sondern zur Geschäftsanbahnung für die erhofften kommerziellen Sondergewinne genutzt und systematisch unterlaufen. Das für die Afrika-Aufgaben eingesetzte Personal beim Bereich KoKo sammelte seine Expertise nicht beim Solidaritätskomitee oder im »Eine-Welt-Handel«, sondern im illegalen Waffenhandel, beim Rohstoffhandel wie beim innerdeutschen Handel, bei der Abwicklung von Häftlingsfreikäufen, dem illegalen Kunsthandel oder bei Pflasterstein- und Kirchengeschäften.

Um die Dringlichkeit den neuen Afrika-Engagements zu unterstreichen und den Druck zu erhöhen wurden 1977 / 78 Sonderbeauftragte des ZK der SED für die wichtigen afrikanischen »Hartwährungsländer« unter Führung von Schalck-Golodkowski eingesetzt. Sie hatten als Kommissare oder »kleine Schalcks« weitreichende Vollmachten gegenüber den Exportbetrieben und Behörden der DDR wie auch bei den Verhandlungen mit den afrikanischen Partnern. So kam es eigenartigen Kompetenz-Kombinationen. Der Sonderbeauftragte

25 Vgl. ebd., S. 44–50 und S. 69–74.

26 Vgl. Förster, Andreas: »Schneewittchens« ominöse Flucht. Der Fall Schalck-Golodkowski, unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/344237/schneewittchens-ominoese-flucht/> (letzter Zugriff: 03.03.2022).

27 Vgl. Döring, Hans-Joachim: »Es geht um unsere Existenz« (FN 8), S. 69–73.

28 Im Zusammenhang mit DDR-Unrecht gegenüber Vertragsarbeitenden muss die Sonderrolle vom Bereich KoKo bei der Regierungsverantwortung und Regierungskriminalität erneut untersucht werden. Siehe dazu Beschlussempfehlung und Bericht des ersten Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Drucksache 12/7600 (27.05.1994), unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/12/076/1207600.pdf> (letzter Zugriff: 04.03.2022); Branding, Hauke: Der Racket-Begriff in der kritischen Theorie, in: Zeitschrift für kritische Theorie (46/47) 2018, S. 37–60; Fuchshuber, Thorsten: Rackets – Kritische Theorie der Bandenherrschaft, Wien 2019.

für die besonders befreundete Volksrepublik Mosambik leitete beim Bereich KoKo neben dem »Mosambik-Geschäft« gleichzeitig den West-Verkauf der LKW W50 und war unter anderem leitend in die illegalen Waffengeschäfte der KoKo-Firma IMES²⁹ in Berlin-Pankow mit dem Waffenlager Kavelstorf bei Rostock sowie den Kunst- und Antikhandel involviert. Einer der Schwerpunkte seiner speziellen Devisenerwirtschaftung waren illegale Waffenlieferungen im Ersten Golfkrieg (1982–1988) an den Iran³⁰, mitunter parallel dazu auch an den Irak. Über den Schreibtisch dieses Sonderbeauftragten gingen die über 80 Verträge der DDR mit Mosambik einschließlich des Vertrags zum Einsatz der Vertragsarbeitenden vom 24. Februar 1979, unterzeichnet während des Staatsbesuchs von Erich Honecker in der Volksrepublik. Das Dealen und Tricksen sowie der kurzfristige Erfolg bzw. Profit waren in diesen Geschäftsfeldern gang und gäbe. Sie färbten auch auf die Ausgestaltung und Praxis der Arbeitskräfteverträge mit Mosambik ab. Zu den vergessenen Geschichten der Arbeitsmigration Mosambik – DDR gehört auch: Zwischen 1979 und 1983 entwickelte die DDR einen »Mutterlands-Komplex« zu Mosambik. Zum Jahreswechsel 1982/83 weilten über 1.300 DDR-Kader als Expertinnen und Experten und Spezialistinnen und Spezialisten, teilweise mit Familie, im südostafrikanischen Land.

Die noch aufzuzeigenden »verdeckten Regelungen« des Arbeitskräfteabkommens von 1979 verwirren bis heute, erschweren die Aufarbeitung und verhindern sinnvolle Regelungen. Sie schufen zehntausendfaches Unrecht. Auf dem Wege zu belastbaren Antworten und tragfähigen Lösungen muss die zentrale Rolle des Bereichs KoKo bei den Beziehungen der DDR zu Mosambik wie beim Arbeitskräfteverträgen erkannt werden. Das daraus folgende SED-Unrecht ist zu identifizieren und zu erörtern. Nur so kann die seit Jahrzehnten tief empfundene Ungerechtigkeit und Wut der Vertragsarbeitenden verstanden und anerkannt werden.

Transferieren oder verrechnen – Der »Nettolohnpflichttransfer« als Kern des Konfliktes, der Unruhe und des Unrechts

Das Abkommen »über die zeitweilige Beschäftigung mosambiquanischer Werkträger in sozialistischen Betrieben der DDR« regelte einiges und verbarg viel. So wurde in Paragraph 6 festgehalten, dass die Vertragsarbeitenden »zu ihren Gunsten« 25 Prozent des Nettoarbeitslohnes in die Volksrepublik »transferieren können«. In den Jahren 1986 bis 1988 waren es gar 60 Prozent des Nettolohnes oberhalb eines Selbstbehalts von 350 Mark der DDR. Freilich gab es keine frei wählbare Option, sondern es war Pflicht. Das Angebot wurde zeitweise trotzdem von den jungen Mosambikanerinnen und Mosambikanern als attraktiv angesehen, verdienten sie in der DDR, zumal im Drei-Schicht-Betrieb oder bei Sonderschichten mitunter gut.³¹

Die Vertragsarbeitenden hofften, mittels dieses »Transfers« ihre Eltern in der Heimat zu unterstützen oder sich ein Startkapital für spätere Jahre in Mosambik ansparen zu können. Dieser »Nettolohnpflichttransfer« wurde automatisch durch den Betrieb vom monatlichen Arbeitsentgelt abgezogen. Im Bundesarchiv sind die betrieblichen Abrechnungslisten erhalten. Die Beträge wurden in Mark der DDR und gleichzeitig in US-Clearing-Dollar ausgewiesen. Der Betrag wurde auf der Lohnbescheinigung vermerkt. Die Akzeptanz dieses Lohnabzuges erfolgte in der Erwartung des tatsächlichen Geld-Transfers durch die staatlichen Stellen auf die vereinbarten persönlichen Konten in Mosambik. Die Vertragsarbeitenden nahmen an, nach ihrer Heimreise in Mosambik eine solide angesparte Summe vorfinden zu können und ausgezahlt zu

29 Beschlussempfehlung und Bericht des ersten Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes (FN 28), S. 176 f.

30 Vgl. ebd., S. 176–182.

31 Vgl. Heyden, Ulrich van der: Das gescheiterte Experiment (FN 14), S. 193. Er gibt einen monatlichen Lohn von 1.600 Mark der DDR für Vertragsarbeitende im Dreischichtbetrieb an. Ein derart hoher Lohn war nicht üblich aber durchaus möglich.

bekommen. Die in Paragraph 6 erwähnte Transferierung von »Nettolohnpflichtanteilen« in die Volksrepublik Mosambik wurde in Paragraph 14 des gleichen Vertrages zurückgenommen, indem festgelegt wurde: »Alle mit den Einsatz der mosambikanischen Werkstätigen verbundenen Zahlung und Überweisungen erfolgen zur technischen Abwicklung der Verrechnung von gegenseitigen Warenlieferungen und Leistungen vorgesehen.«³² Die Vertragsarbeitenden wurden über die Auswirkungen des Paragraph 14 nicht informiert.

Die einbehaltenen »Nettolohnpflichtanteile« wurde von den Betrieben monatlich an die Staatsbank der DDR überweisen. Die Staatsbank »verrechnet« diese Beträge mit den bei ihr in US-Dollar gehaltenen Krediten der DDR gegenüber den Salden der Volksrepublik Mosambik. Das vom Bürgerkrieg stark geschwächte Entwicklungsland Mosambik konnte die politischen Kredite durch Warenlieferungen an die DDR oder gar als US-Dollar-Direktzahlungen nicht tilgen.³³ Darum wurde auf die erheblichen Beträge des »Nettolohnpflichttransfers« zurückgegriffen. Was verrechnet wurde, wurde nicht transferiert. Das bedeutet, die einbehaltenen Lohnanteile verblieben in der DDR und standen in Mosambik nicht zur Verfügung. Die Vereinbarungen zum »Transfer von SV- und Lohnanteilen für mocambiquanische Werkstätige«³⁴ wurden systematisch durch Betriebe, Behörden Regierungen unterlaufen. Auf diese Weise wurden die Vertragsarbeitenden um Teile ihres Arbeitslohnes betrogen. Sie trugen als Einzelpersonen zur Tilgung der Darlehen der DDR an Mosambik bei. Dies geschah ohne ihre Kenntnis oder Einwilligung sowie in gutem Glauben an beide Regierungen »ihres« Vertrages.

Noch immer sind nicht alle Einzelheiten der DDR-Mosambik-Beziehungen und des Einsatzes der Vertragsarbeitenden ausreichend erforscht. Dabei bietet das Archivmaterial für Wirtschaftshistorikerinnen und -historiker viel Material. Fest steht bisher aber, wie ein leitender Mitarbeiter des SAL auf der Magdeburger Tagung »Respekt und Anerkennung für mosambikanische Vertragsarbeiter« 2019 zu Protokoll gab: Die von den Vertragsarbeitenden »transferierten« Beträge wurden von Anfang an im gegenseitigen Einverständnis beider Regierungen nicht nach Mosambik überwiesen, sondern in der DDR in die zwischenstaatliche Verrechnung mit einbezogen, um zum Schuldenabbau beizutragen.³⁵ Das beide Staaten dies gemeinsam vollzogen, legalisiert das Verfahren nicht. Es stellt eine spezielle Form von Komplizenschaft und Regierungskriminalität dar. Diese Praxis des systematischen Täuschens und der Heranziehung von individuellen Lohnanteilen für die Tilgung staatlicher und zum Teil illegitimer Kredite³⁶ zeichnet auch ein paternalistisches Staatsbürgerverständnis der beiden Regierungen aus.

Zum besseren Verständnis derartig versteckten und verdeckten Kredit- und Verrechnungspraktiken hilft möglicherweise der Bezug zu einem innerdeutschen Großereignis, dem sogenannten Strauß-Schalck-Milliardenkredit vom Juli 1983. Auch er sollte die kränkelnde Zahlungsbilanz der DDR stabilisieren. Am Beginn der hier dargestellten speziellen Geschäfte der DDR mit Afrika in den Jahren 1977/1978 stand ebenfalls ein Milliardenkredit. Ein Kredit, den Muammar al-Gaddafi aus seinen locker sprudelnden US-Petro-Dollar der DDR

32 »Vertragsarbeiterabkommen« von 24.02.1979 (FN 2), S. 229.

33 Entschuldungen – international damals durchaus diskutiert – waren für die DDR-Verhandlungsführer kein Thema.

34 Vgl. Hinweise zum Transfer von SV- und Lohnanteilen für mocambiquanische Werkstätige vom 08.05.1987, in: Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung (FN 2), S. 237–240, hier: S. 237.

35 Vgl. Straßburg, Ralf: Zahlen und ihre Deutungen – Blicke aus Deutschland. Was sagen die Zahlen? Und was sagen sie nicht?, in: Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung (FN 2), S. 72–81, hier: S. 78.

36 Die Bundesregierung strich ab 1996 im Rahmen der HIPIC-Initiative die meisten der DDR-Alt-Kredite, die auf die Initiative von Schalck-Goldkowsky und den Bereich KoKo zurückgingen.

zur Heilung der Zahlungsbilanzkrise 1977 in Aussicht gestellt hatte.³⁷ Diese Kreditanbahnung war geplatzt, nachdem Werner Lamberz am 6. März 1978 nach intensiven Gesprächen mit al-Gaddafi in unmittelbarer Nähe des Beduinencamps des libyschen Staatschefs auf dem Heimflug durch einen Hubschrauber-Absturz in der libyschen Wüste tödlich verunglückte.³⁸ Der Schock war groß. Der Kredit geplatzt. Ein Ersatz war schwer zu beschaffen, kam aber wenige Jahre später mit dem Strauß-Schalck-Kredit über Umwege zustande.

Die Bürgschafts- oder Tilgungskonstruktion, die Franz-Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski in etlichen internen Gesprächsrunden gefunden haben, wird wie folgt beschrieben: »Die Absicherung des Kredites sollte der Vereinbarung nach über die Transitpauschale erfolgen, das heißt, für den Fall, dass Ost-Berlin den Kredit nicht zurückzahlen würde, könnte die BRD jene Transitpauschale einbehalten.«³⁹ Bei Übertragung der Strauß-Schalck-Kredit-Konstruktion auf die Kreditpraxis der DDR gegenüber Mosambik könnten sich mit Blick auf die »Absicherungen der Kredite« Hinweise auf den Zweck der sogenannten »Nettolohntransfer-Praxis« bei Vertragsarbeitenden ergeben. Es kann angenommen werden, dass die Außenhändler des Bereichs KoKo die Kredite für ihre Großprojekte in Mosambik durch geheime Absprachen gegen möglichen Ausfall abgesichert haben. Etwa so: Bei Zahlungsschwierigkeiten – oder möglicherweise gleich mit Vertragsbeginn – kann die DDR die als »Nettolohnpflichttransfers« einbehaltenen Gelder der Vertragsarbeitenden als eine Art Ausfallbürgschaft »zu ihren eigenen Gunsten« nutzen, einbehalten und gegebenenfalls mit Warenlieferungen und Leistungen verrechnen. Die Lohnanteile der Vertragsarbeitenden dienen – ist eine derartige Parallele zulässig – als Sicherheit für die DDR bei Zahlungsschwierigkeiten von Mosambik wie die Transportpauschale bei dem Strauß-Schalck-Kredit als Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland bei Zahlungsschwierigkeiten der DDR galt. Dies könnte ein Schlüssel zum besseren Verständnis der Praxis der einbehaltenen »Nettolohnpflichtanteile« und des Verhältnisses von »transferieren« und »verrechnen« sein.

Die spezielle Logik und Praxis des »Nettolohnpflichttransfers« wurde auch Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung noch nicht ausreichend aufgeklärt. Die vielen damit beschäftigten mittleren und höheren Kader haben erstaunlich geschwiegen. Durch rechtzeitige Gespräche über diese Absprachen und Machenschaften hätten die Betriebsleitungen und SED-Funktionäre zu fairen Lösungen für die Vertragsarbeitenden beitragen sowie viel Frust und Leid verhindern können.

Kredittilgung durch den Einsatz von Vertragsarbeitenden belegen auch Planungs- und Entscheidungsunterlagen vom Mai 1987 für das Politbüro der SED und den Ministerrat der DDR. In ihnen begründet Schalck-Golodkowski die plötzlich notwendige Neueinreise von zusätzlichen (!) 4.500 mosambikanischen Werkträgern im Jahre 1988 mit »einer Reduzierung der jährlich entstehenden Aktivsalden zugunsten der DDR« durch den zur Pflicht erhobenen Transfer von Lohnanteilen in Höhe von 19,7 Mio. US-Clearing-Dollar allein für das Jahr 1988. Für den Planungszeitraum 1992 bis 1995 wurden gar jährlich durchschnittlich Reduktionswerte von 40 Mio. US-Clearing-Dollar prognostiziert,⁴⁰ ganz in der Logik des Tilgungsauftrages. Konser-

37 Der Sonderbeauftragte der KoKo und des ZK der SED für Mosambik war ein persönlicher Vertrauter von Muammar al-Gaddafi bekannt. Vgl. Buthmann, Reinhard: Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (MfS-Handbuch), hrsg. v. BStU, Berlin 2004, S. 16, unter: <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421301894> (letzter Zugriff: 12.06.2022).

38 Vgl. auch Döring, Hans-Joachim: »Es geht um unsere Existenz« (FN 8).

39 Rieger, Dennis: Ein Kalter Krieger auf Abwegen? Dichtung und Wahrheit über Franz Josef Strauß und den Milliardenkredit an die DDR, unter: https://www.academia.edu/32727116/Ein_Kalter_Krieger_auf_Abwegen_Dichtung_und_Wahrheit_ProzentC3ProzentBCber_Franz_Josef_StrauProzentC3Prozentof_und_den_Milliardenkredit_an_die_DDR, S. 6 (letzter Zugriff: 08.12.2021). Vgl. auch Möller, Horst: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München / Berlin 2015, S. 592–615.

40 Vorlage von Günter Mittag und Alexander Schalck von 28.05.1987 für das Sekretariat des ZK der SED zur Neueinreise von 4.500 mosambikanischen Werkträgern, in: Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung (FN 2), S. 241–252.

vativen Überschlagsrechnungen entlang dieser Unterlagen ergeben für 1988 je Vertragsarbeiterin beziehungsweise Vertragsarbeiter einen jährlichen Reduktionswert der DDR-Kredite und damit den einbehaltenen »Nettolohnpflichttransfer« von 2.015 US-Clearing-Dollar und für den Zeitraum 1992 bis 1995 jährlich gar von ca. 3.050 US-Clearing Dollar.⁴¹

Wie aus Vertragsarbeitenden »Madgermanes« wurden

Böses Erwachen und der erste große Frust kamen nach der zumeist erzwungenen Rückkehr der mehr als 17.000 Vertragsarbeitenden ab 1990 nach Mosambik. Die Transfer-Konten waren leer. Ein »Transfer« der einbehaltenen Lohnanteile, wie es die Vereinbarungen der Vertragsarbeitenden mit den VEB-Betrieben erwarten lassen musste, konnte in Mosambik nicht festgestellt werden. Auf Nachfrage der nun ehemaligen Vertragsarbeitenden bei Regierungsstellen erfolgten keine, ausweichende oder intransparente Erklärungen und mitunter kleinere spontane Teilauszahlungen durch das Arbeitsministerium von Mosambik. Größerer Unmut über den Betrug sollte vermieden, die Ruhe bewahrt und die Betroffengruppe gespalten werden. Die Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem untergegangenen Land DDR standen mit leeren Taschen da. Kein Neustart war möglich. Keine Chance bestand, den Eltern, die auf ihre Kinder teilweise ein Jahrzehnt verzichten mussten, etwas zurückgeben zu können. Mit der Heimkehr wurden aus jungen, stolzen Delegierten und den von der FRELIMO seinerzeit propagierten »Neuen Menschen«, die am Weltprogress mitarbeiten sollten und wollten, Deppen, Verräterinnen beziehungsweise Verräter und Drückebergerinnen beziehungsweise Drückeberger vor dem Bürgerkrieg. Statt Willkommen und Integration gab es vielfach Ausgrenzung und Isolation. Insbesondere durch staatliche Stellen in Mosambik. Die Anlernqualifikationen à la DDR-Großbetrieb ergab zumeist keine Basis und keinen Bonus für eine selbsttragende, berufliche Existenz im südostafrikanischen Küstenstaat. Es kam weder zu einem entwicklungspolitisch wünschenswerten Wissens-, Kompetenz- oder Kleinkapitaltransfer durch die zurückgekehrten Vertragsarbeitenden in Mosambik noch zu einer nennenswerten Nutzung der zumeist sehr guten deutschen Sprachkenntnisse. Vielmehr erwies sich bei Bewerbungen um Jobs ein Aufenthalt in den Betrieben der DDR als Nachteil.

Auf der Magdeburger Tagung »Respekt und Anerkennung für mosambikanische Vertragsarbeiter« fasste der Rechtsanwalt Antônio Frangoulis die gegenwärtige Lage der Vertragsarbeitenden mit drastischen Worten zusammen:

»Die Vertragsarbeiter haben im Rahmen eines internationalen juristischen Vertrages zwischen zwei Staaten Reichtum produziert und dieser Vertrag wurde von beiden Ländern verletzt. Den Menschen wurden ihre Rechte nicht gewährt. Nach ihrer Rückkehr wurden sie psychisch und physisch verletzt. Sie wurden geschlagen, von Polizeihunden gebissen, entführt. Sie wurden in verschiedener Hinsicht stigmatisiert. Das alles sind Verletzungen der Menschenrechte und das wurde von der mosambikanischen Regierung in keiner Weise unterbunden. [...] Das ist eine klare Verletzung der Erklärung der universellen Menschenrechte. Schon als sie auf dem Internationalen Flughafen in Maputo ankamen, wurden die ehemaligen VertragsarbeiterInnen genötigt, alle Nachweise zu ihren Löhnen abzugeben. Das wurde von ihnen eingefordert. Das ist böseartig und eine vorsätzliche Täuschung: Die Beträge, die ihnen jahrelang von den Löhnen abgezogen worden sind, wurden ihnen schließlich vorenthalten. Sie sahen sich ihrer Rechte beraubt. Und das wurde auch auf ihre Kinder übertragen. Sie werden als Feinde der FRELIMO-Regierung angesehen, denn – auch wenn darüber bis heute niemand spricht – auf dem mosambikanischen Arbeitsmarkt reicht es, wenn ein Arbeitgeber merkt, dass jemand eine Ausbildung im

⁴¹ Aus den Dokumenten geht nicht hervor, ob hier mit 25 Prozent oder 60 Prozent des Nettolohn Einbehaltes oberhalb von 350 Mark der DDR gerechnet wurde.

Rahmen der genannten Verträge hat, dass er keinen Arbeitsplatz bekommt. Die Madgermanes sind also die Leidtragenden. Auch die Familien der Madgermanes leiden unter all diesen Stigmatisierungen.»⁴²

Die unerwartete Abschiebung aus Deutschland nach der »Wende« und der harte, ja verstörende Empfang durch die eigene FRELIMO-Regierung, die den Vertrag mitunterzeichnet und die jungen Leute für die DDR rekrutiert und delegiert hatte, machten aus zuversichtlichen mosambikanischen Werkträgern nicht selten verbitterte »Madgermanes«. Seit nun über 20 Jahren demonstrieren sie mit gleich zwei, wenn auch verschiedenen Deutschlandfahnen quer durch die Hauptstadt Maputo. Sie halten der mosambikanischen Regierung den Spiegel vor, weisen auf den Betrug an ihren Lohnanteilen hin und kämpfen um ihre Rechte. Sie baten auch mehrmals intensiv die Bundesregierung um Unterstützung. Nun soll – so war zu hören – auch eine Klage gegen die Bundesregierung in Deutschland eingereicht worden sein. Der Protestweg der »Madgermanes« durch die Jahre ist sehr lang. Sie wandten sich auch 2002 an das mosambikanische Parlament und bekamen bei wichtigen Forderungen Recht zugesagt. Die mosambikanische Regierung wurde zu Entschädigungszahlungen verpflichtet, kündete diese für 2005 an, zahlte dann aber wieder mal nichts aus. 2004 wurde in Maputo für wenige Tage auch die Deutsche Botschaft besetzt. Aufmerksamkeit gab es, Einsicht in Verantwortung der deutschen Seite gab es nicht.

Was hat die Bundesrepublik mit den offenen Fragen der Vertragsarbeitenden zu tun?

Noch Mitte der 1990er Jahre war Mosambik für die Bundesrepublik Deutschland durchaus von Interesse. Auch teilweise wegen der intensiven Beziehungen der DDR zum Küstenstaat und auf Grund der ehemaligen Vertragsarbeitenden. Mosambik war Schwerpunkt- und Ankerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die unseriösen DDR-Schulden wurden erlassen und der Regierung Mosambiks wurden 75 Mio. D-Mark als eine Art Heilungszahlung für die Forderungen der Vertragsarbeitenden zur Verfügung gestellt. Die Mittel kamen bei ihnen nicht an. Der Mittelverbleib wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), dem Mittelgeber, nicht evaluiert. Die Mittel versackten im Staats- und Parteiapparat. Die Unruhe der »Madgermanes« wuchs. Unrecht schmerzt und schwärt.

Unter der Regierung von Angela Merkel wurde das Engagement gegenüber Mosambik reduziert. Der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, vertrat auf der internationalen Tagung »Respekt und Anerkennung« am 22. Februar 2019 in Magdeburg die Auffassung, die Bundesregierung sehe bei den Vertragsarbeitenden »keine offenen Fragen, die die Zahlungsforderungen an die Bundesrepublik betreffen«⁴³ und alle weiteren Forderungen nach möglichen Zahlungen werden »als innermosambikanische Angelegenheit« betrachtet, auch wenn noch »Bedarf für die Klärung offener Sachfragen besteht.«⁴⁴ Bemerkenswert war in dieser Rede auch der Hinweis Nookes: »In Deutschland gibt man oft nur Geld, wenn es rechtsstaatlich ist und ein Gericht das so festgestellt hat.« Die Politik sollte sich nicht durch langwierigen juristischen Weg aus der Verantwortung schleichen, sondern die Klärung von Sachfragen veranlassen, diese erörtern, abwägen und früher begangenes Unrecht aussprechen und angemessen beheben.

Inzwischen ist Bewegung in die Beurteilung zu den Forderungen und den Rechten der »Madgermanes« gekommen sowie die Kenntnis über die Hintergründe der Verträge der DDR mit Mosambik. Im Bundestag

42 Frangoulis, António: Der andere Blick: Ein Erbe der DDR – die Madgermanes und die Folgen für die mosambikanische Gesellschaft, in: Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung (FN 2), S. 68–71.

43 Nooke, Günter: Grußwort, in: Ebd., S. 32 f., hier: S. 33.

44 Ebd.

wurden diese Forderungen im Rahmen des Jahresberichtes der Bundesregierung zur Deutschen Einheit⁴⁵ erörtert. Im Zusammenhang mit dem neuen Rentenanpassungsgesetz bezog sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Karamba Diaby explizit auch auf die Rechte der Vertragsarbeitenden aus Mosambik.⁴⁶ Angesichts die niedrige Lebenserwartung in Mosambik von 58 Jahren kommt der Klärung der Rentenanwartschaften und der Entschädigung für die nicht ausgezahlten Lohnanteile eine besondere Dringlichkeit zu. Über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schrieben einen offenen Brief an die Bundesregierung und plädierten für eine Entschädigung der »Madgermanes« für die verloren gegangenen Lohnanteile und die Klärung von Rentenanwartschaften auf Grund ihrer Einzahlungen in das DDR-Sozialversicherungs- und Rentensystem.⁴⁷ Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Dagmar Ziegler, unterstrich bei der Entgegennahme der Unterschriften im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF): »Es ist die Frage nach moralischen Ansprüchen der Madgermanes zu stellen, denn die deutsche Seite habe sehr wohl gewusst, dass die Löhne nicht ausgezahlt wurden.«⁴⁸ Auf einem Strategiegespräch der Bundesstiftung Aufarbeitung zur SED-Diktatur zu offenen Fragen der ehemaligen Vertragsarbeitenden aus Mosambik am 6. September 2021 mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, der Betroffenen, aus Wissenschaft und Politik und dem Fortsetzungsausschuss »Respekt und Anerkennung«⁴⁹, der sich nach der gleichlautenden Tagung 2019 in Magdeburg konstituiert hat, wurde deutlich, deutsche Politik muss zukünftig Verantwortung übernehmen. Die derzeitige Lage Situation wie die Forderungen der Vertragsarbeitenden – so wurde analysiert – solle neu im Lichte der drei Hauptursachen betrachtet werden: Die Vertragsarbeitenden sind bis heute elementar vom SED-Unrecht der DDR betroffen, ihnen wurde Schaden durch Regelungslücken im Einigungsprozess zugeführt und sie leiden weiterhin massiv unter der Korruption in der Republik Mosambik, da mehrfach zugesagte und zur Verfügung gestellte Zahlungen an sie nicht weitergeleitet und ausgezahlt wurden. Es ist zu hoffen, dass die Bundesregierung unter Olaf Scholz ihre Verantwortung für tragbare Lösung der noch offenen Fragen wahrnimmt und zügig sowie ohne zu stolpern Lösungsvorschläge gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag, der Wissenschaft, den Betroffenen sowie der Zivilgesellschaft erarbeitet und dabei die Regierung von Mosambik zur Mitarbeit motivieren kann.

45 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): Jahresbericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit, unter: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/2021-jahresbericht-der-bundesregierung-zum-stand-der-deutschen-einheit-jbde.pdf?__blob=publicationFile&v=16 (letzter Zugriff: 04.03.2022). Vgl. auch o. A.: Madgermanes waren Thema im Bundestag, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2020/11/26/test-beitrag-1/> (letzter Zugriff: 12.06.2022).

46 Vgl. o. A.: Dr. Karamba Diaby spricht im Bundestag über die Renten, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2021/06/10/dr-karaba-diaby-im-bundestag-ueber-rentenansprueche-der-madgermanes/> (letzter Zugriff: 12.06.2022).

47 Vgl. o. A.: Wissenschaftler*innen fordern Entschädigung, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2021/04/13/wissenschaftlerinnen-fordern-entschaedigung/> (letzter Zugriff: 12.06.2022).

48 Vgl. Dagmar Ziegler, zitiert nach: o. a.: »Es ist die Frage zu stellen, ob es moralische Ansprüche gibt«, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2021/06/10/es-ist-die-frage-zu-stellen-ob-es-moralische-ansprueche-gibt/> (letzter Zugriff: 12.06.2022)

49 Zu Hintergründen und aktuellen Ereignissen zu den Madgermanes und den ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeitenden siehe auch die Plattform des Fortsetzungsausschusses »Respekt und Anerkennung«, unter: <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/>.

Als Vertragsarbeiter in der DDR und was es noch zu tun gibt

VON EMILIANO CHAIMITE UND PAOLO LE VAN

Es war das Jahr 1986 als ich meine Ausbildung zum Automechaniker aufgeben und meine Familie verlassen musste. Seit mittlerweile zehn Jahren herrschte Bürgerkrieg, nachdem sich Mosambik von der knapp 500 Jahre andauernden Kolonialherrschaft Portugals befreien konnte. In der Zeit gab es für junge Leute keine Perspektiven, um an einer Ausbildung oder überhaupt Bildung in irgendeiner Form teilzunehmen – es herrschte Armeepflicht.

So führte mein Weg mich weg von Zuhause in die Hauptstadt nach Maputo. Ich wollte ins Ausland, um eine Ausbildung zu machen und zu arbeiten. Auf der Straße erfuhr ich, dass es ein Abkommen zwischen Mosambik und der DDR dazu gab. Ich schrieb mich also dafür beim Arbeitsamt ein, bestand alle Tests und Vorbereitungskurse und im November 1986 ging es dann schon mit dem Flugzeug Richtung Europa.

Wir hatten große Erwartungen, da wir alle eine Ausbildung genießen und arbeiten sollten. Heute sagen wir Vertragsarbeit dazu, aber eigentlich war es eher eine Art duale Ausbildung – so wie wir es auch heute in Deutschland kennen. Alle hatten natürlich ihre Vorstellungen, was sie lernen wollten, und ich hoffte, meine Ausbildung zum KFZ-Mechaniker beenden zu können.

Auch glaubten wir an das, was uns vor unserer Reise erzählt wurde: Die DDR ist eine sozialistische Volksrepublik, die Menschen sind Brüder und solidarisch und wir kommen aus dem sozialistischen Bruderland zu ihnen. Auch heute glauben einige Leute noch, dass wir sozialistische Brüder waren.

Auf dem Zwischenstopp am Flughafen in Paris erfuhren wir, welche Ausbildung an welchem Ort in der DDR für uns vorgesehen war. Ich sollte Gießereifacharbeiter werden – immer noch besser als Kanonenfutter bei der Armee in Mosambik. Schon auf dem Flughafen mussten wir die Verträge unterschreiben, bevor es weiter zum Flughafen Berlin-Schönefeld in die DDR ging.

Kultur- und Kälteschock

Am schlimmsten war für uns die Kälte, als wir im November ankamen. Wir trugen unsere Sommerkleidung aus Mosambik. Wir waren nicht darauf vorbereitet und besaßen auch nichts Anderes. Wir haben das erste Mal Schnee gesehen. Wir kannten Eis und Kälte nur aus dem Gefrierfach oder dem Fernsehen und waren beeindruckt, wie die Menschen da überleben konnten.

Wir wurden herzlich empfangen. Ein Begrüßungskomitee, Busse, Decken und Tee standen schon bereit. Dann ging es sofort von Berlin-Schönefeld nach Magdeburg. Auf der Fahrt haben wir uns die Landschaft angeguckt, vor allem die Wälder. Die Bäume standen alle in der Reihe und es gab meist nur eine Sorte davon, keine Abwechslung. Wir haben uns gefragt, wie die Deutschen das machen. Bei uns ist der Wald wild und bunt.



Als wir im Wohnheim ankamen, haben wir zuerst Abendessen bekommen: Kartoffeln mit Soße. Wir haben darauf gewartet, ob noch Reis dazukommt, denn Kartoffeln sind bei uns in Mosambik Beilagen, also Gemüse. Das war unser erster Kontakt mit der deutschen Küche. Wir waren froh, dass es warmes Essen gab. Bei uns gibt es immer warmes Essen, hier ja eigentlich Brot am Abend. Wir wohnten in einem kleinen Wohnheim mit 40 Mosambikanern.

Am nächsten Tag wurden wir eingekleidet und es lag meterhoher Schnee. Da haben wir uns erst einmal im Schnee gewälzt und wie Kinder gespielt. Anschließend waren wir mit unserer ganzen Gruppe im Kaufhaus. Die Verkäuferinnen waren überrascht über so viele Mosambikanerinnen und Mosambikaner. Sie waren überfordert, auch wegen der Sprache. Wir konnten noch kein deutsches Wort, haben uns mit Händen und Füßen verständigt und am Ende hatten wir ungeplant alle die gleichen Anoraks gekauft. Es war ein sehr lustiger Tag.

Dann ging es direkt mit der sechsmonatigen Sprachausbildung und dem polytechnischen Unterricht los. Wir mussten nicht in die Schule gehen, die Lehrerinnen und Lehrer kamen in den großen Besprechungsraum unseres Wohnheims. Nach zwei Wochen haben wir bereits den Betrieb besichtigt und die Arbeitsabläufe kennengelernt. Die duale Ausbildung selbst begann nach diesen sechs Monaten Vorbereitung in zwei Gruppen: am Vormittag Schule und am Nachmittag Arbeit im Betrieb – oder umgekehrt. Anfangs waren die Kolleginnen und Kollegen alle neugierig und sehr nett, doch schon ein wenig später sah es etwas anders aus.

Alltagsdiskriminierung

Wir waren jung und extrovertiert und haben schnell begonnen, die Stadt und das Land zu erkunden. Wir gingen aus zum Essen, in die Disko, in den Freizeitpark, in die Schwimmhalle und vieles mehr. Schon sehr früh haben wir jedoch Abneigung, Ausgrenzung und Diskriminierung gespürt, anstatt der sozialistischen Brüderlichkeit, die uns versprochen wurde. Da wir aber bereits Erfahrungen mit den Portugiesinnen und Portugiesen und dem Kolonialismus in Mosambik hatten, konnten wir damit umgehen. Wir waren trainiert, es nicht zu dicht an uns herankommen zu lassen oder gar offensiv darauf zu reagieren. Wir haben uns benommen und waren gleichzeitig auch eingeschüchtert, denn sollte etwas passieren, es Auseinandersetzungen geben oder Ähnliches, könnten wir zurückgeschickt werden. Wir haben also defensiv auf alles reagiert – und waren dahingehend geübt.

Wenn wir einkaufen waren, wurden wir gefragt, warum wir Bananen kaufen, schließlich hätten wir doch schon genug Bananen gegessen. Man sagte uns: »Bananen gibt es nur für Kinder. Ihr braucht euch gar nicht anzustellen.« Auch haben sich die Verkäuferinnen beschwert, dass wir den Reis wegkaufen würden. Obwohl Staub auf dem Reis in den Regalen lag als wir ankamen, da er wohl nicht so häufig gegessen wurde. Bei uns galt er jedoch als Hauptnahrungsmittel, weshalb wir nicht, wie die Deutschen, nur eine, sondern gleich drei oder vier Packungen davon kauften. Entsprechend waren die Bestände manchmal leer und die Leute regten sich auf.

Bunt und fröhlich wie wir eben waren, haben wir uns auch hin und wieder bunte Sachen gekauft. Die Leute dachten jedoch, dass wir Kleidung aus dem Westen an hätten oder mehr Geld besäßen als sie. Dabei waren wir vielleicht einfach modebewusster als die meisten Einheimischen – deren Blicke wir stets spürten.

Abends und am Wochenende sind wir gern ausgegangen, doch in manchen Diskotheken hat man uns nicht eingelassen oder wenn doch, wurden wir provoziert und es kam zu Konflikten. Wenn wir essen gingen, bekamen wir manchmal keinen Tisch oder mussten länger warten. Wir haben versucht, das alles nicht so an uns herankommen zu lassen – empfanden es aber dennoch als diskriminierend. Andere Migrantinnen und Migranten aus Dresden erzählten, dass sie gar keine Tische bekommen hätten, wenn sie zum Essen ausgehen wollten. Und auch diese Situation sollte sich nach der »Wende« ganz radikal ändern.

Alltag und Freundschaften

Wir waren sehr extrovertiert und haben alle auf unterschiedliche Weisen versucht, Menschen kennenzulernen und Freundschaften zu schließen. In einem winzigen Dorf habe ich zum Beispiel eine Familie kennengelernt, die mich jedes Wochenende aufnahm wie ein ganz normales Familienmitglied. Zwei oder drei meiner Kollegen hatten ähnliche Familien gefunden.

Auf der anderen Seite durfte man diese Menschen aber auch nicht mit ins Wohnheim bringen, obwohl wir sie gern zu Gast gehabt hätten. Es ist beschämend, wenn man immer nur zu Besuch ist, aber selbst nie Gäste empfängt. Bei uns ist das traditionell wichtig: Leuten das eigene Zuhause zu zeigen und sie mit heimischen Spezialitäten zu verköstigen. Wir haben sogar gegen das Besuchsverbot und die Reglementierungen protestiert, aber ohne Erfolg. Das Wohnheim wurde Tag und Nacht überwacht.

Konflikte

Hin und wieder gab es auch Auseinandersetzungen im Betrieb. Wir mussten sehr schnell lernen und in der Gießerei ging es zu wie am Fließband. Alle Schritte im Team mussten funktionieren und zeitlich abgestimmt sein. Wenn eine Person zu schnell oder langsam war, kam der Arbeitsprozess ins Stocken und es traten Konflikte auf. Auch gab es keine Abteilung nur mit Mosambikanerinnen und Mosambikanern – wir waren höchstens zu zweit in Teams von zehn bis 15 Personen.

Später arbeitete ich in der Prüfabteilung, wo ich Einzelarbeit verrichtet habe. Manche Kolleginnen und Kollegen meinten dann, ich solle doch etwas langsamer machen, weil ich sonst »die Norm verderbe«. Man hat sich also stetig angepasst, um Konflikte zu vermeiden. Auf der anderen Seite wollte man aber immer alles bewältigen und irgendwie besser sein, um Lob zu bekommen.

Vereinzelt hatten Kolleginnen und Kollegen auch Kontakt zu Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern im Nachbarbetrieb oder Leuten in anderen Städten der DDR. Dabei hat man sich auch über Geld ausgetauscht. Das hat uns sehr interessiert. Bei den ersten Mosambikanerinnen und Mosambikanern hat die DDR 25 Prozent des Gehalts (oberhalb eines Sockelbetrags von 350 DDR-Mark) und die Rentenanteile aus der Sozialversicherung einbehalten. 1986 wurden dann schon 60 Prozent einbehalten. Bei den Vietnamesinnen und Vietnamesen waren es zum Beispiel nur zwölf Prozent. Da gab es Proteste, die aber im Keim erstickt wurden, indem uns gesagt wurde, dass wir es akzeptieren oder nach Hause gehen können.

»Wendezeit«

Wir fanden die Proteste unglaublich, die wir im Westfernsehen sahen und die schließlich zum Fall der Mauer führten. Die »Wendezeit« war der Beginn der offenen Diskriminierung und des Rassismus. Unsere Kolleginnen und Kollegen waren wie ausgewechselt. Im Betrieb und auf der Straße haben sie nicht mehr gegrüßt

oder wechselten sogar die Straßenseite. Jugendliche und Kinder haben uns rassistische Parolen hinterhergerufen. Im Restaurant wurde man nicht mehr bedient. Die Atmosphäre war so anders und bedrohlich, dass viele sagten: »Wir müssen gehen!« Diejenigen haben uns auch davon abgeraten zu bleiben. Sie hatten Angst, dass ein Krieg kommen könnte und wir sterben.

Nach der Wiedervereinigung hieß es dann, dass wir bleiben können, wenn wir Wohnung und Arbeit nachweisen. Oder es stehe uns frei, einen Container zu packen und nach Mosambik zurückzugehen. Manche von uns heirateten oder hatten mittlerweile Familien und Kinder in Deutschland, zu denen sie gehen konnten.

Ich habe mir Arbeit und eine Wohnung gesucht. Durch meine Sportgruppe in Magdeburg hatte ich Kontakte nach Berlin und konnte dort bei Freunden eine Unterkunft und schließlich Arbeit finden. Um zwei Uhr nachts bin ich aufgestanden und hab Zeitungen verteilt. Irgendwann wurde ich dann Postbote und hab schließlich einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen. Die Ausländerbehörde in Berlin lehnte dies aber ab, weil nur Deutsche, EU-Ausländerinnen und -Ausländer oder Migrantinnen und Migranten mit Aufenthaltsstatus dazu berechtigt waren. Mein Aufenthaltsstatus lief allerdings aus, da dieser an die Laufzeit meines DDR-Vertrages (1986-1991) gebunden war. Auch die Unterstützung der Ausländerbeauftragten und eines Anwalts halfen mir nicht weiter.

Ankunft in Dresden

Ich erfuhr, dass im Osten mit Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern wohl anders umgegangen wird und dass in Dresden die evangelische Kirche und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen die übrig gebliebenen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter unterstützen sollen. Also bin ich von heut auf morgen mit all meinen Sachen nach Dresden gezogen.

Dresden war ein Schock, denn es war ganz anders als die offene, multikulturelle Großstadt Berlin. Ich habe mich gefühlt, als würde ich auf ein Dorf zurückkehren, habe keine Migrantinnen und Migranten gesehen und dachte: »Ich bin zurück in der DDR.«

Am Herder-Institut im benachbarten Radebeul sollten wir auf eine Berufsausbildung oder ein Studium vorbereitet werden. Dort konnte ich einen Sprachkurs machen und meine Mittelstufe absolvieren. Auch überlegte ich mit welcher Ausbildung ich überall auf der Welt arbeiten könnte. In unseren Köpfen war damals außerdem die Vorstellung verankert, dass wir keine Ausbildung anstreben sollten, mit der wir irgendwie in Konkurrenz zu den Deutschen treten. Deswegen kam mein Wunsch, KFZ-Mechaniker zu werden, auch nicht mehr infrage.

Der Pflegeberuf hingegen schien bei Deutschen nicht besonders gefragt zu sein und konnte zudem überall ausgeübt werden. Außerdem gab es in diesem Bereich fast nur Frauen und kaum Männer. Also bewarb ich mich beim kirchlichen Krankenhaus, die mich ablehnten, da ich erst einmal lernen sollte, Pflegehelfer zu sein, und sie sich zudem nicht sicher waren, ob ich die Arbeit schaffen würde. Beim städtischen Krankenhaus wurde ich dagegen nicht gefragt, was ich kann oder woher ich komme – sie haben meine Unterlagen genommen und ich konnte bereits am nächsten Montag anfangen. Seitdem bin ich in diesem Haus tätig.

Zeit der Gewalt

Der Tod von Jorge Gomondai 1991 war eine Zäsur. Wir haben im Herder-Institut davon gehört, dass ein Mosambikaner angegriffen und schwer verletzt wurde und nun im Koma liegt. Wir wussten aber nicht, was genau passiert war. Es gab eine große Unruhe unter unseren Leuten – die Stimmung war extrem angespannt.

Wir hatten die Verabredung, dass wir ab 17 Uhr nicht mehr allein mit der Straßenbahn von Radebeul nach Dresden fahren. Entweder haben wir also ein Taxi genommen oder wir haben uns in Gruppen vorn in die Bahn gesetzt. Meist direkt hinter die Fahrer- beziehungsweise Fahrerinnenkabine, damit wir sichtbar waren, falls etwas passiert. Es war die Hölle. Die meisten hatten große Angst. Auch der Pfarrer kam zu uns, um uns zu beruhigen und sagte, dass wir trotz allem in die Stadt gehen sollten, beispielsweise zum Gottesdienst. Der Schock saß tief und wir fühlten uns zu dieser Zeit sehr ohnmächtig. Ich erinnerte mich an die Menschen, die uns – zu unserer eigenen Sicherheit – zur Ausreise geraten hatten. Nun hatten wir den traurigen Beweis, dass sie vielleicht richtiglagen.

Wir haben uns gefragt: »Sind wir hier überhaupt noch geschützt und erwünscht?« Und diese Frage stellt sich bis heute. Wie ein roter Faden. Die Polizei ist immer noch zögerlich, wenn Migrantinnen und Migranten angegriffen werden. Andersherum ist es ganz anders, da wird mitunter sofort reagiert.

Das Gefühl stand im Raum. Auch da wir öfter persönlich angegriffen wurden, die Polizei riefen und niemand kam. Mir wurde zum Beispiel gesagt, dass ich am nächsten Tag zum Revier kommen soll, obwohl die Polizei eigentlich hätte direkt helfen, Spuren sichern oder Personen festnehmen müssen.

Selbstorganisation

Das war einer der wichtigsten Gründe, warum ich angefangen habe, mich zu engagieren. Vor allem zur Selbsthilfe. Wir mussten für unsere Rechte kämpfen. Bis 1997 gab es keine Aufenthaltsregelung für ehemalige Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter. Die Frage unserer Rentenanwartschaften war nicht geklärt und das Geld, welches von unserem Lohn abgezogen wurde, war weg.

In Dresden, Radebeul und Berlin wurde unterschiedlich mit Arbeitserlaubnissen und Aufenthaltsregelungen umgegangen. So sind wir auch nicht mehr allein zu den Behörden gegangen, sondern nur noch mit Anwälten und der Kirche. Auch bekam ich lediglich für meine Ausbildung einen Aufenthaltsstatus, doch das Krankenhaus hat mir glücklicherweise bereits drei Monate vor dem Ende meiner Ausbildung einen Arbeitsvertrag angeboten. Eigentlich wollte ich weg, aber ich habe auch die Verpflichtung gespürt, dem Krankenhaus für meine Ausbildung etwas zurückzugeben.

Parallel dazu sagte uns der Pfarrer, er wolle in den Ruhestand gehen. Er war der Meinung, wir sollten uns selbst organisieren, weil nur dadurch Kräfte entstehen würden – wir könnten nicht immer nur darauf warten, dass etwas passiert. Wir sollten unsere Interessen und Rechte vertreten und am besten einen Verein gründen.

Ich habe aus diesem Grund meine Kolleginnen und Kollegen gefragt, die verunsichert waren, aber meinten, dass die Botschaft Mosambiks uns bei der Selbstorganisation sicher helfen würde. Tatsächlich sollten wir allerdings selbst in Erfahrung bringen, welche Vereine es in Dresden gäbe und uns erkundigen, wie diese vorgehen würden. Viele haben meinen Vorschlag deshalb abgelehnt und wollten warten, bis die Botschaft uns eine Satzung gibt und hilft. Doch wir entwarfen eine eigene Satzung nach dem Gesetz und

haben unseren ersten mosambikanischen Verein gegründet. Dieser Schritt war nicht einfach und mit großen Erwartungen an mich verbunden, schließlich war ich Vorsitzender und musste das Ganze zum Laufen bringen. Ich musste uns und unsere Interessen bekannt machen, sodass man auch vor Behörden und Institutionen ernst genommen wird. Und es war tatsächlich so, dass man uns anders behandelte, als wir später als Verein auftraten.

So entfachte sich bei mir die Lust zu kämpfen. Ich wollte mich engagieren – eigene Räume gestalten und Empowerment-Arbeit betreiben. Wir haben daraufhin schnell Projekte und Veranstaltungen zur Begegnung, zur politischen Diskussion und zum soziokulturellen Austausch organisiert. Und es hat so gut funktioniert, dass manche sogar schon an Geld dachten. Die größte Veranstaltung fand zum Unabhängigkeitstag mit dem Botschafter Mosambiks statt. Danach gab es interne Konflikte, weil unsere Absichten auseinandergingen. Mir war es beispielsweise wichtig, alle Nationalitäten mitzunehmen, die Lust hatten mitzumachen.

1997 beschloss die Bundesregierung endlich, dass Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen, wenn sie bestimmte Vorbedingungen erfüllen. Im selben Jahr wurde ich als eines der ersten Mitglieder in den Ausländerbeirat Dresdens gewählt. Ich engagierte mich also fortan beim Ausländerrat und anderen Organisationen, da ich zunehmend die Lust daran verlor, mich im Verein mit den eigenen Leuten zu streiten.

Ab 2001 arbeite ich mit Geflüchteten, denn uns reichte die Arbeit im Rathaus nicht mehr aus. Wir mussten wissen, wie es unseren Schwestern und Brüdern geht. So haben wir angefangen, Wohnheime von Geflüchteten zu besuchen. Eine fürchterliche Situation. Wir haben sie am Wochenende zum Sport eingeladen, haben gemeinsam Filme geschaut und thematische Abende durchgeführt. Ein Großteil unserer Arbeit bestand aber immer auch aus rechtlicher Unterstützung, Begleitung und Übersetzung. Das war die Geburtsstunde des Afropa e. V., denn wir gründeten bewusst keinen senegalesischen oder mosambikanischen Verein, sondern wollten Afrika und Europa verbinden – keinen afrikanischen, sondern einen modernen und für alle offenen Verein ins Leben rufen.

Aufarbeitung und Anerkennung

Wenn ich es Revue passieren lasse: Es fing damit an, dass wir aus dem Einigungsvertrag ausgeklammert wurden. Man ist davon ausgegangen, dass wir gehen. Und dann hat man angefangen, den Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern aus den verschiedenen Ländern Angebote zu machen. Manche bekamen eine Abfindung von 3.000 Mark. Manche bekamen das nicht und warteten noch auf dem Flughafen darauf. Das führte bei mir und anderen zu einem großen Ungerechtigkeitsgefühl. Und dazu das ganze Geld, das man uns Mosambikanerinnen und Mosambikanern vom Gehalt abzog. Als hätte es nicht gereicht, dass die Rentenanteile unserer Sozialversicherungsbeiträge an den korrupten mosambikanischen Staat abgeführt wurden. Wahrscheinlich mit dem Kalkül: »Ihr bekommt das Geld und dafür holt ihr die Leute zurück.« Das ist jedoch nicht passiert – einige sind geblieben. Diese Ungerechtigkeit wiegt schwer und arbeitet bis heute in mir. Wir sprechen ja von Demokratie, von einem demokratischen Staat und dann geschehen solche Dinge mit Geldern, die eigentlich uns zustanden.

Wir haben alles zusammengenommen, was wir hatten, und haben immer versucht, uns selbständig zu integrieren. Das ist uns auch zu großen Teilen gelungen, jedoch ohne Hilfe des Staates, nur durch die Hilfe der Zivilgesellschaft. Der Staat hat sich rausgehalten. Das ist bis jetzt spürbar. So sind Familien zu Bruch gegangen und Kinder ehemaliger Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter, wurden durch die Trennung ihrer Eltern

mit einem Elternteil oder allein zurückgelassen. Auch die Aufarbeitung gelingt bis heute nicht wirklich, weil der Staat zu zögerlich ist.

Es gibt außerdem noch eine Parallele zur hiesigen Gesellschaft: Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen DDR haben bis heute noch vereinzelt mit der Anerkennung ihrer Rentenanwartschaften und Lebensleistung-Probleme. Das verbindet uns auch.

Wir haben immer versucht uns anzubieten, mitzugestalten und unsere Geschichten selbst zu erzählen. Wenn zum Beispiel jetzt das Jubiläum der Gastarbeiterinnen und -arbeiter gefeiert wird, enttäuscht es mich, dass nur Gastarbeiterinnen und -arbeiter aus Westdeutschland gemeint sind. Wo liegt der Unterschied zwischen uns und ihnen? Letztlich wurden wir doch alle geholt, weil ohne uns die Arbeit in den Betrieben gar nicht möglich gewesen wäre. Wir waren »systemrelevant«.

Die mosambikanischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter, die nach Mosambik zurückgekehrt sind und immer noch »Madgermanes« genannt werden, kämpfen seit drei Jahrzehnten. Sie kämpfen um ihren vorenthaltenen Lohn. Sie kämpfen gegen Diskriminierung in Mosambik. Dabei wurden sie von den Regierungen der DDR, der später wiedervereinigten Bundesrepublik und der Mosambiks übergangen. Es geht nämlich nicht nur um die einbehaltenen Lohnanteile, sondern auch um Rentenansprüche und Sozialleistungen, die ihnen bis heute vorenthalten werden. Die Bundesrepublik Deutschland veranlasste dazu recht unspezifische Zahlungen an Mosambik, die nur bei wenigen Betroffenen wirklich ankamen; und die besagten Lohnanteile bei fast keinem. Daher fordert das sogenannte »Magdeburger Memorandum«, verabschiedet 2019 auf einer Tagung zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der DDR und Mosambik, die Lösung dieser ethischen, politischen und juristischen Fragen. Diese Forderung blieb bisher unerfüllt.

Der Kampf um gleichberechtigte Teilhabe geht weiter. Der Kampf um Entschädigung der zurückgekehrten Mosambikanerinnen und Mosambikaner – zumindest mit einem symbolischen Betrag und der Anerkennung der Betroffenen. Es braucht meines Erachtens eine wirkliche Entwicklungshilfe und eine Aufarbeitung mit und in Mosambik, als Geste der Versöhnung mit den Zurückgekehrten. Diese Art und Weise mit alten Migrantinnen und Migranten umzugehen, wäre auch ein Zeichen für künftige Migrationsbewegungen. Wir wollen und sind bereits eine Einwanderungsgesellschaft. Wir müssen also auch weiter dafür kämpfen und uns um diese kümmern.

Darüber hinaus brauchen wir eine andere Erinnerungskultur. Eine Anerkennung von Gastarbeiterinnen und -arbeitern in Ost und West. Dass jetzt auch mit und nicht nur über die Betroffenen geredet und mit ihnen zusammengearbeitet wird, gibt zumindest Hoffnung. Es liegt an uns, diesen Platz zu behaupten und unser Engagement gehört dazu. Diese Themen werden auch die Generationen nach uns weiter beschäftigen, denn es gibt Kontinuitäten im Umgang mit Migrantinnen und Migranten in Ost und West – bis heute.

»Mehr als Geschichten erzählen...«. Migrantische Perspektiven auf die DDR und die »Nachwendezeit« in der politisch-historischen Bildungsarbeit

VON CARINA GROSSER-KAYA UND AYMAN QASARWA

Bei einer Veranstaltung des Projekts »Mi*story«¹ formulierte ein Zeitzeuge, dass mehr getan werden müsse, »als Geschichten [zu] erzählen«. Er scheint ausdrücken zu wollen, dass seine Biographie – wie auch die Biographien zahlreicher anderer Menschen, die in die DDR eingewandert sind – mehr als nur wiedergegeben werden müsse. Vieles sei noch aufzuarbeiten, unter anderem wie mit Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern in der DDR umgegangen wurde und wie sehr der Alltag in der DDR sowie in der »Nachwendezeit« von Rassismus und Diskriminierung geprägt war. Ausgehend von dieser Forderung geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, welche Rolle die Erinnerungen von Menschen, die in die DDR eingewandert sind, in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur spielen und welchen Beitrag sie bei der Aufarbeitung der DDR und »Nachwendezeit« leisten können.

Zunächst soll es um eine Einordnung der Migrationsgeschichte der DDR im gesamtdeutschen Kontext gehen, um diesbezüglich auch Leerstellen und Versäumnisse aufzuzeigen. Anschließend ist zu erläutern, wie das Projekt »Mi*story« arbeitet und welche Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Projektarbeit der vergangenen einhalb Jahren zusammengetragen werden können. Auf dieser Grundlage gilt es dann erste Schlussfolgerungen zu formulieren, die im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Erinnerungsarbeit relevant sind. Zudem geht Ayman Qasarwa abschließend auf die Bedeutung dieser Aktivitäten für die Verbandsarbeit von DaMOst, als ostdeutsche Interessenvertretung von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, ein.

Migration in der DDR im gesamtdeutschen Kontext

Das Thema Migration in der DDR und der »Nachwendezeit« in den ostdeutschen Bundesländern wurde lange Zeit im gesamtdeutschen Diskurs über Migration ausgeblendet oder bestenfalls am Rande behandelt.² Dabei ist seit Ende der 1980er Jahre eine wissenschaftliche Beschäftigung vor allem aus einer zeithistorischen aber auch sozialwissenschaftlichen Perspektive zu verzeichnen.³ Die Ergebnisse wurden allerdings über lange Zeit wenig rezipiert. Auch in der politisch-historischen Bildungsarbeit zur DDR-Geschichte und der Arbeit mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen spielten die Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte in der DDR bisher kaum eine Rolle. Der Rückblick und die Aufarbeitung war und ist den deutschen

1 »Mi*story – Migrationsgeschichten in und aus Ostdeutschland« ist ein Projekt von DaMOst, dem »Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V.«. Projektträger ist das Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt LAMSA e.V. Das Projekt wird von März 2020 bis Februar 2022 vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer gefördert.

2 So gibt beispielsweise Urmila Goel selbstkritisch zu, dass sie die Migration in die DDR in ihren wissenschaftlichen Arbeiten lange Zeit unbeachtet gelassen habe. Vgl. Goel, Urmila: Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung, in: Gürsel, Duygu / Çetin, Zülfukar / Allmende e.V. (Hrsg.), Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen, Münster 2013, S. 138–150, unter: <http://www.urmila.de/forschung/ostwest/texte/ungehoert.html> (letzter Zugriff: 12.09.2021).

3 Vgl. Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster 1992; Elsner, Eva-Maria / Elsner, Lothar: Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR, Berlin 1992; Gruner-Domic, Sandra: Zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in die DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (32) 1996, S. 204–230; Theodor, Jennifer Sophia (Hrsg.): Online-Bibliografie zur Migration in die DDR, unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/projekte/bib> (letzter Zugriff: 12.09.2021).



DDR-Bürgerinnen und -Bürgern vorbehalten, die auf ihre jeweiligen Erinnerungen und Biographien zurückgreifen und vom erlebten Unrecht sowie dem Alltag in der DDR und der »Nachwendezeit« erzählen.⁴

Die alleinige Konzentration auf die Überwindung des sozialistischen Unrechtsstaates durch die Friedliche Revolution und den darauffolgenden Wiedervereinigungsprozess, blendet jedoch Ambivalenzen und Zumutungen der Transformationsprozesse der 1990er Jahre aus.⁵ Die Suche nach einer neuen nationalen deutschen Identität, die sich über die gemeinsame Abstammung definierte, stand im Vordergrund. Die Politik in den 1990er Jahren war von einer extrem restriktiven Asylgesetzgebung und einem reglementierten Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten geprägt. Vorbereitet und begleitet wurde diese Politik durch rechtsextremistische Attentate mit mehreren Toten in beiden Teilen des wiedervereinigten Deutschlands und einer Vielzahl von Übergriffen, Gewalttaten und verbalen Anfeindungen, denen insbesondere Migrantinnen und Migranten in den ostdeutschen Bundesländern ausgesetzt waren. Menschen mit Migrationsgeschichte wurde in beiden Teilen Deutschlands – und gewissermaßen unabhängig von ihrer Herkunft, Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit oder ihrem sozialen Status – signalisiert, dass das wiedervereinigte Deutschland nicht als Migrationsgesellschaft verstanden werden wollte.

Diese jüngste Vergangenheit wirkt innerhalb der Erinnerungspraxis Ostdeutschlands bis heute nach und ist begleitet von Unbehagen, Widerwillen und Tabus, die bis in die Zeit der DDR zurückreichen. Viele Straftaten und Morde an Migrantinnen und Migranten, die aus rassistischen und rechtsextremistischen Motiven begangen wurden, sind bis heute nicht aufgeklärt. Lange Zeit dominierte einzig die Frage nach den Ursachen und den Motiven der Täterinnen und Täter den Diskurs. Für die Erzählungen und Erfahrungen der Menschen, die als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit Migrationsgeschichte diese Ära erlebt haben, war hingegen kein Raum vorgesehen. Die Form des Gedenkens an rassistische Pogrome, wie in Rostock oder Hoyerswerda, wurde von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt und die Betroffenen vor allem an den entsprechenden Jahrestagen einbezogen.⁶

Im Gesamten ist die Erinnerungskultur der gesamtdeutschen Gesellschaft vielfältiger und diverser geworden, da sich die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung nachhaltig verändert hat und sich im Zuge dessen auch Identitäts- und Zugehörigkeitskonzepte wandeln.⁷ Denn »in Migrationsgesellschaften gerät Geschichte in Bewegung, wird Gegenstand von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen im zeitlichen und kulturellen Wandel [...]«⁸ Diese Entwicklungen wirken sich allmählich auch auf die Sichtbarkeit der Migrationsgeschichte der DDR in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur aus, auch wenn noch eine klare Dominanz westdeutscher Migrationsnarrative festzustellen ist.⁹ Hier haben die dreißigsten Jahrestage

4 Ein Beispiel dafür ist die Datenbank des Zeitzeugenbüros der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (<https://www.zeitzeugenbuero.de>), in der kaum Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit ostdeutscher Migrationsgeschichte zu finden sind.

5 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019; Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019.

6 Die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit beschränkte sich dabei auf ihre Rolle als »Nazi-Opfer der Nachwendezeit« wie Irmhild Schrader es zynisch kommentiert. Vgl. Schrader, Irmhild: Erinnerungspolitik in einer pluralen Gesellschaft, in: Schrader, Irmhild / Joskowski, Anna u. a. (Hrsg.): Vielheit und Einheit im neuen Deutschland. Leerstellen in Migrationsforschung und Erinnerungspolitik, Frankfurt am Main 2015, S. 8–15, hier: S. 12.

7 Vgl. Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020, S. 123 f.

8 Georgi, Viola: In Geschichte(n) verstrickt: Biographische Geschichten als Gegenstand interkulturellen Lernens in der Migrationsgesellschaft, in: Lange, Dirk (Hrsg.): Migration und Bürgerbewusstsein. Wiesbaden 2008, S. 131–147, hier: S. 133.

9 Vgl. Schrader, Irmhild: Erinnerungspolitik in einer pluralen Gesellschaft (FN 6), S. 12.

des Mauerfalls und der Wiedervereinigung für mehr Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit gesorgt.¹⁰ Die Leerstelle Migration wird stärker wahrgenommen und es gibt erste Ansätze für eine Erweiterung der Perspektiven auf die DDR-Geschichte und die »Nachwendezeit«.

Das Projekt »Mi*story« – Ziele und Arbeitsweise

Im Mittelpunkt der Arbeit des Projekts »Mi*story« stehen die Lebensgeschichten von Menschen, die in die DDR eingewandert sind und bis heute in einem der ostdeutschen Bundesländer leben. Ihre Biographien sollen sichtbar gemacht werden und zeigen, dass Migration in der DDR auf ganz unterschiedlichen Wegen erfolgte. Dabei geht es darum, Erinnerungen an die DDR zu sammeln und festzuhalten, wie Menschen mit Migrationsgeschichte in dieser Zeit gelebt haben, unter welchen Umständen sie in die DDR kamen und wie sie die Gesellschaft der DDR und die »Nachwendezeit« erinnern.

In einer ersten Arbeitsphase wurden 17 biographisch angelegte Interviews mit Personen geführt, die in die DDR eingewandert sind und bis heute in einem der ostdeutschen Bundesländer leben. In einer zweiten Arbeitsphase werden bis Ende 2021 Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten als Dialog- und Austauschformate mit Publikum online und in Präsenz durchgeführt, bevor im Februar 2022 schließlich eine Publikation mit den Biographien der ungefähr 30 interviewten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erscheint.¹¹

Die Gewinnung von Freiwilligen für die Interviews und die Bildungsarbeit erfolgte vor allem über die Netzwerkstrukturen von DaMOst und seinen Landesverbänden. Seit den 1990er Jahren bauten engagierte Migrantinnen und Migranten, von denen viele bereits in der DDR gelebt hatten, lokale aber auch landesweit aktive Vereinsstrukturen auf. Daraus wurde 2019 der Dachverband DaMOst als Interessenvertretung für die Belange der ostdeutschen Migrantenselbstorganisationen gegründet.¹² Dieses spezielle Netzwerk umfasst zahlreiche Migrantinnen und Migranten, die ehrenamtlich aber auch in den hauptamtlichen Strukturen der sich professionalisierenden Vereine und Verbände tätig sind. Darüber hinaus konnten über die genannten Netzwerkstrukturen weitere Menschen erreicht werden, die eine Anbindung an ethnische Communities haben und in einer losen Verbindung zu Menschen aus dem gleichen Herkunftsland stehen. Von Vorteil ist dabei die personelle Besetzung im Projektteam zum Beispiel durch eine Kollegin mit vietnamesischen Wurzeln.

Ausgangspunkt für die Konzipierung der Veranstaltungen waren Erzählformate wie Erzählcafés oder Erzählalons, in denen die biographischen Erfahrungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Mittelpunkt stehen und die einen dialogischen Ansatz verfolgen, der das Publikum einbezieht.¹³ Daraus wurde ein Grundkonzept für die Veranstaltungen entwickelt, das im Laufe der Zeit zudem evaluiert und angepasst wurde. Durch

10 Das Projekt »Mi*story« ist dabei ein Beispiel unter vielen – hervorgehoben sei an dieser Stelle vor allem der Sammelband »Erinnern Stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive«, der Web-Blog »Eigensinn im Bruderland« (<https://bruderland.de>) und die »Initiative 12. August Merseburg« (<https://initiative12august.de>). Vgl. Lierke, Lydia / Perinelli, Massimo (Hrsg.): *Erinnern Stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020.

11 Außerdem wird fortlaufend weiteres Material aus der Projektarbeit auf der Website des Projektes veröffentlicht: www.mistory-ostdeutschland.de.

12 Weitere Informationen dazu finden Sie auf: www.damost.de.

13 Vgl. Gudjons, Herbert / Wagener-Gudjons, Brigitte / Pieper, Marianne (Hrsg.): *Auf meinen Spuren: Anleitungen zur Biografiearbeit*, Bad Heilbrunn 2008. Weitere Beispiele für Veranstaltungsformate mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die über ihre Lebensgeschichten erzählen, sind unter anderem Projekte wie »Digitale Erzählalons zu 30 Jahren Deutsche Einheit« (<https://deine-geschichte-unsere-zukunft.de>) oder »Zeitzeugen interkulturell« (<http://zeitzeugen-interkulturell.de/zeitzeugenprojekte>).

die Fokussierung auf die individuellen Erfahrungen, sollte das Publikum zunächst auch nur eine zuhörende Rolle einnehmen und erst im Laufe der Veranstaltung durch Fragerunden einbezogen werden.

Erfahrungen und Erkenntnisse

Die meisten der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen hatten ihre Lebensgeschichten noch nie in Form eines Interviews erzählt oder derart exponiert vor einem Publikum gesprochen. So hatten manche von ihnen zunächst gewisse Zweifel und die Sorge, dass ihre Lebensgeschichte womöglich nicht interessant oder besonders genug sei. Die Zusammenarbeit hat jedoch oft einen Erinnerungsprozess in Gang gesetzt, durch den einzelne Biographien zum ersten Mal sichtbar gemacht werden konnten und aus denen entweder live vor Publikum erzählt wurde oder die als bearbeitete Interviews ihren Weg in die in Vorbereitung befindliche Publikation finden werden. Für viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bestand die Hauptmotivation mitzuwirken darin, in diesem Rahmen Informationen und Erzählungen über die Vergangenheit an nachfolgenden Generationen sowie später eingewanderte Migrantinnen und Migranten weitergeben zu können. Darüber hinaus war es für sie von Interesse, dass öffentlich mehr über die Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten in der DDR gesprochen wird und erlebtes Unrecht sowie rassistische Gewalt thematisiert und aufgearbeitet werden können.¹⁴

Bei der Vorbereitung der Veranstaltungen waren die Zeitzeuginnen und -zeugen überdies an der thematischen Ausrichtung beteiligt, da das Erzählen der eigenen Biographie vor Publikum natürlich ein sehr persönliches Unterfangen ist. Gerade im Rückblick auf die DDR und die »Nachwendezeit« geht es dabei oftmals um Unsicherheit, Zukunftssorgen und schmerzhaft Erfahrungen, zum Beispiel mit Rassismus. Auch die familiäre Situation, Arbeitslosigkeit, Illegalität und so weiter sind Themen, die oft jahrelang nicht erinnert oder angesprochen worden. Hier galt es darauf zu achten, dass die Teilnehmenden individuell festlegen, über welche Themen sie sprechen möchten und können beziehungsweise welche Themen ihnen in einem öffentlichen Austausch hingegen unangenehm oder zu privat sind. Dadurch wurden die Zeitzeuginnen und -zeugen auch in ihrer Position als autonome Erzählerinnen und Erzähler gestärkt, deren Grenzen respektiert und deren Geschichten angehört und wertgeschätzt werden. Ihre Deutungen der Vergangenheit sind außerdem äußerst subjektiv und weichen mitunter voneinander ab, aber »jede dieser Geschichten ist richtig, weil sie die jeweils eigene Erfahrung wiedergibt.«¹⁵ So kam es im Rahmen der Veranstaltungen öfter zur Frage, ob Rassismus in der DDR im persönlichen Erleben eine Rolle spielte. Aufgrund der sehr verschiedenen Lebenssituationen konnte diesbezüglich selbstredend nur aus der eigenen Erinnerung geantwortet werden und somit kam es auch zu sehr unterschiedlichen Erzählungen zum Thema.

Viele der Zeitzeuginnen und -zeugen sind engagierte Menschen mit langjährigen Erfahrungen in der Vereinsarbeit und im Ehrenamt. Sie sind seit dem Mauerfall zu einem wichtigen Teil der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland geworden. Die Beweggründe ihres Engagements waren die radikalen Veränderungen im Wiedervereinigungsprozess und die Erfahrungen mit Rassismus und Gewalt. Daraus wurden sowohl lokale aber auch überregionale Netzwerke und Verbindungen entwickelt und vertieft – doch auch bereits in der DDR gab es erste Ansätze für eine Vernetzung zum Beispiel zwischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern

14 Hier geht es unter anderem um bis heute nicht aufgeklärte Gewalttaten an Migrantinnen und Migranten in der DDR, die rassistischen Ausschreitungen in den 1990er Jahren und die Frage nach nicht ausgezahlten Löhnen von Vertragsarbeitern aus Mosambik. Vgl. Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (Hrsg.): Für Respekt und Anerkennung. Die mosambikanischen Vertragsarbeiter und das schwierige Erbe der DDR, Halle (Saale) 2019.

15 Berger, Almuth: Existenz zwischen Solidarität und Teil des »gesellschaftlichen Arbeitsvermögens«, in: Ebd., S. 82–94, hier: S. 88.

oder Studierenden aus gleichen Herkunftsländern, die sich überregional in der DDR trafen, um das Wochenende oder sonstige freie Zeit miteinander zu verbringen.

Erinnerungsarbeit aus migrantisch-ostdeutscher Perspektive

Erinnerungsarbeit ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Thema der Zeit, welches nicht der Mehrheitsgesellschaft überlassen werden soll. Es braucht die Perspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, um Differenzen zu benennen und hierüber nach dem Gemeinsamen eines gesellschaftlichen Zusammenhalts zu suchen. Die Erinnerungen und Erzählungen von Zeitzeuginnen und -zeugen leisten hierbei nicht nur einen wichtigen Beitrag hin zu einer gesamtdeutsch-postmigrantischen Erinnerungskultur, sondern schärfen zudem den Blick auf die folgenden Themen:

I Empowerment und politisch-kulturelle Teilhabe

Im Vergleich von staatlich und institutionell verankerter Gedenkkultur und persönlichen Erinnerungen von Zeitzeuginnen und -zeugen wird deutlich, dass die Erfolgsgeschichte der Überwindung der deutschen Teilung auch auf dem Ausschluss gegenläufiger Erinnerungen basiert, indem eben Migration in der DDR überwiegend ausgeblendet wurde. Das Sprechen über minorisierte Erinnerungen trägt dazu bei, neue Denkräume für ein gemeinsames Verstehen zu schaffen, die immer auch das Potenzial zukunftsgerichteter Handlungsorientierung haben. Die Zeitzeuginnen und -zeugen selbst erleben, dass es eine aktiv eintretende Lobby gibt, die sich mit ihren Lebensgeschichten befasst und diese in die Vermittlungsarbeit einbezieht. Die Erinnerungsarbeit erweitert und intensiviert den Blick für die Vergangenheit – von einem Sprechen über Migrantinnen und Migranten hin zu einem autonomen Sprechen derselben über ihre Migration. Andere Geschichten zu erzählen und marginalisierte Positionen hervorzuheben, erkennt eine Gesellschaft der Vielen an, setzt auf ein plurales Miteinander und eine vielstimmige Geschichtserzählung der Erweiterung, Verschiebung und Umdeutung, an der Migrantinnen und Migranten selbstverständlich teilhaben. Aus dieser Form der Selbstpräsentation ergibt sich eine Gegenwartspositionierung mit Potenzial für Selbstermächtigung und politisches Selbstbewusstsein.

II Intergenerative Dialoge im ostdeutsch-migrantisch-postmigrantischen Kontext

Inzwischen gehen viele ehemalige Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter oder Studierende aus der DDR dem Ruhestand entgegen. Mitunter haben sie Kinder und Enkelkinder, die die Zeitspanne der DDR und die »Nachwendezeit« nicht beziehungsweise kaum erlebten. Nicht wenige Menschen aus der nachfolgenden Generation betrachten sich als postmigrantisch und werden doch von der Mehrheitsgesellschaft als Fremde und Zugewanderte gelesen, ungeachtet dessen, dass sie hier geboren wurden. Während Migrantinnen und Migranten der ersten DDR-Generation in ihren Erinnerungen häufig von zwei Heimaten sprechen, hadert die nachfolgende Generation mit Heimat als Ort von Zugehörigkeit – eben weil diese Zugehörigkeit ihnen nicht zugestanden wird – und wendet sich zum Teil radikal davon ab.¹⁶ Hier ist steht die Frage im Raum, worin sich die Erfahrungen der ersten und der nachfolgenden Generation unterscheiden und wie die unterschiedlichen Erfahrungen artikuliert werden können. In nicht wenigen Familien herrscht Schweigen darüber, wie es Eltern oder Großeltern in der DDR ergangen ist, wie sie die Transformationszeit erlebt haben – sei es aus Scham über erlittenes Unrecht oder aus Gründen der Verdrängung erlebter rassistischer Gewalt. Migrantische Erinnerungsarbeit muss immer auch intergenerativen Erfahrungsaustausch bedeuten. Es sind die

¹⁶ Vgl. Aydemir, Fatma / Yaghoobifarah, Hengameh (Hrsg.): *Eure Heimat ist unser Albtraum*, Berlin 2019.

Menschen der ersten Generation, die am Beispiel ihrer Biographien erzählen können, was es bedeutete, als Fremde in der DDR zu leben oder als Geflüchtete Anfang der 1990er Jahre im Osten Deutschlands anzukommen. Und es sind Menschen der nachfolgenden Generation, die mit ihren Fragen das Schweigen aufbrechen können und mit ihren Erfahrungen im Dialog verdeutlichen können, was sich über die Generationen hinweg gewandelt hat oder als Kontinuität sichtbar bleibt.

III Mehr Vielfalt und Diversität in Ostdeutschland als wahrgenommen wird

Aus der Innenansicht der Migrantinnen und Migranten in Ostdeutschland, und auch von zahlreichen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, wird Diversität bereits gesehen und gelebt. Viele Menschen aus den verschiedensten Herkunftskontexten leben in Ostdeutschland und haben sich seit den 1990er Jahren, auf der Grundlage von ethnischen, religiösen, kulturellen Gemeinsamkeiten und politischen Interessen, zusammengetan. Es bestehen lokale aber auch überregionale Vereinsstrukturen und Netzwerke mit einer ostdeutschlandweit tätigen Verbandsstruktur, die diese Verbindungen stärkt und in konkretes Handeln überführt. Auch wenn der erste Bundestagsabgeordnete »of Colour«, Karamba Diaby, aus Halle kommt, ist die Repräsentation und die Sicht- und Hörbarkeit migrantischer Stimmen in und aus Ostdeutschland gesamtdeutsch betrachtet immer noch gering. Die Erinnerungsarbeit mit migrantischen Zeitzeuginnen und -zeugen trägt nun dazu bei, die Repräsentation der migrantischen Perspektiven in der Erinnerungsarbeit als Teil einer divers aufgestellten ostdeutschen Zivilgesellschaft zu stärken. Dies führt langfristig dazu, dass die ostdeutsche Migrationsgeschichte als selbstverständlicher Teil des gesamtdeutschen Diskurses einbezogen wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Sammlung von biographischen Erinnerungen für die weitere Arbeit ein dienlicher und fruchtbarer Beitrag ist, damit persönlich erlebte Geschichten, beispielsweise aus dem Alltag in der DDR oder von den Transformationsprozessen, bewahrt werden können. Durch die Fokussierung auf die migrantischen Erzählungen wird dazu beigetragen, diese noch vorhandene Leerstelle zu schließen und das Reservoir an Erzählungen über die DDR und die »Nachwendezeit« zu vergrößern; mit dem in der Folge weitergearbeitet werden kann. Es ist dringend nötig, dass die Erzählenden ebenso selbstverständlich als Teil der gesamtdeutschen Erinnerungskultur wahrgenommen werden, wie alle »anderen« Zeitzeuginnen und -zeugen. Es geht also um einiges mehr, als nur darum Geschichten zu erzählen.

Einordnung in die Verbandsarbeit von DaMOst (Ayman Qasarwa)

Die Migrationsgeschichte ist in den neuen Bundesländern – im Vergleich zu der in den alten Bundesländern – relativ jung. Dieser Umstand, also die unterschiedliche Einwanderungsgeschichte der neuen und alten Bundesländer, ist bis heute sichtbar. So sind in den alten Bundesländern aufgrund der Gastarbeitenden wesentlich mehr migrantisch gelesene Menschen im Stadtbild erkennbar als in den neuen Bundesländern. Zudem werden migrantisch gelesene Personen von der Gesellschaft auch anders wahrgenommen und behandelt. Durch die vergleichsweise junge Migrationsgeschichte der neuen Bundesländer sind viele der »Biodeutschen« nicht an migrantisch beziehungsweise nicht weiß gelesene Personen gewöhnt und begegnen ihnen mit Abstand. Viele der Migrantinnen und Migranten in den neuen Bundesländern sind Spätaussiedlerinnen und -aussiedler, Studierende oder Vertragsarbeitende. Nach der deutschen Wiedervereinigung erhielten zahlreiche der in der DDR lebenden Vertragsarbeitenden keine Aufenthaltserlaubnis und mussten in ihre Heimatländer zurückkehren. Diejenigen, die blieben, befassten sich in den 1990er Jahren zumeist mit dem Erhalt ihres Bleiberechts. Die Gründung von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen stand daher nicht im Vordergrund. Auch die Integrationspolitik, die in den 1990er Jahren in den neuen Bundesländern eingeführt wurde, wirkte sich auf die entstehenden Organisationen aus. So stand damals nicht die politische Partizipa-

tion im Mittelpunkt der Integrationspolitik, sondern die sogenannte Kulturvermittlung und interkulturelle Begegnung. Dies hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Aufgaben und Funktionen der Migrantinnen- und Migrantenorganisationen. Überdies wurde es nicht nur wenig gefördert, sondern war mitunter gar unerwünscht, dass selbige politische Forderungen stellten oder über Interessenvertretungen verfügten – in der Folge waren viele der Migrantinnen- und Migrantenorganisationen politisch ausgesprochen unerfahren. Anfang der 2000er Jahre wurden dann neue Zusammenschlüsse, Initiativen und Vereine gegründet und dennoch gibt es bis heute, aufgrund der relativ geringen Zahl von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen in den neuen Bundesländern, kaum gefestigte Strukturen. In Ostdeutschland waren beispielsweise eher sogenannte Ausländerinnen- und Ausländerbeiräte verbreitet. Und obwohl Einigkeit darüber bestand, dass eine Interessenvertretung auf Bundesebene notwendig sei, dass Ost-Belange auf Bundesebene thematisiert werden müssten und es die Strukturen aufzubauen und zu stärken galt, war es für die Organisationen dennoch schwer, Interessen von Migrantinnen und Migranten durchzusetzen. Ihnen wurde in der Integrationspolitik auf Bundesebene kaum Bedeutung beigemessen. Sie bemühten sich daher darum, Strukturen zu etablieren und eine Vernetzung innerhalb der neuen Bundesländer aufzubauen, jedoch scheiterten diese Anstrengungen häufig an fehlenden finanziellen Möglichkeiten, da die dazu nötige Arbeit allein auf ehrenamtlicher Basis stattfand.

Das Programm zur Strukturförderung von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sollte schließlich die notwendige finanzielle Basis für die Gründung von DaMOst geben. Es wurde ein Antrag mit dem Ziel der Vernetzung und Gründung eines Dachverbandes für die neuen Bundesländer gestellt, der im Dezember 2017 bewilligt wurde. Durch die Programmmittel konnte eine Geschäftsstelle eingerichtet und damit begonnen werden, Strukturen dieses neuen Dachverbandes aufzubauen. Es wurden in der Folge Treffen, Konferenzen und Meetings mit den Vertretenden der neuen Bundesländer organisiert, um die Gründung zu finalisieren. Durch dieses gemeinsame Engagement konnte die Vernetzung der Migrantinnen- und Migrantenverbände in Ostdeutschland und die Gründung von DaMOst organisiert werden. Jedoch agierte DaMOst von 2017 bis 2019 vorerst weiterhin als Netzwerk mit einem Sprecherinnen- und Sprecherrat. Selbiger bestand aus zehn Personen – jedes ostdeutsche Bundesland stellte zwei Personen als Vertretung. Um in einen Verein überführt zu werden, war bis Oktober 2019 eine Satzung und eine Arbeitsregelung zu beschließen. Die juristischen Prozesse dauerten daraufhin ein weiteres Jahr und seit dem 1. Dezember 2020 ist DaMOst ein Verein im juristischen Sinne. Dabei versteht sich DaMOst weniger als eigene Organisation, sondern eher als Kooperationsprojekt, welches aus fünf Landesnetzwerken besteht und deren Potenziale bündelt. Ein großer Teil der Arbeitsweise des DaMOst beruht zudem darauf, einen Raum für Erfahrungsaustausch zwischen den Landesnetzwerken zu schaffen. Dieser angestrebte Wissenstransfer zwischen stärkeren und schwächeren Landesnetzwerken soll der gegenseitigen Stärkung und Weiterentwicklung dienen. DaMOst nimmt von seiner Geschäftsstelle in Halle (Saale) aus die koordinierende Rolle dieser Zusammenarbeit zwischen den Netzwerken ein. Eine Besonderheit der Arbeitsweise von DaMOst und der Struktur im Osten ist, dass die Landesnetzwerke direkten Kontakt zu den Landesintegrationsbeauftragten haben und mit ihnen kooperieren. Dadurch ist DaMOst auch auf Landesebene sehr gut vernetzt. Während der Dachverband vor allem auf Bundesebene agiert, nehmen die Mitgliedsnetzwerke eher auf Landesebene und die einzelnen Mitgliedsorganisationen der Landesnetzwerke – welche dadurch indirekt Mitglieder des DaMOst sind – vor allem auf kommunaler Ebene Einfluss. Ziel der Arbeit von DaMOst ist es also auch, die oberste und unterste Hierarchieebene zu verbinden.

Die (Nicht-)Integrationspolitik der DDR und ihre Nachwirkung auf die Gesellschaft Ostdeutschlands

VON MAMAD MOHAMAD

Grundlagen und Transformationsprozesse

Migration fand in Ostdeutschland bereits vor der Wiedervereinigung statt – und zwar ebenso aus der wie in die DDR. Seit den späten 1960er Jahren lebten 10.000 und bis in die 1980er Jahre fast 90.000 Vertragsarbeitende in der DDR, da diese mit verschiedenen Staaten Verträge schloss, so beispielsweise mit Polen (1963), Ungarn (1967), Algerien (1974), Kuba (1975), Mosambik (1979), Vietnam (1980) und Angola (1984) sowie in geringerem Umfang mit der Mongolei (1982), China (1986) und Nordkorea (1986).¹ Neben einer solchen Arbeitsmigration wanderten auch aufgrund verschiedener Bildungsprogramme Menschen aus weiteren Ländern ein.² Einige der Migrant*innen blieben nach 1989/90 und dem Ende der DDR oder kamen wieder – teils trotz der erheblichen rechtlichen sowie alltäglichen Herausforderungen, die damit verbunden waren.³

30 Jahre nach der Wiedervereinigung gerät nun diese Migrations-, Rassismus- und Antisemitismusgeschichte der DDR und der Transformationszeit zunehmend in den Blick der Wissenschaft, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und – in Ansätzen – der Öffentlichkeit. Dabei gilt es Themen, die kaum aufgearbeitet sind, besonders zu problematisieren: zum Beispiel, dass in den letzten Jahren der DDR die Zahl der Übergriffe auf Migrant*innen, Jüd*innen und BPoC (Black and People of Color) stetig zunahm und in großen Teilen der Bevölkerung eine weitgehende Ablehnung gegenüber Personen vorzuherrschen schien, die man gemeinhin als anders las. Doch da gewissermaßen nicht sein konnte, was nicht sein durfte, mühten sich die Verantwortlichen zu DDR-Zeiten derlei Themen bewusst zu verkleinern oder zu verbergen. Berichte von migrantischen Zeitzeug*innen verdeutlichen allerdings vielfach, dass sich ein Rassismus zu entfesseln schien, der zum einen bereits lange schwelte und zum anderen mittlerweile in besonderem Maße ausgelebt werden konnte, da die DDR und mit ihr auch der verordnete Antifaschismus im Begriff war zu Ende zu gehen.

Der Rassismus der Transformationszeit war ebenso lange tabuisiert. Gerade angesichts der Einheitsfeierlichkeiten und des stets beförderten Mythos der reibungslosen, nur aus Freudentaumel und ständiger Progression bestehenden, Transformation scheint es gängig, gewisse Aspekte bewusst auszusparen: beispielsweise die Geschichten der sich mehrenden Übergriffe, das teilweise Kooperieren von Rechtsradikalen und Ordnungskräften, die unbegreiflichen Szenen, die sich im Zusammenhang mit Fußballspielen beobachten

-
- 1 Vgl. Gruner-Domic, Sandra: Zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in die DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (2) 1996, S. 204–240, hier: S. 204–230.
 - 2 Vgl. Behrends, Jan C. / Lindenberger, Thomas / Poutrus, Patrice G.: Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 9–21.
 - 3 Vgl. Ransiek, Anna: Anders-Sein in der DDR – Narrative Bezüge nach der Transformation, in: Goudin-Steinmann, Elisa / Hähnel-Mesnard, Carola (Hrsg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989: Narrative kultureller Identität, Berlin 2013, S. 79–96.

ließen, die widerrechtlichen Abschiebungen und der zunehmend eskalierende Alltagsrassismus. All diese thematischen Komplexe bedingen bis heute regelmäßig eine Art Abwehrreflex, als wolle man die unschönen Seiten der deutschen Wiedervereinigung verdrängen, um die allgemeine Feierlaune nicht zu verkomplizieren oder zu belasten.

Dabei wird die Aufarbeitung der Rassismusgeschichte der DDR- und Transformationszeit (oft auch als »Baseballschlägerjahre« betitelt) immer wieder konkret gefordert, zum Beispiel jüngst vom »Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland«.⁴ Und gerade eine solche Aufarbeitung scheint eine der zentralen Voraussetzungen zu sein, um damit beginnen zu können, hartnäckig bestehende Spezifika aufzubrechen: zum Beispiel in Bezug auf die potenziell rassistische Grundhaltung in Ostdeutschland, die durch zahlreiche Studien, Wahlergebnisse, Opferzahlen im Bereich rechter Gewalt und so weiter belegbar wäre, aber auch bezüglich der ablehnenden Haltung vieler Migrant*innen sowie BPoC aus Westdeutschland gegenüber den neuen Bundesländern.

Damit die Geschichten zu Geschichte werden und in das kollektive Gedächtnis von Beteiligten und Nachfahren eingehen können, bedarf es allerdings mehr als zuzuhören und zu dokumentieren: die Biografien und Erfahrungen sollten Eingang in Schulbücher finden und Straßennamen beispielsweise wichtige Persönlichkeiten ehren oder an Opfer rechtsextremer Gewalt erinnern. Auch Museen, regionale und kommunale Geschichts- und Heimatvereine könnten sich, unter Einbezug der Protagonist*innen, mit der konkreten Geschichte der Menschen vor Ort beschäftigen. Dabei ist die wichtigste Voraussetzung, dass die Opfer nicht Opfer bleiben, sondern zu handelnden Subjekten werden, auch in der Wahrnehmung von außen.

Herausforderungen der Gegenwart und produktive Handlungsansätze

Die Herausforderungen unserer Zeit sind ebenso vielgestaltig wie dringlich. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und gewalttätige Ausschreitungen bedrohen ein friedliches und respektvolles Zusammenleben. Die Covid-19-Pandemie macht besonders sichtbar, dass Teilhabe- und Bildungschancen ungleich verteilt sind. Soziale und kulturelle Ungleichheiten verstärken sich. Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie werden offenbar und erfordern es, gesellschaftliche Partizipation neu zu denken und inklusiver zu gestalten.

Bürgerschaftliches Engagement und die demokratischen Strukturen der organisierten Zivilgesellschaft tragen in ihrer Vielfalt, ihrer Beständigkeit und dank ihres innovativen Charakters wesentlich zur Bewältigung genannter Herausforderungen und zur Stärkung der Demokratie bei – gerade in Krisenzeiten und Umbruchsphasen. Denn eine möglichst breite Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft ermöglicht Inklusion und Teilhabe und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch Demokratie zu leben, erfordert auch Wissen, Kompetenzen und nicht zuletzt Selbstwirksamkeitserfahrungen, die über freiwilliges Engagement erworben werden können.⁵ Demokratieförderung und Engagementförderung müssen daher stärker zusammengedacht und überdies zusammengebracht werden. Und gerade dafür setzt sich die »Stiftung Bürger für Bürger« ein. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, das freiwillige, ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engage-

4 Vgl. Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst e.V., Politische Positionierungen, unter: <https://www.damost.de/ueber-uns/politische-forderungen/> (letzter Zugriff: 24.02.2022).

5 Vgl. Seifert, Anne / Nagy, Franziska: Demokratische Bildung im Unterricht. Schulische Engagementprojekte und ihr Beitrag zur Demokratiekompetenz, Wiesbaden 2014.



ment in seiner Vielfalt zu stärken und dazu beizutragen, die Bedeutung dieses Engagements für die demokratische Gesellschaft und jeden einzelnen Menschen in der Öffentlichkeit stärker sichtbar zu machen.

Erste wirksame Ansätze zur Verknüpfung von Demokratie- und Engagementförderung gibt es bereits. Aber aus diesen Anfängen gilt es, tragfähige Konzepte zu entwickeln, Partner*innen in Politik und Gesellschaft zu gewinnen, Ziele einer solchen Demokratie- und Engagementförderung zu erörtern, Gelingensbedingungen zu identifizieren und gemeinsam Handlungsschritte zu erproben.

Im Projekt »Engagiert für Demokratie – Dialog, Vernetzung, Transfer« der »Stiftung Bürger für Bürger« geht es aus diesem Grund darum, neue Formate des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt zu erkunden. Dafür sollen wirksame Strukturen, Initiativen und Programmakteur*innen sichtbar gemacht, vernetzt und gestärkt werden. Einen besonderen Fokus legt die Stiftung dabei aktuell auf Ostdeutschland, da den tiefgreifenden Veränderungen, Anpassungen und Verwerfungen in der ehemaligen DDR in den letzten 30 Jahren auf politischer Ebene nicht genügend Aufmerksamkeit zuteilwurde und es notwendig scheint, der ostdeutschen Selbstwahrnehmung des Abgehängt- und Ausgeliefertseins aktiv zu begegnen. Der prekäre und gleichermaßen ambivalente Umgang mit Migration und Integration zu DDR-Zeiten erfuhr im Zuge der Erfahrung des Systemumbruchs von 1989/90 in gewissem Maße eine Steigerung – weswegen heute auch von einer »spezifisch ostdeutsche[n] Fremdenfeindlichkeit«⁶ gesprochen werden kann.

Wer Zukunft gestalten will, muss überdies besonders die Perspektive junger Menschen einbeziehen. Das »Projekt JUGENDSTIL*« der »Stiftung Bürger für Bürger« unterstützt daher Jugendliche mit Migrationsgeschichte in Ostdeutschland dabei, sich für eine lebendige Demokratie und eine offene Gesellschaft einzusetzen. Ziel ist es, gemeinsam partizipative Strukturen der Engagement- und Demokratieförderung zu entwickeln und diese nachhaltig vor Ort zu verankern.

6 Behrends, Jan C. / Lindenberg, Thomas / Poutrus, Patrice G.: Fremde und Fremd-Sein in der DDR (FN 2), S. 12. Poutrus und Behrends sehen Fremdenfeindlichkeit in der DDR zudem eng mit der SED-Diktatur verknüpft. Da es in der DDR »keine öffentliche Entwertung nationalistischer Weltanschauungen« gegeben habe, sei die deutsche Nation ein zentraler Bezugspunkt für Regime und Bevölkerung geblieben – eine geschlossene Gesellschaft, zu der Fremde keinen Zutritt hatten. Das habe die Integration von Ausländern nach dem Mauerfall zusätzlich erschwert. Ferner sei nach 1989 für viele der Antifaschismus durch SED- und Stasi-Seilschaften in Misskredit geraten. Vgl. Behrends, Jan C. / Kuck, Dennis / Poutrus, Patrice G.: Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern, in: Ebd., S. 327–333, hier: S. 327.

Deutsche Gesellschaft e. V.

Eingetragener Verein zur Förderung politischer, sozialer und kultureller Beziehungen in Europa

Die Deutsche Gesellschaft e. V. zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa ist der erste nach dem Fall der Berliner Mauer gegründete gesamtdeutsche Verein. Bereits im Jahr 1983 hatten Persönlichkeiten aus Ost und West versucht, eine deutsch-deutsche Freundschaftsgesellschaft zu initiieren. Sie scheiterten jedoch am Widerstand der SED-Funktionäre. Für die Idee fanden sich in den Revolutions-tagen des Jahres 1989 neue Verbündete. Im Januar 1990 wurde der gemeinnützige, überparteiliche Verein in der Berliner Nikolaikirche gegründet.

Seither wirbt die Deutsche Gesellschaft e. V. im Rahmen zahlreicher Projekte der kulturellen und politischen Bildung für ein gegenseitiges Verständnis zwischen Ost und West sowie den Abbau von Vorurteilen und setzt sich für Demokratie und Völkerverständigung ein.

Informationen unter:

Deutsche Gesellschaft e. V.

Mauerstraße 83 / 84, 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 88 412-141

Fax: +49 (0)30 88 412-223

E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de

Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de

